

Das Argument

64

13. Jahrgang 1971

Probleme der Ästhetik (III)

Friedrich Tomberg: Kunst und Gesellschaft heute 181

Wolfgang Fritz Haug: Die Rolle des Ästhetischen
bei der Scheinlösung von Grundwidersprüchen
der kapitalistischen Gesellschaft 190

Besprechungen:

Massenmedien; Parlamentarismus und Parteien 214

Friedrich Tomberg

Kunst und Gesellschaft heute *

Nichts hat eine zum Anachronismus gewordene Gesellschaft mehr zu fürchten als die Erkenntnis ihres inneren Zusammenhangs durch diejenigen, die das Interesse und die Macht haben, die Fesseln des Gegenwärtigen zu sprengen und sich ein besseres, den Erfordernissen der Zeit angemessenes Leben einzurichten. Es ist daher nicht von ungefähr, daß hierorts die etablierte Wissenschaft gutgläubigen Bürgern einzureden sucht, nur dort seien — wenn überhaupt — Gesetze auffindbar und nur dort seien — mit allem Vorbehalt — Prozesse voraussagbar, wo das eigentlich Menschliche seinen Ort angeblich gar nicht hat: in der Natur, wie sie Gegenstand des Naturwissenschaftlers ist — handle es sich nun um Atome, Gene, Moleküle oder um die Sonnensysteme des Weltalls. Der Mensch, sagen sie, hat seine eigene Wirklichkeit, er ist in keine Formel zu fassen. Man sehe nur die Kunst! Was für eine Fülle von Einfällen an jedem neuen Tag! Was gestern noch unzumutbar schien, wird heute schon preisgekrönt; und niemand vermag anzugeben, was wir uns morgen werden alles als das Neueste auf dem Kunstmarkt anpreisen lassen. Da herrscht ein buntes Treiben, da ist man kreativ, da produziert eine Schar haltloser Individualisten Anarchie in allen Spielarten — wo wäre da Gesetz, Vernunft, Notwendigkeit? Und wie die Kunst, so das Leben. Beides ergießt sich angeblich aus einem unergründlichen Drang und Willen der Individuen, zwar mannigfach bestimmt und gehemmt, im ganzen aber doch freiheitlich.

So frei ist die Kunst nun jedenfalls nicht, daß sie nicht immer noch von Menschen produziert werden müßte. Diese Kunstproduzenten wären mit ihren Schöpfungen wie überhaupt mit ihrer Existenz sehr bald am Ende, wenn jene anderen Produzenten, von deren Produkten sie sich ihr in der Regel nicht gerade unsterbliches Dasein erhalten, auch nur für wenige Wochen ihre eigene, nämlich die materielle Produktion einstellen oder das, was sie über ihren Bedarf hinaus produzieren, nicht mehr herausrückten. Daß eine Vielzahl von Menschen Tag für Tag aufs neue das für alle Lebensnotwendige schafft und herbeischafft, davon hängt heute, wie zu allen Zeiten, das physische Dasein der Menschen ab — und damit auch alles höhere Gebaren, bis hinauf in die Höhen der reinen Kunst.

* Die beiden Aufsätze dieses Heftes sind entstanden im Zuge der Vorbereitung der Ausstellung „Funktionen bildender Kunst in unserer Gesellschaft“, die von der Gruppe „Grundlagenforschung“ in der Westberliner „Neuen Gesellschaft für bildende Kunst“ 1970/71 durchgeführt wurde. Die beiden Beiträge wurden zuerst im Katalog zu dieser Ausstellung veröffentlicht.

Die materielle Produktion ist die notwendige Voraussetzung allen menschlichen Seins und hat für die Menschen daher die Verbindlichkeit eines Gesetzes. Und weil nur so dem Willen zum Leben Genüge getan werden kann, darum ist, daß dies geschieht, auch vernünftig. Wie es aber geschieht, das steht längst nicht immer mit vernünftigen Erfordernissen im Einklang. Wenn heute Kunst und Wissenschaft auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise keine Vernunft mehr wahrzunehmen vermögen, so läßt sich dem insofern schwer widersprechen: man kann nicht wahrnehmen, was gar nicht mehr vorhanden ist.

Nun dürfen und müssen wir zwar, zumal von dem heute Möglichen und Notwendigen aus, die kapitalistische Gesellschaft als eine Ordnung ansehen, die dem Anspruch der Vernunft nie gerecht werden konnte, vielmehr die Mehrheit ihrer Mitglieder zu einer sklavenhaften, ja tierähnlichen und jedenfalls unmenschlichen Existenz seit je herabwürdigte. Wir wissen inzwischen aber, dank wissenschaftlicher Forschung, genug über die Gesetze der Natur, die auch das menschliche Dasein und das Zusammenleben der Menschen bestimmen, daß wir die Unvermeidlichkeit des Kapitalismus als einer Etappe in der Menschheitsgeschichte einsehen können. Wir wissen, daß unsere Vorfahren sich vor sehr langer Zeit aus der urwüchsigen Natur im wörtlichen Sinne herausgearbeitet haben und dadurch erst zu Menschen geworden sind. Alles das, was wir heute stolz als unsere Kultur betrachten, die uns unüberbrückbar von den übrigen Naturerscheinungen und auch von unseren nächsten Verwandten aus dem Tierreich abhebt, haben wir in einem langen geschichtlichen Prozeß selbst erarbeitet. Die Natur selbst war es, die in uns sich gegenübertrat, die vermöge der menschlichen Vernunft die Einsicht in ihre eigenen Gesetze hervorbrachte und so ihre höchsten Geschöpfe ermächtigte, sich dieser Gesetze nach den mit dem Fortgang der Naturbeherrschung wachsenden und sich differenzierenden Bedürfnissen zu den eigenen menschlichen Zwecken der Selbsterhaltung und Selbstverwirklichung zu bedienen. Der Prozeß, der damit in Gang gesetzt wurde, war nicht Sache freier Wahl, er war eine Naturnotwendigkeit, die Not des Lebens zwang dazu.

Schauen wir auf den Weg zurück, den die Menschheit in den letzten Jahrtausenden zurückgelegt hat, so mögen uns Zweifel kommen, ob dies wirklich eine Geschichte von Menschen war. Zwar ist leicht einzusehen, daß die erste, ursprüngliche, und daher noch unvorstellbar primitive Gesellschaft, die Urgesellschaft, mit der Entwicklung ihrer Produktivkräfte das über den gesellschaftlichen Mindestbedarf hinausgehende Produkt, das Mehrprodukt, nur einigen wenigen zugute kommen lassen konnte, so daß sich von der mühselig arbeitenden Gesamtheit eine Minderheit schließlich als gesonderte Klasse absetzte, die den Ertrag der Arbeit anderer als Entgelt für wirkliche und auch nur scheinbare Sonderfunktionen in der Gesellschaft genießen durfte. Mußte aber diese privilegierte Klasse, indem sie sich gegen den Volkswillen bis zur unbedingten Herrschaft über die ganze Gesellschaft verselbständigte, die Ausbeutung der arbeitenden Klasse

soweit treiben, mußte sie sich zu solch ungeheuren Grausamkeiten hinreißen lassen und dazu oft auch die Angehörigen des niederen Volkes anreizen, wie dies im Buch der Geschichte fast auf jeder Seite nachzulesen ist?

Wie dem auch sei, keinesfalls widersprechen die geschichtlichen Begebenheiten der Erfahrung des Menschen als eines der Vernunft und einer hohen Menschlichkeit durchaus fähigen Naturwesens. Aber der Mensch ist nicht fertig aus der Natur herausgesprungen, die Geschichte der Menschen ist auch eine Geschichte zum Menschen hin, die Bedingungen für ein vernünftiges Leben mußten erst entwickelt werden. Wir können sogar sehr genau den Punkt angeben, von dem an Humanität erst zu einer Natureigenschaft der gesamten Menschheit werden kann: dann nämlich, wenn mit der Existenz von Klassen auch die Deformation der Menschen durch Ausbeutung und Klassenherrschaft wegfällt. In diesem Sinne läßt sich mit Marx die bisherige Geschichte als eine bloße Vorgeschichte ansehen, die eigentliche Geschichte der Menschheit hebt da erst an, wo es gelungen ist, die Herrschaft einer Minderheit über die arbeitende Mehrheit ein- für allemal zu beseitigen. Daß dies heute eine reale Möglichkeit ist und zum Teil schon Wirklichkeit daraus geworden ist, dazu hat der Kapitalismus die Voraussetzungen geschaffen. Das Mehrprodukt, das durch ihn im Laufe der letzten Jahrhunderte den Arbeitern abgepreßt wurde, hat einen gesellschaftlichen Reichtum entstehen lassen, der der gegenwärtig in vielen hochindustrialisierten Ländern noch herrschenden Klasse, eben den Kapitalisten und ihrem Anhang auch nicht mehr den Schein eines Rechts zu ihrer weiteren Klassenexistenz gibt.

Je mehr sich die Unvernunft und Überfälligkeit der bestehenden Verhältnisse mit Händen greifen läßt, um so eifriger sind deren Ideologen bemüht, ihre Unaufhebbarkeit zu demonstrieren. Staatsbedienstete aus meist gutbürgerlichem Hause, die für Wissenschaftler ausgegeben werden, weil sie sich in den Formalien auskennen und ein gutes Stoffgedächtnis haben, mißbrauchen das Vertrauen, das der Wissenschaft allgemein entgegengebracht wird, um in den abhängig Arbeitenden, zu denen sie selbst meist gehören, ein Bewußtsein zu erzeugen, das ihnen den Willen zur Selbstbestimmung, ja sogar bloß den zur Mitbestimmung als eine Art Auflehnung gegen die Ordnung der Natur, wo nicht gar gegen den Herrn der Welten erscheinen läßt. Wie sehr die Menschen aber auch für kürzere oder längere Zeit zu irritieren sind, ihre schöpferische Kraft kann ihnen nicht genommen werden. Sie hat sich durch die Geschichte hindurch immer wieder neu manifestiert. So in den Aufständen und Erhebungen, zu denen sich sogar noch die Sklaven imstande zeigten. Und nicht zuletzt auch in den Werken der Kunst. Diese sind nicht einfach Schenkungen einzelner begnadeter Geister an die Menschheit, sondern in ihnen gewinnt das zwar herabgedrückte, aber nie gebrochene Selbstbewußtsein der arbeitenden Massen, gewinnen die unter den Menschen immer lebendigen Hoffnungen, Erwartungen und auch Gewißheiten eines besseren Lebens Gestalt. Alles, was an den Kunst-

werken wirklich groß und unvergänglich ist, gehört dem ganzen Volke an.

Gleichwohl hat es die Spaltung der Gesellschaft in Klassen mit sich gebracht, daß die Kunst, die allen gehört, an die Allermeisten gar nicht herankam. Seitdem es eine herrschende Klasse gibt, hat sie die Kunst nur in dem Maße gefördert, wie sie geeignet schien, die herrschende Ideologie zu fördern und zu festigen. Tempel und Dome, Fresken und Tafelbilder brachten die Künstler im Auftrag der Besitzenden hervor, und sie mußten dafür ihren Tribut entrichten. Auch da, wo die Kunst in privaten Ateliers nach freiem Ermessen ihrer Produzenten entsteht, bleibt das Auftragsverhältnis erhalten: hier wird die Kunst zur Ware; die Käufer dieser Ware aber sind die Besitzenden, ihnen also muß sie genehm sein.

Die bürgerliche Ideologie sieht in der Freisetzung des Künstlers zu einem privaten Warenproduzenten nur einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Befreiung der Kunst. Sie feiert die Abkehr vom Vorbild der Natur als den Gipfel einer geschichtlichen Entwicklung, innerhalb derer die Kunst sich aus allen fremden Beimischungen zu ästhetischer Reinheit emporarbeiten konnte. Die Kunst, heißt es, ist absolut geworden. Das sinnlich Wirkliche hat selbst da, wo es noch in die Gestaltung hineingenommen wird, die Verbindlichkeit eines der Kunst Vorgegebenen, sie Übergreifenden verloren. Doch ist diese Negation der äußeren Naturerscheinung selbst nur ein Schein, der den wirklichen Vorgang verhüllt. Nicht im Übergang zur Gegenstandslosigkeit oder Freiheit gegenüber dem Gegenstand ist der Bruch mit den Konventionen der Vergangenheit zu suchen, sondern in der im künstlerischen Formwandel sich dokumentierenden Lösung des gesellschaftlichen Bewußtseins von aller Vermutung einer in der Natur begründeten Gesetzmäßigkeit und Vernünftigkeit und damit auch einer Naturgesetzmäßigkeit, die den Gang der menschlichen Geschichte bestimmt.

Kein Wunder daher, daß die sogenannte moderne Kunst, die aus der Auflehnung gegen die bürgerliche Wohlanständigkeit hervorgegangen ist, heute in der Bürgerkultur ihren hochgeschätzten Platz hat. Indem sie vermöge ihrer radikalen Negation allen gesellschaftlichen Sinns die Einsicht in den Prozeßcharakter der Gesellschaft erschwert, hilft sie zu verhindern, daß das gegenwärtige Stadium dieses Prozesses ansichtig werden kann. So wird das Entscheidende, das heute zu wissen not tut, im Verborgenen gehalten: daß der Kapitalismus, indem er zum Imperialismus überging, sein höchstes und damit auch sein letztes Stadium erreicht hat. Der gegenwärtige Kapitalismus ist Spätkapitalismus, das bedeutet: seine Zeit ist abgelaufen, seine letzte Stunde hat geschlagen. Gleichwohl können die Minuten und Sekunden dieser letzten, späten Stunde sich noch unendlich lange hinziehen, und es kann in ihnen sich noch viel Entsetzliches ereignen, wenn die von der bürgerlichen Gesellschaft selbsterzeugte proletarische Gegenkraft nicht gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften den äußerlich blühenden und protzig aufgeblähten, innerlich aber faulenden und mit dem Gift seiner Fäulnis

alles Leben durchsetzenden Corpus einer überlebten Ordnung endlich beiseite räumt.

Die Gefahr, daß die Massen sich ihrer wahren Interessen und damit auch ihrer wirklichen Macht bewußt werden, wird — dem äußeren Anschein zum Trotz — um so größer, je mehr die Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft fortschreitet. Das herrschende System muß daher mehr und mehr Kräfte mobilisieren, um dieses Bewußtsein zu verhindern oder wenigstens zu trüben. Auch die Kunst ist auf den Plan gerufen: Ihr wächst einfach dadurch, daß sie bleibt, was sie geworden ist, eine neue ideologische Qualität zu. Gerade der Schein ihrer Freiheit von aller gesellschaftlichen Bindung läßt sie zu einem geeigneten Instrument direkter oder indirekter Manipulation des Bewußtseins werden. Wann wäre der Kunst, so muß sich der unbefangene Betrachter fragen, wohl mehr Raum zu freier Entfaltung gewährt worden als heutzutage? Wann hätten die Mächtigen weniger versucht, der einen Richtung vor der anderen den Vorzug zu geben, wann hätten sie seltener in den Gestaltungsprozeß zugunsten von Politik und Weltanschauung eingegriffen?! Wird doch ganz im Gegenteil der Pluralismus allenthalben gefördert. Das Neue gilt schon deshalb, weil es wieder etwas Neues ist, als ein Gewinn. Wo Meisterschaft nicht zu erwarten ist, da wird um so lieber der originelle Einfall gerührt. Die Kunsthändler wie die offiziellen Stellen sind unermüdlich auf der Suche nach immer neuen originellen Köpfen, und jedes unerhörte Produkt der angestachelten Phantasie, sofern es sich nur gehörig publik machen läßt, gelangt zu Ruhm und Preis. Und wie der Ruhm den Preis steigert, so steigert der Preis wieder den Ruhm, auf jeden Fall wird ein gutes Geschäft daraus, und das Kunstgetriebe ist wieder um eine Nuance bunter geworden.

Wer möchte bei diesem Trubel noch nach dem Bleibenden fragen oder wenigstens nach dem gegenwärtig Belangvollen, weil der Wirklichkeit Angemessenen? Wo wäre noch eine Kunst zu finden, in der das Zeitalter so etwas wie seinen gültigen Ausdruck gefunden hätte, aus deren Erlebnis daher auch ein Wissen um das gegenwärtig praktisch Erforderte erwachsen könnte?!

In dem Wechsel der Moden und Motivationen, der Tendenzen und Temperamente ist ein Unterschied des Wesentlichen und Unwesentlichen nicht mehr auszumachen. Das Unverbundene und unvereinbare Gesamt der Kunstbetriebsamkeiten gibt sich vielmehr als das einzig noch Wesentliche aus. Die Vielfalt dieses turbulenten Ganzen ist verwirrend. Und eben auf diese Verwirrung kommt es den lässig drahtziehenden Mächtigen an. Wo es der Wissenschaft noch nicht gelungen sein sollte, den Glauben an eine mögliche Rationalität des gesellschaftlichen Lebens zu erschüttern, da tut die Kunst ein übriges: hier sorgen die Potentaten in Ökonomie und Politik für ein gehöriges Maß an Freiheit, hier darf und soll sich sogar — natürlich innerhalb eines gewissen Rahmens, denn schließlich hat auch die Freiheit ihre Grenzen — alles mit allem mischen: das Verrückte mit dem Nachdenklichen, das Angepaßte mit dem Kritischen, das bürgerlich Apologetische mit dem widerborstig Proletarischen — wenn nur insgesamt

der Eindruck einer Welt entsteht, die chaotisch, absurd, undurchschaubar und also auch in keiner Weise planmäßig änderbar ist.

Nicht genug damit. Längst ist die eigentliche, die sogenannte hohe Kunst und was von ihr übrig geblieben ist, zu einem bloßen Sektor im ästhetischen Manipulationszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft herabgesunken. Längst ist die Brauchbarkeit der unterschiedlichen Umsetzungen des künstlerischen Elements sowohl für die Herrschaftssicherung wie für die Profitmaximierung des Kapitals erkannt worden. In allen Fugen des Baus der spätkapitalistischen Gesellschaft entdecken wir die Praktiken der Kapitaleigner, das ästhetische Bedürfnis der Menschen, das über die Kunst hinaus auf eine bessere und schönere oder vielmehr auf eine überhaupt erst schöne und lebenswerte Wirklichkeit gerichtet ist, zu pervertieren und für die eigenen Interessen auszunutzen. Ob in der Berufssphäre, ob in den Marktverhältnissen, ob im innersten privaten Bereich, überall wird unser ästhetischer Sinn angereizt und werden ihm scheinbare Möglichkeiten zur Befriedigung geboten. Überall aber auch schaut, näher besehen, die Fratze des Kapitals dahinter hervor, das die Menschen, indem es sie zu unersättlichen Konsumenten trimmt, vergessen läßt, daß sie die Produzenten all dieses ihnen in ihrer Mehrzahl nicht einmal erreichbaren Reichtums sind, daß sie das Recht und die Möglichkeit haben, über das Selbstgeschaffene selbst auch nach gemeinsamem Willen und zu gemeinsamem Wohl zu verfügen.

Wieder verdeckt hier der äußere Schein das wirkliche Verhältnis. Denn daß die Gegenstände, die wir zu unserem täglichen Gebrauch kaufen, uns in schöner Verpackung angeboten werden — was soll daran Verwerfliches sein? Und wenn der Platz, an dem wir arbeiten, uns ästhetisch angenehm gemacht wird, was anderes geschieht damit, als daß die Mühe der Arbeit uns lediglich erleichtert wird? Warum schließlich, um ein drittes Beispiel herauszugreifen, soll der Versuch, die Kunst an die Massen heranzubringen, und sei es auf dem Weg über die Warenhäuser, von Menschenfeindschaft und Volksverachtung zeugen?

In der Tat steht dies alles von sich aus so wenig einem humanen Leben entgegen wie etwa der Umstand, daß auch heute noch in jeder Gesellschaft ein hohes Maß an Zeit für die materielle Produktion aufgewandt werden muß, daß es also eine Arbeiterschaft geben muß, die Woche für Woche viele Stunden an den Maschinen der großen Industrie verbringt. Was für den Bestand und für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft notwendig ist, kann nicht eigentlich inhuman heißen, wie sehr es auch die Lebensmöglichkeiten für den einzelnen beschränken mag. Inhuman ist deshalb bei dem heute gegebenen Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht an und für sich schon die fortbestehende Teilung in geistige und körperliche Arbeit und die damit verbundene Ungleichheit der Lebensumstände und Verfügungsmöglichkeiten. Inhuman aber ist unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, weil sie heute nicht mehr erfordert, sondern aufhebbar sind, daß der Arbeiter, indem er vor der

Maschine steht, nach wie vor nichts anderes sein darf als das Zubehör dieser Maschine, das, wie die Maschine selbst, von einer ihm fremden Macht angekauft und ihrem Willen unterworfen wurde. Inhuman ist, daß der Arbeiter nie etwas anderes sein darf, als Objekt dieses profitgierigen Willens — am Arbeitsplatz genauso wie in seiner sogenannten Freizeit. Inhuman ist, daß manche Schichten der Arbeiterklasse zwar in dem Maße, wie das System dessen bedarf, in den Genuß einer höheren Qualifizierung gelangen, daß die Bildung, die ihnen in *abgewogener Dosierung* gewährt wird, aber nie dazu dient, in ihnen die Potenzen zu schöpferischer Gestaltung ihres gesamten gesellschaftlichen Daseins zu wecken.

Dieser inhumanen Welt ist nicht durch einen Sprung in irgendein harmonisches Utopia zu entkommen, das allen Mühseligkeiten der Arbeitswelt enthoben wäre. Es gibt gegenwärtig, wie die Erfahrung gezeigt hat, keine Alternative zum Kapitalismus, in der die mannigfachen Widersprüche unserer durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachten Zivilisation einfach weggewischt werden könnten, sondern es gibt nur die reale sozialistische Alternative; und sie zeichnet sich dadurch aus, daß der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft in ihr allerdings aufgehoben ist: der Widerspruch einer in immer größer werdenden gesellschaftlichen Zusammenhängen produzierenden Gesellschaft, die gleichwohl sich selbst nicht zum obersten Zweck ihrer gemeinsamen Betätigung erheben darf, sondern sich nach wie vor das Gesetz ihres Handelns von dem eigensüchtigen Interesse einer kleinen Schicht von Privaten vorschreiben lassen muß. Erst eine Gesellschaft, die diesen Widerspruch von sich abgeworfen hat, kann den Weg zum Aufbau einer Ordnung beschreiten, in der mit der Entwicklung ihrer ökonomischen Kräfte und mit der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten durch eine immer mehr sich ausweitende Beteiligung der Massen an der Planung und Leitung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten auch die bestehenden sozial bedingten Ungleichheiten und so auch die altvererbte Teilung in geistige und körperliche Arbeit mehr und mehr verschwinden.

Die Welt, die jenseits der Fesseln des Kapitals geschaffen wird, eröffnet nicht nur dem ganzen Volk endlich den Zugang zur Kunst, sondern sie reproduziert und steigert sich selbst auch als das Werk von Menschen, die sich in ihr eine ihrem ästhetischen Anspruch gemäße Wirklichkeit schaffen und sie als solche auch zu genießen fähig sind. Es gehört zu den besonderen Infamien der Kapitalistenklasse, daß sie das auch unter Kapitalverhältnissen wachsende Bedürfnis der Menschen nach einer schöneren Wirklichkeit hemmungslos zur Befriedigung ihrer Profitsucht ausnützt. Nicht nur, daß die reizvollere Ausgestaltung des Arbeitsplatzes oder die ansprechendere Formgebung der produzierten Waren allein aus dem Grunde erfolgt, um den Gewinn der großen Unternehmen höher und höher zu treiben, der ästhetische Sinn der Produzenten und Konsumenten wird zugleich auch in einer Weise beansprucht, die das Element des Ästhetischen in sein gerades Gegenteil verkehrt. So kommt zwar gegenüber früheren Zeiten die Kunst endlich auch an die Massen heran,

aber in dem, was da verpackt in Reklame oder in billigen Reproduktionen auf die Menschen eindringt, ist die Kunst längst zu einer sinnlichen Reizmannigfaltigkeit herabgesunken, die keineswegs mehr, wie dies in der Substanz eines wirklich großen Kunstwerks liegt, auf praktische Vernunft hindrängende Ideen hervorzurufen fähig ist, sondern nur noch die Begierde nach jenen Waren steigert, aus deren Absatz das Kapital seine Macht bezieht.

Wie er sich auch wenden mag, auch der einsame Produzent der Ware Kunst vermag sich diesem Manipulationszusammenhang nicht mehr zu entziehen. Vorbei ist die Zeit, da die Kunst sich aus der eindeutig kunstfeindlichen Ökonomie in die höhere und reine Region der bloßen Kultur zurückziehen und sich dafür, daß sie dem Kaiser gab, was des Kaisers ist, einer relativen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit erfreuen durfte — sei es auch um den Preis eines Lebens in Armut und Bohème. Nunmehr, in der monopolkapitalistischen Gesellschaft, ist die Verflechtung von Ökonomie, Politik und Ideologie so dicht geworden, daß keine Reservate, auch nicht die bloß innerlichen, mehr ausgespart bleiben. Nicht einmal ein scheinbares Niemandsland ist dem künstlerisch Schaffenden zwischen den Fronten von Reaktion und Fortschritt zugestanden; wer nicht ausdrücklich in das Lager des Fortschritts übergeht, entkommt dem Funktionskreis der kapitalistischen Verwertung auf keinen Fall und wird daher selbst zum Funktionär des Kapitals, mag er sich auch noch so nichtssagend kritisch oder bramarbasierend revolutionär gebärden.

Wie aber wäre ein wirksamer, gesellschaftsändernder Widerstand überhaupt zu denken? Steht der einzelne, zumal wenn er nur gelernt hat, mit Pinsel und Leinwand umzugehen, dem alles vereinnahmenden Kapitalsystem nicht völlig hilflos gegenüber? Diese Frage muß so lange unbeantwortet bleiben, wie Einsamkeit und individuelle Ungebundenheit noch als unabdingbares Indiz des künstlerischen Ingeniums gelten. Theoretisch ist sie überhaupt nicht zu beantworten, sondern nur praktisch, nämlich nur im Gefolge der Erkenntnis, daß die Kräfte des Neuen — im Weltmaßstab betrachtet — schon mächtig am Werk sind und daß es an keinem Platz der Welt schwerfallen kann, sich dem großartig anschwellenden, wenn auch sehr widersprüchlichen und von Zeit zu Zeit auch rückläufigen Strom des Fortschritts anzuschließen und so selbst mächtig zu Kampf und Widerstand zu werden. Und wenn Unvernunft und Unmenschlichkeit, die gewiß erst nach langdauernder Auseinandersetzung endgültig zu besiegen sein werden, nun auch die Kunst und die mannigfachen Anwendungsformen des Ästhetischen als eine besonders wirksame Waffe erkannt haben, was liegt näher, als diese Entdeckung aufzugreifen und die ästhetischen Machtmittel — natürlich ohne die Skrupellosigkeit in der Methode — ebenso entschieden in den weltweiten Kampf einzuführen, dessen Entscheidungsschlachten nicht zuletzt auch auf dem Felde der Ideologie geschlagen werden müssen?!

Voraussetzung dafür ist die genaue Kenntnis des Waffenarsenals, über das der Gegner verfügt, ist also auch das Studium der Funk-

tionen, die die Kunst und überhaupt das Ästhetische in der spät-kapitalistischen Gesellschaft ausüben. Nachdem die alte Kunst die gesellschaftliche Wirklichkeit von sich abgestoßen hat, kann die neue Kunst nicht mehr bei sich selbst ansetzen, sie kann sich nur aus einer progressiv politischen Praxis der Kunstschaffenden ergeben, der die besondere Aufgabe zukommt, auf Grund detaillierter Einsicht in den Zusammenhang von ökonomischer Basis und ideologischem Überbau den Schein der bürgerlichen Gesellschaft, als sei sie die letzte und dabei die beste aller möglichen Welten, vor aller Augen in seinem heuchlerischen Charakter bloßzulegen und die kapitalabhängig Arbeitenden zur Mitarbeit am Bau der neuen Gesellschaft zu ermuntern, deren Konturen, aller Globalstrategie des Imperialismus zum Trotz, im Weltganzen immer deutlicher hervortreten.

Wolfgang Fritz Haug

Die Rolle des Ästhetischen bei der Scheinlösung von Grundwidersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft

Gliederung:

Einleitung — zur Einführung in Thema und Methode

1. Abschnitt:

Warenästhetik als Scheinlösung des Widerspruchs von Gebrauchswert und Tauschwert

Exkurs:

Vergleich mit dem Sozialismus, um im Kontrast das spezifisch Kapitalistische der Warenästhetik zu verdeutlichen

2. Abschnitt:

Der Einfluß der Warenästhetik auf die Arbeiterklasse

3. Abschnitt:

Brechung der Sinnlichkeit und ästhetische Faszination — Versuch einer Ableitung des allgemeinsten gesellschaftlichen Triebchicksals aus den Produktionsverhältnissen privater Warenproduktion

4. Abschnitt:

Kollektive Praxis und Illusionsindustrie im Kapitalismus

Einleitung

Während in der Kritik der Warenästhetik nur *ein* Phänomen des Kapitalismus, die zum Kauf anreizende Aufmachung der Waren, untersucht wurde, und zwar in seiner Entstehung aus einer Funktion des Tausches, in seiner Entfaltung im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus und in seiner über die ökonomische Funktionsbestimmtheit hinaustreibenden geschichtlichen Dynamik¹, geht es bei den folgenden Analysen einzelner Zusammenhänge immer um Wesenszüge des kapitalistischen Systems insgesamt. Untersucht werden, auf verschiedenen Ebenen dieses Systems, Funktionen des Ästhetischen für den Zusammenhalt der kapitalistischen Gesellschaft. Vorausgeschickt sei zunächst eine für die Zwecke der folgenden Überlegungen operationalisierte Definition dessen, was unter „Ästhetischem“ zu verstehen sei. Wenn im folgenden dieses Wort fällt, dann soll

1 W. F. Haug, Kritik der Warenästhetik, Radiovortrag, gesendet im III. Programm des SFB, abgedruckt in „Kursbuch“ 20/1970, S. 140—158.

darunter verstanden werden: Sinnlichkeit und Sinn bestimmter Sachen, abgezogen von diesen Sachen. „Abgezogen“ mag man verstehen als sinnliche Abstraktion, auch als Abzug, der von einem Negativ gemacht wird. Bei den „Sachen“, deren Sinnlichkeit derart abstrahiert wird, ist an Dinge ebenso zu denken wie an objektive Zusammenhänge oder Abfolgen. Abgezogen wird die sinnliche Erscheinung und, ineins damit oder herausoperiert, der Sinn dieser Sachen. „Ästhetisches“ in diesem Sinn beschränkt sich also nicht auf Kunst. Ferner ist es nicht ablösbar von der subjektiven Sinnlichkeit der Menschen, die mit der objektiven der sie umgebenden Realität in ständiger Wechselbeziehung steht. Der Begriff des „Ästhetischen“ zielt im folgenden auf diesen Subjekt-Objekt-Zusammenhang, soweit er von außen, im Dienste bestimmter Funktionen, bewußt technisch beeinflußt oder künstlich hergestellt wird. Die Analyse von Funktionen des Ästhetischen für den Zusammenhalt der kapitalistischen Gesellschaft eröffnet somit einen Zugang zur Untersuchung dessen, was man die subjektive Seite oder die menschliche Innenseite der politischen Ökonomie des Kapitalismus nennen könnte: des Schicksals der Triebe und der Prägung der Sinnlichkeit in der notgedrungenen Spannung der Bedürfnisse zwischen erzwungenem Verzicht und kompensatorischer Befriedigung. Für diese subjektive Seite gilt, daß sie zugleich Resultat und Voraussetzung der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist: sie ist den Menschen von der kapitalistischen Gesellschaft vorgegeben und zugleich dem System von den Menschen als Zugeständnis abgenötigt.

Des weiteren sind einige methodische Hinweise vor auszuschicken. Denn wenn man das Thema einigermaßen zuverlässig bearbeiten will, stößt man auf eine ganze Reihe zugleich sachlicher und methodischer Schwierigkeiten, und das nötigt zu vorklärenden Erörterungen. Man wird sehen, daß bei allem Folgenden von einigen insbesondere in der Kritik der politischen Ökonomie von Marx immanent entwickelten, angewandten, im Text steckenden Erkenntnissen des historischen Materialismus ausgegangen wird. All diesen Erkenntnissen ist gemein, daß sie zum gewöhnlichen Bewußtsein in einem Verhältnis stehen, das ebenso gegensätzlich ist wie das Verhältnis gewisser vorwissenschaftlicher Vorstellungen über die Bedeutung der Sterne für den Ablauf der menschlichen Geschichte zur Wissenschaft, sei es zum historischen Materialismus als der Geschichtswissenschaft, sei es zur Astrophysik als der Wissenschaft von den Sternen. Nun wird diese Schrift höchstwahrscheinlich keinen erreichen, der noch ans Horoskop oder an die Weissagung aus dem Kaffeesatz glaubt und zu den Zigeunerinnen geht, um sich vermeintliches Zukunftswissen zu kaufen. In Ansehung der Analyse gesellschaftlicher Phänomene aber ist dem nicht so, sondern es muß, auch innerhalb der Linken, die kopernikanische Revolution des Bewußtseins hin zum wissenschaftlichen Sozialismus immer wieder von neuem in Angriff genommen werden. In einer Abhandlung von Fragen der Ästhetik könnte eine Hauptquelle möglicher Mißverständnisse und Schwierigkeiten in dem Versuch gründen, in jedem Moment der Untersuchung die Grunderkenntnis

von Marx anzuwenden, daß bestimmte nicht in sinnlicher Unmittelbarkeit greifbare, selber nicht erscheinende ökonomische Funktionszusammenhänge mächtiger auf die Gestaltung der sinnlichen Wirklichkeit einwirken als irgendwelche sinnlich unmittelbar greifbare Faktoren; daß z. B. die ökonomische Funktionsbestimmtheit einer Sache, d. h. ihr sozialer Charakter, Träger einer ökonomischen Funktion zu sein, der ihre Erscheinung und Wirkung entscheidend steuernde Faktor ist. Der Begriff der Warenästhetik etwa meint eine derart funktionsbestimmte Erscheinung; sie ist Träger der Realisationsfunktion; sie bildet sich heraus als Antwort auf eine Notwendigkeit, die aller privaten Warenproduktion, vor allem aber und in ständiger Steigerung der kapitalistischen, ihr Gesetz vorschreibt: die Realisationsnotwendigkeit als die Verkaufs-, Erlösnotwendigkeit. — Es ist nicht der Ort, derartige zugleich sachliche und methodische Begriffe wie den Begriff der „Funktionsbestimmtheit“ zu entwickeln. Aber wenigstens möge ein zweiter Vergleich die Bedeutung dieser methodischen Hinweise versinnlichen. Wer bei Marx gelernt hat, wird davon ausgehen, daß bestimmte zum System der gesellschaftlichen Beziehungen gehörige Schaltungen oder Weichenstellungen gesellschaftliche Abläufe in der Gegenwart und in der geschichtlichen Ausdehnung entscheidender bestimmen als irgendwelche sonstigen Mächte, seien es Dynastien, seien es politische Gesetzgebungen usw. So muß z. B. der Schaltzusammenhang, daß vor die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse eine bestimmte Art ökonomischer Erwerbstätigkeit gesetzt ist, für wichtiger gelten als etwa individuelle Meinungen der Individuen, vor deren Befriedigung notwendiger Bedürfnisse diese Art von Tätigkeit geschaltet ist, über ihr eigenes Verhalten. Es wird davon ausgegangen, daß diese Schaltungen es sind, die die Individuen entscheidend steuern. Und es wird von der Einsicht ausgegangen, daß bei einer derartigen gesamtgesellschaftlich wirksamen Regelung das Nichtbeachten solcher Schaltungen die Individuen mit Untergang bedroht, so daß praktisch nur überlebt, was sich solchen Regeln fügt. Kurzum, es wird im folgenden wiederum davon ausgegangen, daß solche Regeln, die selber nicht sichtbar sind und nicht die Form von Fakten haben, die gesellschaftliche Erscheinungswelt gründlicher bestimmen als irgend etwas sonst und schlechthin wirklichkeitsprägend sind. Die materialistische Methode steht in diesen Kernfragen zum bürgerlichen Alltagsbewußtsein und common sense in einem Gegensatz, wie er schärfer nicht gedacht werden kann.

Schließlich noch eine Bemerkung zum Begriff des Verwertungsprozesses. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle eine Einführung in die Analyse des kapitalistischen Verwertungsprozesses zu geben. Nur ein oft vernachlässigter Aspekt sei hervorgehoben in Anknüpfung an das zur Methode Ausgeführte: Wenn die Rede ist vom „Verwertungsprozeß des Kapitals“, dann scheint es um einen Prozeß in Form eines Einzelablaufs zu gehen; und doch handelt es sich dabei um das äußerst komplizierte Resultat einer sehr großen Zahl von Einzelabläufen. Die Einzelabläufe stellen die Verwertungsprozesse individueller Kapitale

dar. Darunter wird wohl jeder auf Anhieb die Abläufe verstehen, in die ein solches Kapital investiert wird zum Zwecke, einen bestimmten Zuwachs zu erreichen, also aus einer bestimmten Wertsumme am Schluß mehr Wert zu machen. An der Oberfläche mag der Verwertungsprozeß eines individuellen Kapitals so erscheinen. Damit ist aber nicht begriffen, was die unbestimmt allgemeine Redeweise vom Verwertungsprozeß des Kapitals meint. Die Formulierung verweist auf den gesellschaftlichen Prozeß, der daraus resultiert, daß tausende und abertausende Kapitale ihre individuellen Verwertungsprozesse durchlaufen und sich bei jedem Durchlauf wechselseitig und konkurrierend in Austauschbewegungen verwickeln. Aus dem Ineinanderspielen und Gegeneinanderspielen ungezählter individueller Verwertungsabläufe entstehen Resultate mit dem Charakter von Gesetzen, die jedem Einzelkapital durch die Konkurrenz der Kapitale als äußere Zwangsgesetze aufgeherrscht werden und nicht weniger unerbittlich sind, als etwa die Gesetze, die Darwin beschrieben hat und die darüber entscheiden, welche Spezies ausstirbt und welche ein Erfolg wird. Noch einmal: die Gesetze des kapitalistischen Verwertungsprozesses resultieren aus den Handlungsabläufen von tausenden und abertausenden Kapitalisten — wobei zunächst einmal von den Massen, die diese Kapitalisten auf Grund bestimmter historischer ökonomischer Voraussetzungen ihrem Verwertungsprozeß haben unterjochen können, abgesehen wird. Die den Verwertungsprozeß des Kapitals bestimmenden Gesetze, die auf dem Ineinander und Gegeneinander unzähliger Einzelkapitalprozesse resultieren, sind als dieses allgemeine Resultat aller Prozesse zugleich bestimmende Voraussetzung eines jeden einzelnen. Keines der Einzelkapitale hat diese Gesetze durch seine Agenten gewollt oder selber gemacht, und doch bestehen sie und resultiert ihre Macht aus nichts anderem, als aus der im allgemeinen Gegeneinander aufgehobenen Macht unzähliger Einzelprozesse. Ihr Charakter ist der eines Fetischs: von Menschen gemacht, ein Machwerk, treten sie doch den Menschen als Übermacht, als absolut über Gedeih und Verderb entscheidend gegenüber.

Wenn also die Rede ist vom Verwertungsprozeß *des* Kapitals in dieser unbestimmt allgemeinen Form, dann ist die Rede von einem Prozeß, der von den Tätigkeiten und der subjektiven Willkür der Einzelkapitalisten sich abgelöst hat und in jedem Einzelfall immer schon verallgemeinert ist; der selbst den Kapitalisten gegenüber unmenschlich, übermenschlich erscheint; der sich die Kapitalisten — bei allem unüberbrückbaren Klassenunterschied des sozialen Schicksals — prinzipiell ebenso unterwirft wie die produzierenden Massen der Gesellschaft. In diesem Prozeß hat sich die Verwertungsbewegung verselbständigt gegenüber dem Einzelkapitalisten. Wenn also vom Verwertungsprozeß des Kapitals die Rede ist, dann ist im folgenden immer mitgemeint, daß darin sich Wert als Sichverwertender (um mehr Wert zu werden) als Selbstzweck gesetzt hat. Das ist kein Gleichnis, keine unverbindliche Übertragung einer psychologischen Kategorie auf das Gebiet der politischen Ökonomie. In der klassischen bürgerlichen Komödie, etwa des 17. Jahrhunderts bei Molière, gibt es

einen Geizigen, einen Hypochonder, einen Heuchler usw., also Charaktertypen, die als Individuen dadurch charakterisierbar sind, daß bei ihnen eine bestimmte Komponente ihres Daseins die anderen Komponenten ihrer Herrschaft unterworfen hat. Damit hat das, was gemeint ist, wenn von Verwertungsprozeß, von Verwertung des Werts als Selbstzweck die Rede ist, nichts gemein. Selbstzweck meint in der nüchternsten Form einen bestimmten Schaltplan gesellschaftlicher Abläufe: durch die kapitalistische Produktionsweise werden die Prozesse der ökonomischen Einzelagenten so ineinandergeschaltet, daß ein Prozeß resultiert, der seine eigene, sozusagen eine Selbstschaltung hat; der nicht mehr von den Individuen — und seien es selbst die mächtigsten Kapitalisten — eindeutig definierbar ist, sondern sie, wenn sie gegen seine Gesetze verstoßen, ausschaltet. Hier fungiert eine bestimmte Bewegung, die Bewegung des Mehrwertmachens, als ihr Selbstzweck und ordnet alle Momente, die in die Bewegung hineingenommen werden, Personen wie Sachen, sich unter.

1. Warenästhetik als Scheinlösung des Widerspruchs von Gebrauchswert und Tauschwert

In der entfalteten Tauschgesellschaft, in der bereits Geldwirtschaft sich durchgesetzt hat, treten sich Käufer und Verkäufer als getrennte ökonomische Rollen, Charaktermasken, wie Marx sagt, gegenüber. Das Verhältnis von Verbraucher als Käufer und Warenbesitzer als Verkäufer ist in sich antagonistisch, denn es stehen sich in diesem Verhältnis widersprüchliche Interessen gegenüber. Der Käufer steht auf dem Gebrauchswertstandpunkt. Für ihn ist der Tauschwert, den er in Händen hält, sein Geld, ein bloßes Mittel, was er nolens volens benötigt — weil es gesellschaftlich so gesteuert und geschaltet ist — um an die Dinge zu kommen, derer er zum Leben bedarf. Der Verkäufer steht auf dem Tauschwertstandpunkt. Für ihn ist das, was dem andern Lebensmittel ist, was dem andern die materiellen — oder seien es auch immateriellen — Dinge sind, deren er zum Leben bedarf, ist de facto das Leben des andern, soweit die Logik des Tausches bestimmt, bloßes Mittel, um an den Tauschwert zu kommen. Auf der einen Seite geht es nur um den Tauschwert und auf der anderen Seite nur um den Gebrauchswert, d. h. der Verkäufer — der Einfachheit halber wird unterstellt, daß er identisch sei mit dem Warenproduzenten — könnte von seiner Bestrebung her auf den Gebrauchswert verzichten, den seine Waren haben; er gewährleistet ihn allenfalls nolens volens, weil, wenn niemand sich einen Gebrauchswert von ihnen verspräche, sich kein Käufer fände. Aber der Gebrauchswert der Ware ist von seinem Standpunkt aus ein Zugeständnis, und er könnte auch andre Gebrauchswerte als Träger des Tauschwertes und als Mittel, an Tauschwerte zu kommen, produzieren.

Man wird schwerlich in der Lage sein, sogleich abzusehen, wie folgenreich und wie von der Grundlage bis zum Epiphänomen prägend dieser Widerspruch für die bürgerliche Gesellschaft, von der frühbürgerlichen bis zur monopolkapitalistischen, ist. Dieser Widerspruch

wird bestimmend in der Warenproduktion und in der Geschichte der Weiterentwicklung sowohl der Waren selbst als auch der Methoden des Warenproduzierens. Im Auseinandertreten von Bedürfnis und Zahlungsfähigkeit macht er sich im Weltmaßstab wachsend für die Massen geltend; als Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter der Produktion macht er sich periodisch fürs Kapital krisenformig geltend und droht, den produktiven Massen mit der Möglichkeit zur Lohnarbeit die materielle Lebensgrundlage zu entziehen.

Im Kontext unsrer Untersuchung stehen freilich nicht die krisenformige Zuspitzung des Widerspruchs und die auf sie reagierenden bürgerlichen Bewältigungsversuche zur Debatte, sondern hier geht es um eine Scheinlösung dieses Grundwiderspruchs, die für das als normal geltende Funktionieren des gesellschaftlichen Systems der arbeitsteiligen Privatwirtschaft charakteristisch ist — und zwar vom historischen Anfang an. Mit der Ausprägung der gegensätzlichen ökonomischen Charaktermasken von Käufer und Verkäufer, wie sie sich im Tausch gegenüberstehen, tritt auf seiten des Verkäufers auch die Scheinlösung des Interessengegensatzes auf. Zu seiner Charaktermaske gehört — als euphorische Oberfläche über der tiefen Sorge um die Realisation seines Tauscherts — die im Verkaufsgespräch dargestellte Begeisterung über den Gebrauchswert seiner Ware. Dieser maskenhaften Begeisterung setzt der Käufer, um nicht der Dumme zu sein, beständiges Mißtrauen entgegen, welches seiner ökonomischen Charaktermaske einen bezeichnenden Ausdruck verleiht. Über diesen im Widerspruch des Tausches begründeten Rollen bilden sich Fähigkeiten aus im Wechselspiel von interessierter Lobpreisung und entgegengesetzt interessierter Herabsetzung, die sich vom Tauschakt ablösen und in den literarischen, ja sogar religiösen Überbau aufsteigen. Ihre höchste Stufe erreicht die Kultur des persönlichen Verkaufsgesprächs in der einfachen Warenproduktion². Als allgemeine verkümmert sie in deren kapitalistischer Entfaltung³.

2 Bei Handelsvölkern prägt die rhetorische Schulung des Verkaufsgesprächs die allgemeine Volkskultur derart, daß die Angehörigen solcher Völker von Mitgliedern anderer Gesellschaften mit den einschlägigen Fähigkeiten identifiziert werden.

3 Im Zuge der Unterordnung von Produkten und Verkauf unters Kapital fällt die Redekunst, die im Verkaufsgespräch ihren gesellschaftlichen Ort hat, der Arbeitsteilung anheim, Verkaufen wird zu einem besonderen Beruf, und die Verkaufsfähigkeiten werden zu seinen besonderen Kennzeichen. Mit der erweiterten Reproduktion des Klassenverhältnisses von Lohnarbeit und Kapital geht einher, daß relativ immer weniger etwas zu sagen haben. Befehl und Information, die jetzt in den Vordergrund treten, machen kein Gespräch aus. Der private Käufer, der sich zwischen den warenästhetischen Kulissen des supermarkets bewegt, handelt nicht mehr, sondern kauft oder kauft nicht und schweigt im übrigen beeindruckt; mit dem Wasser, das ihm inmitten der Reize im Munde zusammenläuft, schluckt er auch das Mißtrauen hinunter und frißt es in sich hinein. — Daß die Fähigkeiten zum Erzählen und zur Rhetorik des Gesprächs gesellschaftsweit schwinden, wird gelegentlich mit dem Aufkommen von Radio, Film und Fernsehen begründet. Es genügt aber, einen Vertreter, Teppich-

In ihr entwickelt sich dagegen die an der Ware vergegenständlichte, sachliche Verkaufsfunktion der Warenästhetik über die Ware hinaus. An sich ist auch sie bereits in der einfachen Warenproduktion ausgebildet, wenn auch, im Unterschied zur kapitalistischen Entfaltung, wesentlich beschränkt auf den Körper, resp. die Oberfläche der Ware selbst. Im „Tui-Roman“ skizzierte Brecht einen Bäcker, der sich als einfacher Warenproduzent mit entsprechenden Anstrengungen die Augen verdarb. „Er verdiente viel Geld damit, daß er es verstand, sehr kleinen Semmeln ein sehr verlockendes Aussehen zu verleihen. Er starb, halbbblind von seiner die Augen sehr anstrengenden Tätigkeit, mitten in seiner Backstube und hinterließ ein Vermögen...“⁴ Die vergegenständlichte Scheinlösung des Widerspruchs von Gebrauchswert und Tauschwert hat Ursprung und Funktion mit der lebendigen Scheinlösung im Verkaufsgespräch gemeinsam, doch ist ihr Eingriff in das sinnliche Verhältnis des potentiellen Käufers zur Ware gründlicher, weil objektiv und weil vom Käufer im Unterschied zum Verkaufsgespräch nicht adäquat erwidierbar. Indem sich nämlich der Tauschwert als treibender Zweck der Warenproduktion durchgesetzt hat, wird hinfort in der Warenproduktion ein Doppeltes produziert: nicht nur der zugestandene Gebrauchswert, sondern, mit eigenen Techniken und separaten Überlegungen und Anstrengungen, die Erscheinung von Gebrauchswert, das ästhetische Gebrauchswertversprechen. Ziel der Produktionsanstrengung ist es hinfort, in der Warenproduktion die Ware mit Reizen und Gebrauchswertversprechungen so zu inszenieren, daß sie verkauft wird, daß sie eher verkauft wird, daß sie im Gegensatz zu anderen Waren verkauft wird. Sinnlichkeit und Sinn der Sache, die als Ware produziert wird, werden von der Sache abgezogen, und es wird diesem Ästhetischen eine gesonderte Aufmerksamkeit gewidmet, die schließlich zur Entwicklung bedeutend raffinierter Techniken führen kann als die Aufmerksamkeit, die der Gebrauchswertproduktion gewidmet wird. Die Fortschritte, die im monopolistischen Kapitalismus auf dem Gebiet der Produktion der bloßen Gebrauchswerterscheinung, also hinsichtlich der separaten Produktion des Ästhetischen der Ware, gemacht wurden, sind sprunghaft: zunächst als Aufmachung, dann als sich ablösende zweite Haut der Ware, als die Verpackung, die aber nicht wie das bloße Einwickeln als Schutz vor den Gefahren des Transports gedacht ist, sondern als das eigentliche Gesicht, welches selbst statt des Warenleibs der potentielle Käufer zunächst zu sehen bekommt und

verkäufer oder auch einen Hausierer kennenzulernen, deren Fähigkeiten der Rede immer ungewöhnlicher vom allgemeinen Niveau abstecken, um zu sehen, daß die bloß psychologische Begründung zu oberflächlich ist. — Für politische Arbeit ist die Redefähigkeit wieder von zentraler Bedeutung. Wenn sich die Massen politisch bewegen, kommt es zu massenhafter Veränderung der Redefähigkeit. — Mit ihrer jeweiligen objektiv gesellschaftlichen Funktion wird die Redefähigkeit verkümmern oder aber sich neuartig entfalten.

4 B. Brecht, *Der Tui-Roman*, Bd. 12 der „werkausgabe edition suhrkamp“, S. 694.

das sich im Fortgang vom Warenkörper vollends ablöst und als körperloses Warenbild drahtlos in jedes Haus zirkuliert, die wirkliche Zirkulation der Ware anbahnend. Die Tendenz, die diese Phänomene hervortrieb und immer wieder über sich hinaustreibt, ist im Fundament der privaten Warenproduktion angelegt und aufhebbar nur mit der Privatproduktion von Waren selbst. Die Kapitalisierung der Warenproduktion verstärkt diese Tendenz ungemein, und zwar im Zuge der aufkommenden Massenproduktion und damit der Massenware.

Einige Momente dieses Zusammenhangs sind in dem Aufsatz zur Kritik der Warenästhetik entwickelt und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Dort habe ich auch zu zeigen versucht, wie die monopolkapitalistische Zentralisation der Warenproduktion dieser Tendenz eine nicht mehr bloß quantitativ, sondern qualitativ neue Wendung gibt. Hier sei nur ein Punkt noch einmal erwähnt und zusammengefaßt: Innerhalb der Grundsichtung dessen, was das System der Warenproduktion, insbesondere der kapitalistischen Warenproduktion, in seinem Ablauf steuert, ist gesetzmäßig mitgesetzt eine beständige, im Dienst bestimmter ökonomischer Funktionen stehende komplexe Entwicklung der Warenästhetik. Diese Entwicklung hat Folgen für die gesamte Gesellschaft. Sie führt dazu, daß das gesamte Reich sinnlicher Dinge im Zuge seiner Unterwerfung unter die monopolkapitalistische Warenproduktion von ständiger ästhetischer Umwälzung betroffen ist. Für einen Typus dieses Vorgangs habe ich den Begriff der ästhetischen Innovation vorgeschlagen⁵. Darunter sei verstanden der Wechsel von modisch unterschiedenen Warengenerationen. Die ästhetische Innovation, als Funktionsträger der Regeneration von Nachfrage, wird zu einer Instanz von geradezu anthropologischer Macht und Auswirkung, d. h. sie verändert fortwährend das Gattungswesen Mensch in seiner sinnlichen Organisation: in seiner dinglichen Einrichtung und materiellen Lebensweise ebenso wie in Wahrnehmung, Bedürfnisbefriedigung und Bedürfnisstruktur.

Exkurs:

Vergleich mit dem Sozialismus, um im Kontrast das spezifisch Kapitalistische der Warenästhetik zu verdeutlichen

In der DDR wird man z. B. auf dem Lebensmittelmarkt im engeren Sinne, bei den Eßwaren, vergebens nach dem warenästhetischen Wettbewerb verschiedener Umschlagfarben oder Büchsenbedrucke innerhalb derselben Art von Gebrauchswert suchen. Weil im Sozialismus die Formbestimmtheit der Produktion als Warenproduktion durch die übergreifende Organisationsform der Planwirtschaft zu einem wesentlich unselbständigen Moment herabgesetzt ist, so daß es sich nach Form und Inhalt im ganzen bereits um Bedarfsdeckungswirtschaft — und das heißt immer Gebrauchswertwirtschaft — handelt, ist das Bild bestimmt durch Einheitsdinge, die in jedem Laden

5 Vgl.: Zur Kritik der Warenästhetik, a.a.O., S. 149.

stehen können. Einheitsdinge sind es insofern, als nicht innerhalb einer Art und Qualität die Produkte konkurrierender Konzerne bloß zum Schein sich unterscheiden. Jetzt werden, gerade weil die Wiederauferstehung des Gebrauchswerts aus der Unterwerfung unter den Tauschwert im Einheitsding innerhalb einer Warenart und -qualität sich darstellt, die Qualitätsunterschiede wichtig. Der sozialistische Wettbewerb bezieht sich auf Produktivität (oder Erfüllung des Plans) und auf Qualität. Freilich erwachsen nunmehr neue Schwierigkeiten, für die sozialistische Lösungen erst noch entwickelt oder verbessert werden müssen. Es wird immer mehr darauf ankommen, Möglichkeiten für eine Bestimmung der Bedürfnisse zu schaffen, die der Produktion vorhergehen und es erlauben, sie an den Bedürfnissen auszurichten. Weitere Probleme ergeben sich durch die Ausstrahlung — etwa in Form der Werbesendungen des westdeutschen Fernsehens — der kapitalistischen Warenwelt. Wie auf die Arbeiterklasse im Kapitalismus wirkt die Warenästhetik auch in den Sozialismus hinein als Propaganda. Gerade in der Abwesenheit des Betrugs fühlen sich die Menschen im Sog dieser Propaganda vom Sozialismus betrogen. Welche Umwege die begriffsstutzige Erinnerung dabei einschlagen kann, mag eine verbreitete Reaktion auf die Erscheinung der Waren, zum Beispiel der Lebensmittelkonserven, andeuten:

Die Gläser oder Büchsen, in denen Lebensmittel konserviert sind, zeigen auf den ersten Blick, daß sie sparsam, nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten hergestellt sind; ein Schild trägt die Sachbezeichnung für den Inhalt. Im Monopolkapitalismus gab es vergleichbare Erscheinungen zu einer Zeit, als die Kriegswirtschaftspolitik des Staates dem Kapital eine so ungeheure Nachfrage sicherte, daß die Warenästhetik in vielen Branchen überflüssig wurde, weil die Nachfrage das Angebot überwog, die Waren also knapp waren. Im selben Maße schrumpfte die Verpackung, die zweite Haut entwickelte sich zurück. Dieser Rückbildungsvorgang — auf Grund geschwundener ökonomischer Funktion — bestimmte für die Massen das Bild der Kriegskonserven. Nicht ohne Zutun einer umfassenden antikommunistischen Propaganda gründet für viele Menschen heute darin ein Motiv, die DDR abzulehnen, wenn sie sagen, das ist wie im Krieg. Das kann für sie deshalb so aussehen, weil Verpackung und Aufmachung in der sozialistischen Warenproduktion nicht mehr die Funktion haben, von der sie im Kapitalismus bestimmt waren.

Die ästhetische Gestaltung, das, was man hier in der Sprache unserer Mutterkolonie „Design“ nennt, entspringt im Sozialismus wie alles Ökonomische politischer Entscheidung. Sie ist nichts, was einfach naturwüchsig aus einer bestimmten Funktion hervorgeht, blindes Resultat einer Systemschaltung, sondern da finden Beratungen statt, unter Umständen mischt sich die Partei ein. Oder Produktionskollektive beschließen, was sie für richtig befinden. In der DDR führen Fragen der Gestaltung bereits zu Entscheidungen, die spezifisch sozialistische Politikform haben.

Obwohl die oberflächliche Erscheinung vieler Waren im Sozialismus einen markanten Unterschied zu der Erscheinung der entspre-

chenden Waren im Kapitalismus aufweist, sei noch einmal betont: das Interesse gebührt primär nicht der Oberfläche der Erscheinungen, sondern den Funktionen, die diese Phänomene bestimmen. Warenästhetik kritisieren heißt nicht, die in ihr zur Anwendung kommenden Techniken und Erscheinungen als solche kritisieren, sondern es geht darum, daß bestimmte ökonomische Funktionen diese Techniken, die im Prinzip schon vor dem Kapitalismus entwickelt waren, die auch in nicht warenproduzierenden Gesellschaften entwickelt worden sind, funktionell ergreifen, vereinnahmen, zum Träger der Funktion machen, welche Vereinnahmung dann allerdings zum Motor der Umgestaltung der vereinnahmten Phänomene wird. Wer die Funktionsbestimmtheit vernachlässigt, kommt leicht zu einer Haltung, die in ihrer schwächlichen Inkonsequenz dem Pazifismus gleicht, wo er Gewalt prinzipiell ablehnt, egal ob sie unterdrückend oder befreiend angewandt wird. Ein Gewehr ist etwas anderes, wenn es Mittel ist in einem imperialistischen Krieg, als wenn es Mittel ist in einem Befreiungskrieg. Das sieht man dem Gewehr bloß nicht an. Der abziehbare und vervielfältigbare sinnliche Eindruck zeigt nicht das dahintersteckende Wesentliche und eignet sich daher, es zu überdecken. Der Unterschied, ob ein Befreiungskrieg oder ein imperialistischer Raub- und Völkermordkrieg geführt wird, ist nicht sichtbar am Gewehr. Gegen den Imperialismus sprechen, heißt nicht: gegen Gewehre sprechen, sondern der Befreiungsfront zu Gewehren verhelfen und sie gegen den Imperialismus sprechen lassen. — Ähnlich verhält es sich bei der Kritik der Warenästhetik. Sie richtet sich nicht gegen die Verschönerung bestimmter Dinge, ganz im Gegenteil; sondern sie zeigt, wie eine losgelassene ökonomische Funktion des Kapitalismus mit der Macht einer Naturkatastrophe durch die sinnliche Welt fegt und alles das, was sich ihr nicht fügt, wegfegt und bestimmte Einzelzüge, die ihr entgegenkommen, ungeheuer aufnimmt, verstärkt und zur Herrschaft erhebt, um die des Kapitals zu befestigen.

2. Der Einfluß der Warenästhetik auf die Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse steht dem Kapital nicht nur als in der Produktion ausgebeutete, als Schöpferin aller Werte, auch der Werte, die die Quelle aller Formen von Profit und gesellschaftlichem Surplus sind, gegenüber; sondern den Teilen des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die notwendige Lebensmittel im weitesten Sinn produzieren, tritt die Arbeiterklasse ebenso sehr als Masse von Käufern gegenüber. Gegenüber der Arbeiterwelt als Käufer- und Konsumentenwelt sucht der Kapitalist daher, wie Marx in den „Grundrissen“ schrieb, „alle Mittel auf, um sie zum Konsum anzuspornen, neue Reize seinen Waren zu geben, neue Bedürfnisse ihnen anzuschwatzen“ — die Stelle ist wichtig für die Diskussion der Frage der Schaffung neuer Bedürfnisse. „Es ist“, fährt Marx fort, „gerade diese Seite des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, die ein wesentliches Zivilisationsmoment ist und worauf die historische Berechtigung, aber auch die

gegenwärtige Macht des Kapitals, beruht⁶.“ Es ist von höchster Bedeutung, die Seite, worauf die gegenwärtige Macht des Kapitals noch immer beruht, bei keiner Analyse außer acht zu lassen, sie vor allem nicht zu vergessen über Theorien verabsolutierter bloßer Manipulation, Scheinbefriedigung usw. Gleichwohl kann heute nicht mehr davon die Rede sein, die weitere Vervielfältigung oder modische Variation der Warenproduktion verleihe dem Kapitalismus historische Berechtigung. Es wäre dies allenfalls noch zu diskutieren in der Frage der Weiterentwicklung der Produktivität der Arbeit. Auf diesem Gebiet werden im Kapitalismus nach wie vor Fortschritte erzielt, die gesamtgesellschaftlich der gesteigerten Möglichkeit gleichkommen, Arbeit einzusparen. Freilich wird im Kapitalismus nur ein Bruchteil des vernünftig Möglichen auch wirklich. Die Entwicklung der führenden Macht des Kapitalismus, der USA, zeigt drastisch, wie jeder Produktivitätsfortschritt im Rahmen des Kapitalismus die zerstörerischen Potenzen dieser Produktionsweise weiter anwachsen läßt und zur Vernichtung von Kapital und allgemein gesellschaftlicher Produktivkraft führt in Form von Krisen und Kriegen; technische Möglichkeiten werden sabotiert; das Heer der Verelendeten und Arbeitslosen wächst ständig an; ein Teil dieses Heeres wird von der Armee absorbiert und im doppelten Sinne der Vernichtung zugeführt, dem Massenmord an fremden Völkern und der eignen Dezimierung auf dem Schlachtfeld. In der BRD sieht das Bild an der Oberfläche ganz anders aus. Statt mit dem Mittel des Mordes wird der Klassenkampf, von ersten Vorboten eines möglichen Umschlags abgesehen, nur mit dem Mittel des Rufmords geführt. Statt eigne imperialistische Kriege zu führen, liefert der Staat nur Finanzierung und Kriegsmaterial für fremde imperialistische Kriege. Das Heer der Arbeitslosen ist fast verschwunden, Verelendete sind kaum sichtbar, weil sorgsam in Ghettos versteckt. Der Massenkonsum scheint das Bild zu bestimmen. — Eine gewisse Sonderstellung der BRD erklärt sich mit der unmittelbaren Systemkonkurrenz im Verhältnis zur DDR. Gerade die scheinbaren Siege des Kapitalismus in Westdeutschland sind aus der Angst der herrschenden Klasse vor dem Sozialismus zu begreifen. Diese Angst ist am Zustandekommen zahlloser Entscheidungen auf betrieblicher bis staatlicher Ebene konstitutiv beteiligt. Die Wege der offenen Gewalt sind dem westdeutschen Kapitalismus durch die bloße Existenz der DDR versperrt. Offen bleibt der Weg der korrumpierenden Befriedigung. Eine Station dieses Weges ist die materielle Befriedigung. Eine andere Station bildet die ständige Berieselung mit scheinbar unpolitischer Propaganda für Waren, die sich in der Sprache des Verlockenden, der Bedürfnisse, der Triebe und Triebängste ebenso ausspricht wie in der des Neids und kontrollierenden Vergleichs mit den Konkurrenten.

Der politisch-bewußten Zuspitzung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital von seiten der Arbeiterklasse, der seine ent-

6 K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 198.

scheidenden Bestimmungen aus dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital in der Produktionssphäre empfängt, wirkt jene zweite Beziehung, in der die Arbeiter dem Kapital als Käufer- und Konsumentenwelt gegenüber treten, entgegen. Ihre Bestimmungen empfängt diese Beziehung, solange keine Krise sie aussetzt, aus der Zirkulationssphäre. Die Prinzipien dieser Sphäre sind zunächst abgeleitet vom Tauschprinzip. So sind die Beziehungen dieser Sphäre bestimmt durch Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit. Freiheit heißt hier Freiheit der Vertragsschließung, der Wahl und Auswahl; Gleichheit bedeutet, daß formal jeder die gleiche Freiheit hat, wiewohl materiell beschränkt durch die Menge des zur Verfügung stehenden Geldes; Gleichheit heißt ferner, daß es hier ohne Ansehung der Person zugeht, nämlich nur mit Ansehen des Geldes; Gerechtigkeit aber bedeutet die Gleichwertigkeit von Gegebenem und Genommenem.

Gegen die Gerechtigkeit der Transaktionen innerhalb der Zirkulationssphäre steht freilich das, was Marx als *sekundäre Ausbeutung* analysiert hat. Bezeichnenderweise kommt Marx darauf zu sprechen bei Bemerkungen über „das Verleihen von Häusern etc. für den individuellen Konsum“. „Daß die Arbeiterklasse“, fährt Marx fort, „auch in dieser Form beschwindelt wird, und zwar himmelschreiend, ist klare Tatsache; aber dies geschieht ebenso von dem Kleinhändler, der ihr die Lebensmittel liefert. Es ist dies eine sekundäre Ausbeutung, die neben der ursprünglichen herläuft, die im Produktionsprozeß selbst unmittelbar vor sich geht⁷.“ Hier wäre der einzige ökonomisch begründete Ansatz für eine Theorie der „Ausbeutung über den Konsum“; die in der „Neuen Linken“ zeitweilig beliebten Theorien dieses Namens sparten freilich gerade diesen Ansatz aus, während z. B. Mieterkampagnen, die Mietwucher anprangern, von diesem Ansatz ausgehen.

Trotz der sekundären Ausbeutung, die ja alle Gesellschaftsmitglieder, soweit sie als Käufer auftreten, gleichermaßen zu treffen scheint, enthalten die Beziehungen, die die Arbeiterklasse in der Zirkulationssphäre als Käufermasse zum Kapital eingeht, den Schein von Klassenlosigkeit. Gerade weil fürs Kapital hier nur das Geld in den Taschen der Kunden zählt, ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit, herrscht in der Warenästhetik der Schein, durch den eine spezifische Klassenkultur die Arbeiter zu vereinnahmen sich anschickt: in das kapitalistische Zerrbild einer klassenlosen Kultur. Der Dunstbau, der sie überwölbt, ist weniger denn je bestimmt durch Himmel — es sei denn durch den Urlaubshimmel —, ewige Ideen und Rechte, Kunst und Vaterland. Es ist ein einziger supermarket, in den sich — außerhalb der Sphäre der Arbeit — die gesellschaftliche Welt dieses Kapitalismus verwandelt. In diesem supermarket hat eine scheinhafte Totalität ihren Ort, die nicht nur die Wahrnehmung jeder Ware nach Sinn und Sinnlichkeit zu bestimmen strebt, sondern auch die der Menschen und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Nicht nur hat das Individuum keinen Sinn, der gegen dieses gesellschaft-

7 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, S. 623.

liche Gesamtkunstwerk standhielte. Sondern es bestreitet diese Sphäre aus schönem Schein der Klasse und dem Klassenbewußtsein den Sinn. Der Schein, der da eine Sprache spricht, die dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital entgegengesetzt ist, ist nicht bloßes Trugbild, sondern hat seinen Ort in den immer wieder neuen Reizen der Waren, in Tatsachen, Dingen, objektiven Beziehungen. Er stellt zwar eine bloße Scheinlösung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital dar, aber eine objektive. Um sich gegen diesen Schein zu behaupten, muß das Klassenbewußtsein der Werktätigen ihn durchschauen als Propaganda. Denn die kapitalistische Propaganda der Waren wirkt zugleich als Propaganda für kapitalistische Warenproduktion. Diese Propaganda feiert ihre Triumphe, wenn die lohnabhängigen Massen sie — und ihr eigenes Klassenschicksal damit — für das Natürliche halten: wenn ihre Wahrnehmung dermaßen an eine Propaganda, die sie objektiv verhöhnt, gewöhnt ist, daß sie deren Abwesenheit in den Straßen der sozialistischen Länder als trostlos vermerkt; wenn sie die politischen Losungen an den Fabriken im Sozialismus, ja die politische Propaganda des Sozialismus insgesamt als Zumutung ablehnt. Die Macht der Warenpropaganda resultiert nicht aus Manipulation im Sinne bloßer Gaukelbilder der Werbung und Anreizung allein. Ihren realen Kern hat sie in den Gebrauchswerten der Waren und in deren allgemeiner Zugänglichkeit. Gegen ihre eigenen Bedürfnisse und ihre Befriedigung könnten die Massen kein Klassenbewußtsein aufrechterhalten. Wie die Waren in der Zirkulationssphäre den harten Kern der Warenpropaganda darstellen, ohne den sie wie offener Hohn empfunden würde, so der sich als Lohnforderung in der Produktionssphäre konkretisierende Warenhunger als der harte Kern, an dem Klassenbewußtsein sich aufrichtet. Die totale Negation der Warenwelt und der ästhetischen Dunstglocke, die sie über die Menschen hängt, kann auf Grund der Gesetzmäßigkeit des skizzierten Zusammenhangs keinen solchen Ansatz darstellen.

3. Brechung der Sinnlichkeit und ästhetische Faszination

Es gilt, grundsätzlicher nach der Stellung der menschlichen Sinnlichkeit in der Tauschgesellschaft zu fragen, um die allgemeinsten Bestimmungen zu gewinnen, die grundlegend bleiben auch für die Analyse der sich im Kapitalismus weiterentwickelnden ästhetischen Subjekt-Objekt-Beziehung. Diese Bestimmungen sind aus den Produktionsverhältnissen zu entwickeln. Die Aufgabe ist es demnach, aus den Gesetzmäßigkeiten privat-arbeitsteiliger Warenproduktion grundlegende Prägungstendenzen subjektiver wie objektiver Sinnlichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft abzuleiten. Es fragt sich, wo und wie der Ableitungsversuch anzufangen hat. Die Antwort liegt im Anfang des „Kapital“; es erweist sich, daß auch für die vorliegende Fragestellung dieser Anfang alles andere als zufällig ist. Und doch wird oft empfohlen, bei der Lektüre des „Kapital“ den ersten, „allzu philosophischen“ Abschnitt zu überspringen. Die Empfehlung ist in-

sofern verständlich, als im Anfang des „Kapital“ besonders große Schwierigkeiten zu überwinden sind; das Besondere an ihnen ist, daß sie weder im Text noch in der Sache, sondern in einer eigentümlichen Beziehung des Lesers zur analysierten Sache gründen. Die Analyse mutet dem Leser bewußtseinsverändernde Einsichten zu, auf die er mit Widerstand reagiert. Dieser Widerstand läßt sich begreifen einerseits als subjektives Resultat des historischen Prozesses, in dessen Verlauf sich die Logik des Tausches durchsetzte und entfaltete; andererseits aus der unmittelbaren Widerspiegelung der objektiven Resultate dieses Prozesses im Bewußtsein. Als Beispiel für einen ganzen Komplex zugleich objektiver wie subjektiver Schwierigkeiten mag die Unterscheidung und radikale Trennung von Gebrauchswert und Tauschwert, die Anfangsschwierigkeit des „Kapital“, stehen. Der Widerspruch dieser beiden Momente der Ware kehrt auf allen Ebenen des kapitalistischen Systems, desgleichen auf allen Ebenen der Theorie des Kapitals wieder; die beiden radikal getrennten Begriffe gehen in ihrer Widersprüchlichkeit konstitutiv in den Aufbau der im Fortgang immer konkreter werdenden Theorien des „Kapital“ ein. Daß die Waren als Tauschwerte „kein Atom Gebrauchswert“ enthalten, ist eine Zumutung fürs bürgerlich geprägte Alltagsbewußtsein, die Widerstand hervorruft. Es ist hier nicht der Ort, darzustellen, wie auf allen Ebenen der Theorie des Kapitals die im ersten Kapitel von Marx erarbeiteten Begriffsbestimmungen von wahrhaft fundamentaler Bedeutung sind, indem nämlich auf ihnen aufgebaut wird. Hier interessiert die Analyse des Tauschs, sofern sie zugleich einen Zugang zur Analyse jenes Widerstands eröffnet.

Jeder Tauschakt setzt unvergleichliche Qualitäten (Gebrauchswerte) einander gleich in einer bestimmten quantitativen Proportion (Tauschwert). Diese Gleichsetzung *abstrahiert* radikal von der sinnlich qualitativen Mannigfaltigkeit; indem sie alle sinnlichen Qualitäten *reduziert* auf bloße Quantität, negiert sie die sinnliche Eigenständigkeit, objektiv wie subjektiv. Das Wieviel des Tauschwerts muß die Vorstellung eines jeden sinnlichen Dinges, damit es Ware werden kann, nicht nur begleiten, sondern beherrschen können.

Aus der Didaktik des ersten Kapitels des „Kapital“ ist das Problem vertraut, daß der Anfänger zunächst große Schwierigkeiten hat, die Gleichsetzung von sinnlich Ungleichem im Tausch *nicht* einfach selbstverständlich zu finden. Marx bemüht sich mit aller didaktischen Kunst, den Skandal der Gleichsetzung von Unvergleichlichem spürbar zu machen. Er muß sich um Verfremdung im Sinne Brechts bemühen. Denn für das Alltagsbewußtsein sind der Tausch und seine entfaltete Logik so selbstverständlich wie Natur; sie bilden die zweite Natur der Tauschgesellschaft.

Marx arbeitet heraus, daß die Gleichsetzung der sinnlich unterschiedlichen Dinge selbst keinen sinnlichen Grund haben *kann*, sondern den Vollzug der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehung der Gesellschaftsmitglieder darstellt, sinnlich vermittelt durch die Beziehung der Waren aufeinander im Tausch. Marx muß dabei gegen das „natürliche“ Bewußtsein des Mitglieds der Tauschgesellschaft an-

gehen, denn die gesellschaftliche Beziehung der Menschen erscheint nicht selbst im Tausch. Im Geld ist jede Spur ausgelöscht. Der rationale Kern ist den Menschen nicht bewußt; sie tun es, aber sie wissen es nicht; die Beziehung vollzieht sich „hinter ihrem Rücken“.

Die Grundstruktur der Tauschgesellschaft ist rational und irrational zugleich, wenn auch auf anderer Ebene und in anderer Erscheinungsform rational als irrational. Innerhalb eng gezogener Grenzen irrationaler Faktizität ist zunächst das Verhalten der Warenproduzenten rational. Sie produzieren für den Markt. Im Rahmen dieser Tätigkeit berechnen sie tendenziell ihr gesamtes Verhalten. Der Markt ist letztlich unberechenbar, also das für sie Irrationale, zugleich die nächst höhere Ebene, von der aus die Urteile über ihre bemüht rationalen Aktivitäten fallen. Stellt sich vermittels ständiger Schwankungen, die ungezählte Gruppen mit Vernichtung bedrohen oder tatsächlich vernichten, andere überproportional belohnen, ein Gleichgewicht her, so bedeutet dies, daß das gesellschaftliche Resultat zahlloser privater, nicht vorher abgesprochener Einzelaktivitäten die allgemeine Reproduktion ist. Im Resultat ist dann produziert worden, *als ob* nach Plan produziert worden wäre. Für die Warenproduzenten, deren Reproduktion erfolgreich durch den Markt vermittelt ist, ergibt sich eine resultierende Rationalität höheren Grades. Die Weise aber, in der dies Resultat sich herstellt hat, ungewußt von den Menschen herbeigeführt, hinter ihrem Rücken, ist irrational. Diese Irrationalität ist das Umfassende, dem die begrenzte Rationalität des Produzierens für den Markt als Moment vereinnahmt und unterworfen ist; die resultierende Rationalität der vollzogenen Reproduktion bleibt ihm äußerlich und zufällig. Die für die Tauschgesellschaft spezifische Weise der Vermittlung zwischen privatarbeitsteiliger Produktion und allseitiger Reproduktion hat diese nicht zum inneren Zweck; ihre Eigengesetzlichkeit schlägt in periodischen Krisen gegen das resultierende Rationale aus. Das System ist so strukturiert, daß seine Planmäßigkeit sich fortwährenden Katastrophen verdankt, seine Ordnung destruktiver Unordnung, seine Gesetze sich durchsetzen „wie etwa das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt“⁸. — Im Sozialismus dagegen konkretisiert gesellschaftliche Rationalität sich vor aller Augen als Priorität der Produktion vor der Konsumtion, der jene, in letzter Instanz, allein dient. Den Vorrang der Produktion wie ihre Bestimmung durch die menschlichen Bedürfnisse gewährleisten der Plan und die ihn tragende politische Organisation. Anstrengung und Einschränkung, die der Vorrang der Produktion den Individuen zumutet, sind vom Zweck her, dem sie unterworfen sind, bei allen Schwierigkeiten und Reibungsverlusten rational begründet und einsehbar, auch wenn die Einsicht in die Notwendigkeit und die Konsequenz für gesellschaftlich adäquates Verhalten, kurz, die sozialistische Persönlichkeit, sich nicht automatisch herstellen, sondern erst das Ergebnis langwieriger politischer und ökonomischer Arbeit sein

können. — In der Tauschgesellschaft sind es die Waren, über die planlos die Produzenten miteinander in Beziehung treten, mehr noch, denen sie ihre Beziehung abtreten; ihre gesellschaftlichen Beziehungen besitzen die Form der Beziehung und Bewegung von Sachen; ihre Produkte entgleiten ihnen, machen sich selbständig in Bewegungen, die gesamtgesellschaftliche Resultate eigenmächtig produzieren, die sich die Produzenten unterwerfen; ihr Machwerk, die Ware, gewinnt in dieser seiner gesellschaftlichen Bewegung Macht über sie.

Es ist nun zu versuchen, aus diesen allgemeinsten gesellschaftlichen Bestimmungen solche zu entwickeln, die für die Analyse der ästhetischen Subjekt-Objekt-Beziehung grundlegende Bedeutung haben. In einer Gesellschaft, in der entscheidende gesellschaftliche Beziehungen durch Waren vermittelt sind als durch Dinge, die sinnlich betont unterschieden und zugleich absolut gleichgültig sind, finden spezifische widersprüchliche Modifikationen der Sinnlichkeit der Gesellschaftsmitglieder statt. Ein bittersüßes Training von klein auf lehrt die Individuen, das eigne Verhalten zu den Objekten der Begierde, damit auch die Wahrnehmung dieser Objekte, der Herrschaft des Tauscherts zu unterwerfen, unter der die Dinge so offenbar stehen und sich bewegen. Motiv der Unterwerfung unter die Herrschaft des Tauscherts ist die notgedrungene Absicht, an dieser Herrschaft über die benötigten materiellen Grundlagen auch des eignen Lebens teilzuhaben.

Die Herrschaft des Tauscherts zwingt die Gesellschaftsmitglieder zu einer spezifischen Form der Selbstbeherrschung, die von rationaler Disziplin einer sozialistischen Gesellschaft grundlegend unterschieden ist. Anstrengung und Resultat lassen sich nicht einsehbar vermitteln, da sich in der Tauschgesellschaft das Resultat in irrationaler Form durchsetzt, die zudem jederzeit die Form blindwütigen Schicksals, seltener des Großen Loses annehmen kann. Die Notwendigkeit, der die Individuen sich beugen müssen, um zum Ihren zu kommen, ist nicht inhaltlich, sondern nur formal einsehbar; d. h. es ist, wie jederzeit allenthalben drastisch eingebleut, daran nur einsehbar, daß man sich der Notwendigkeit unterwerfen muß, während sie ihrem inhaltlichen Ratschluß nach unerforschlich bleibt. Gerade weil das System die Unterwerfung unter eine irrationale Notwendigkeit erzwingt, erzwingt es nicht bloß quantitative Disziplinierung der Sinnlichkeit, vergleichbar dem, was der Begriff „Lustaufschub“ meint, sondern ihre qualitative Brechung. Dieser Brechung folgt die sinnliche Faszination durch die Waren auf dem Fuß. Denn jeder Warenproduzent ist eines jeden Warenproduzenten Konkurrent und selbst als Anbieter von Ware nur ein legaler Wegelagerer von Tauschert. „Jeder Mensch spekuliert darauf, dem anderen ein neues Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise des Genusses und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten⁹.“ Der Inter-

9 MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 546 f.

essenwiderspruch unterschiedlicher Personen als Träger unterschiedlicher ökonomisch vorgeprägter Rollen, also der in Personen verkörperte und auseinandergetretene Widerspruch von Gebrauchswertstandpunkt und Tauschwert- oder Verwertungsstandpunkt, schlägt als widersprüchliche Grundbestimmung in die Prägung der subjektiven Sinnlichkeit hinein. Die Pole dieser Widersprüchlichkeit sind näher zu untersuchen.

Für die dem Tauschwertstandpunkt angepaßte Beziehung zu den Dingen ist entscheidend, daß durch die sinnliche Unterschiedenheit eines Dinges hindurch der Blick beständig auf die einerlei machende Quantität des Tauschwerts gerichtet ist. Jedes Ding steht fortwährend potentiell für irgendein anderes oder für das Währungsding, das für alle anderen Dinge überhaupt steht, das Geld. Jede sinnliche Eigenschaft, jegliche materielle Selbständigkeit ist immer auch schon nichtig. — Im selben Maße wie die Sinnlichkeit des Dinges wird auch die sinnliche Beziehung des Besitzers zu ihm negiert. Jede Beziehung muß, soll jemand überhaupt besitzfähig — und nichts anderes meint in der Tauschgesellschaft: seiner Sinne mächtig — sein, fortwährend bejaht und negiert sein zugleich. Ein Training in Selbstüberwindung zur Gleichgültigkeit, als der dem Tauschprinzip adäquaten Zurichtung der Sinnlichkeit, ist die aus der Tauschgesellschaft ins individuelle Leben rückwirkende Voraussetzung für den Vollzug der gesellschaftlichen Beziehung. — Unmittelbar im selben Zusammenhang wie die Zurichtung der Sinnlichkeit steht die Zurichtung des Organs für die Frage nach Sinn und Zweck der alltäglichen Praxis, der individuellen sowohl als der kollektiven. Dies Organ, die Vernunft, geht im gesellschaftlichen Triebhaushalt auseinander in eine bewußtlos eingespannte Rationalität, die jeden Abschnitt der einzelnen Mittel-tätigkeiten kalkulatorisch austüfelt, und — auf engere Kreise beschränkt und im späteren Kapitalismus schwindend — eine höchste, über den Dingen schwebende Vernunft. In der die konkret gestellte Frage nach dem Sinn abgelenkt ist auf Ewiges, die rechtfertigend die herrschende Irrationalität der Produktionsverhältnisse abdeckt und die den Zwängen dieser Irrationalität angepaßte Rationalität regelt und zum Gebot in höchstem Auftrag mystifiziert. (Selbst in solcher Mystifizierung ist noch ein Anspruch der Vernunft wirksam, der kritisch wird und den sich das System bei wachsender Irrationalität nicht mehr leistet.)

Wird das Verhältnis der Bedürfnisse zu den Objekten gebrochen und werden die Dinge gleichgültig, unsinnlich, weil nur als Tauschwertverkleidungen zählend, so erwächst auf der anderen Seite, nachdem der Tauschwert eine eigene, nur für ihn daseiende und qualitativ bestimmte Gebrauchswertgestalt erhalten hat, die Versinnlichung des Unsinnlichen, die Vergegenständlichung der Entgegenständlichung, das die Bedürfnisse gerade in ihrem gebrochenen Verhältnis zu den Dingen ungebrochen beherrschende Ding: der die Augen blendende Goldfetisch. Noch bevor auch diese Gestalt — nicht nur, wie Marx es nennt, „ihre ästhetische Form, der Besitz von Gold- und

Silberwaren“¹⁰ — als Gebrauchswertverkleidung erkannt und zum bloßen Durchgangsstadium, schließlich zur vorwiegend nurmehr ideellen Größe im Verwertungsprozeß des Kapitals wird, fixiert sich der Tauschwertstandpunkt an dieser verselbständigten Gestalt des Tauschwertes. So entsteht der Geizige als Schatzbildner. So kindisch vom Verwertungsstandpunkt aus diese Art, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen, erscheinen muß, so bildet er doch bereits eine bürgerlich epochal wichtig werdende subjektiv-sittliche Diktatur über seine Sinne aus — unablässig davon auch über sein Organ für die Frage nach Sinn und Zweck. „Um das Gold als Geld festzuhalten und daher als Element der Schatzbildung, muß es verhindert werden zu zirkulieren oder als Kaufmittel sich in Genußmittel aufzulösen. Der Schatzbildner opfert daher dem Goldfetisch seine Fleischeslust. Er macht ernst mit dem Evangelium der Entsagung. Andererseits kann er der Zirkulation nur in Geld entziehen, was er ihr in Ware gibt. Je mehr er produziert, desto mehr kann er verkaufen. Arbeitssamkeit, Sparsamkeit und Geiz bilden daher seine Kardinaltugenden...“¹¹, Sinnenfeindschaft die unerlässliche Absicherung der subjektiven Grundlagen. Während die Exponenten der sittlichen und ökonomischen Ordnung der antiken Gesellschaft diese durch die Herrschaft des Geldes bedroht wußten, „begrüßt die moderne Gesellschaft ... im Goldgral die glänzende Inkarnation ihres eigensten Lebensprinzips“¹²; dies Lebensprinzip ist aber nichts anderes als das in die Konstruktion der menschlichen Subjektivität zurückgeschlagene Tauschprinzip, freilich in historisch variierenden Konkretisierungen. Indem der Tauschwert als Selbstzweck gesetzt ist — zuerst noch subjektiv willkürlich durch den geizigen Schatzbildner, im Kapitalismus als objektiver Zwang und sachliche Verselbständigung des Verwertungsprozesses —, wird gerade in der Verfolgung der individuellen Zwecke deren grundlegender Sinn abgewürgt. Nur zum Schein verfolgen die Individuen jetzt ihren eigenen Zweck. Doch wird dieser Schein zum Festesten, was in der kapitalistischen Gesellschaft besteht. Darüber aber erhebt sich ein Dunstbau scheinhafter Befriedigung der Sinnbedürfnisse.

Sind die Waren vom Tauschwertstandpunkt aus bloße Verkleidungen des Tauschwertes, so treibt die Logik desselben Standpunkts zu immer aufreizenderen Verkleidungen, die die Wünsche der Menschen als möglicher Käufer bloßlegen und anfeuern, so der Erziehung zur Gleichgültigkeit entgegenwirkend und sie zugleich bestärkend. Aus demselben Zusammenhang, dem die Abstraktion vom Sinnlichen entspringt, geht die Funktion hervor, die auf der Seite der Ware den abgezogenen und nach allen Regeln der Kunst separat hergestellten Sinneseindruck, die dem Bedürfnis viel versprechende bloße Erscheinung von Gebrauchswert in den Vordergrund stellt. Nun wirkt die ästhetische Abstraktion, das entlebte und, weil aus der Beschrän-

10 Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 147.

11 Ebd.

12 Ebd.

kung der objektiven Realität entlassen, ungehemmt wuchernde, fruchtlos und alterslos blühende Sinnliche zurück auf die Wahrnehmungs- und Triebstruktur der Menschen. All dies folgt aus dem Fetischcharakter der Ware, d. h. aus der Produktionsweise, in der die Waren — mit den Worten von Marx ausgedrückt — „sinnlich-übersinnlich“, als „gesellschaftliche Dinge“ fungieren. Wären die Dinge, deren Warenform und verselbständigte Funktion zu solchen Konsequenzen führt, einfach sinnliche Dinge, d. h. Produkte einer Bedarfsdeckungs- oder Gebrauchswertwirtschaft bzw. einer Planwirtschaft, dann hätte eine solche Doppelung keine Existenz, weil keine Funktion.

Je nach Klassenlage der Individuen sind die Pole des Widerspruchs, der im Fundament der Tauschgesellschaft angelegt ist und im Kapitalismus sich in den Rang einer historischen Triebkraft erhebt, deren zerstörerische Dialektik sich in periodischer Vernichtung von Produktivität entlädt, um in den Blütezeiten sich als Prozeß schleichender Korruption zu entfalten — je nach Klassenlage sind die Pole dieses Widerspruchs für die Individuen verschieden akzentuiert. Das Subjekt ökonomischer Unternehmungen, die die Aneignung eines Stücks des gesellschaftlichen Mehrprodukts zum Ziel haben, trägt ein anderes Vorzeichen der Selbstbeherrschung als das Subjekt von Lohnarbeit. Wenn das zum Selbstzweck gewordene Mittel, die Verwertung, sich einen Menschen als Kapitalisten zum Funktionär macht, so bleibt auch hier der diesen Menschen — wenn auch unterentwickelt und sprachlos — ursprünglich (und untergründig weiter, in immer andere Ersatzregionen) treibende Zweck immerfort diskrepant zu diesem Agentendasein. Sich dem Selbstzweck der Verwertung einfügen heißt zwar, die Erstrebung des Mittels (zum verdrängten Zweck) ungeheuer forcieren, und das mit Erfolgchancen, wie sie ein Lohnabhängiger nie hat; zugleich aber ordnet der Kapitalfunktionär den Zweck, wozu im Verhältnis das Mittel sich bestimmte, diesem unter. — Für die Lohnabhängigen kann es nicht, wie für den Kapitalisten, die Tauschwertseite als solche sein, die vom Ergebnis ihrer Arbeit her den Akzent setzt. Den für den individuellen Konsum zugänglichen Waren wächst die ihnen an sich inadäquate Bedeutung zu, ein größtenteils in Lohnsklaverei verbrachtes Leben mit einem Sinn zu versehen, für den es sich lohnt. Die Reize der Warenästhetik, Widerspruch und stabilisierend belohnender Kontrast zu den Zwängen der Produktionssphäre, wirken auf Lohnarbeiter ganz anders als auf Kapitalisten. Je irrationaler von der Klassenlage her das erzwungene Opfer sinnlich-sinnhafter Ansprüche ist, desto wichtiger für die Stabilisierung wird die Belohnung in Warenform. Die Stabilisierung ist nur möglich, weil hier Naturkraft gegen Naturkraft gerichtet ist, indem beherrschte Sinnlichkeit die Beherrschung der Sinne abstützt. Im Zustand hochentwickelter Produktivkräfte wuchern die Reize der Waren ins vorher Unvorstellbare. Weil im System des Kapitalismus eine unmittelbar gesellschaftliche Motivation nicht existieren kann — es sei denn der Schein davon für die Dummen, als „Aktion Gemeinsinn“ in vielen Variationen und für

wechselnde Zwecke von Mitgliedern der herrschenden Klasse organisiert —, deshalb sind die gleichgültigen Dinge das fortwährend faszinierende Motiv. Als gezwungenermaßen Gleichgültige sind die Menschen Opfer der Faszination der Warenästhetik.

4. Kollektive Praxis und Illusionsindustrie im Kapitalismus

In Venedig wird eine kolorierte Ansichtspostkarte feilgeboten, die zugleich für diese Stadt und einen amerikanischen Konzern wirbt. Sie zeigt den Makusplatz, menschenleer, mit dem notorischen Heer von Tauben. Die Tauben stellen sich dar in organisierter Form: in riesigen Charakteren bilden sie den Namen Coca-Cola. Die Charaktere sind die des „gesetzlich geschützten“ Markendesigns. Die Vorlage für das Werbefoto wurde dadurch hergestellt, daß die Werbemanager das Markenzeichen mit Taubenfutter durch angeheuerte Gelegenheitsarbeiter auf den Platz streuen ließen. Die Tauben flogen nicht herbei, um das Markenzeichen zu bilden, sondern um ihren Hunger zu stillen. Das Futter wurde nicht gestreut, um die Tauben zu füttern, sondern um sie auf seiner Spur als Statisten arbeiten zu lassen. Das Arrangement ist den Tauben absolut fremd und äußerlich. Während sie sich das Futter einverleiben, sind sie unters Kapital subsumiert und von ihm einverleibt. Das Bild, Triumph kapitalistischer Werbetechnik, zeigt sinnbildlich einen grundlegenden Aspekt des Kapitalismus.

Das Kapital mobilisiert ein riesiges Heer lohnabhängiger Werk-tätiger. Unter seinem Kommando entfalten sich Arbeitsteilung und Kooperation auf immer höherer gesellschaftlicher Stufenleiter. Die Arbeiter bewegen sich in den Bahnen, die ihnen die Lohnabhängigkeit vorschreibt. Mehr als das notgedrungene Interesse am Lohn, als an ihrer Anteilquote am Konsum, wird ihnen in kapitalistischer Gesellschaft objektiv nicht befriedigt, kann nicht befriedigt werden. Ihre Organisation zum Produktionskollektiv in der Produktionssphäre gehört nicht ihnen, ist ihre Sache nicht, sondern Sache des Kapitals. Ihre produktive Macht ist fremde Macht, ihre Produktion reproduziert diese fremde Macht auf ständig wachsender Stufenleiter und damit die eigene Abhängigkeit von dieser fremden Macht. Ihre kollektive Tätigkeit, Praxis in gesellschaftlichem Maßstab, besitzt keinen kollektiven Sinn, sondern nur den ärmlich-privaten ihrer je individuellen Reproduktion als Lohnarbeiter. Das Interesse, das über ihre gesellschaftliche Praxis herrscht, ist Profitinteresse. Nur formal hat es mit dem ihnen den Namen Privatinteresse gemein. Der Sinn desselben Wortes, angewandt auf die Klasse der Lohnabhängigen und auf die Klasse des Kapitals, unterscheidet sich wie Räuber und Be-raubte. Die Tauschgerechtigkeit im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital ist bloßer Schein. Für die Produzentenmassen ist die gesellschaftliche Zusammenarbeit in privatinteressiertem Sinn ohne gesellschaftlichen Sinn, reproduziert sie nur immer von neuem als Lohnarbeiter. Für jeden einzelnen von ihnen ist der Sinn von Lohnarbeit eben der Lohn; er atomisiert sie, und doch bilden sie zusammen die

grundlegende *gesellschaftliche* Produktivkraft. Ihr gesellschaftlicher Charakter ist ihnen abgenommen und angeeignet vom Kapital. Gesellschaftlicher Inhalt und privatkapitalistische Form widersprechen einander.

Entsprechendes gilt für kollektive Handlungen, die nicht unmittelbar in der Produktionssphäre ablaufen, sondern in einer bestimmten Art von „Konsumtionssphäre“, nämlich dem Krieg. Auch hier: kollektive Handlungen par excellence. Der Krieg ist, wie Benjamin hervorgehoben hat, die im Schoße des Kapitalismus einzige Möglichkeit, die Produktivkräfte, die innerhalb dieser Gesellschaft entwickelt worden sind, innerhalb dieser Gesellschaft und ohne sie noch zu sprengen einigermaßen voll entfaltet zur Anwendung zu bringen. Was an Zusammenarbeit der Gesellschaftmitglieder, an vollem Einsatz der entwickelten Produktivkräfte möglich ist, das läßt sich innerhalb des Kapitalismus nur in Form des Krieges realisieren.

Was an den Arbeitern mit der ständigen Arbeit für die ihnen fremde Macht des Kapitals sich nicht abfinden kann, drängt zum politischen Klassenbewußtsein. Es bedeutet, daß die vom Kapital gesellschaftlich organisierten sich ihre eigene Organisation als Klasse geben. Sozialismus heißt in diesem Sinne Emanzipation der faktisch bereits vergesellschafteten Arbeit von der Herrschaft des privaten Profitinteresses. Erst wenn die gesellschaftliche Arbeit in allgemeingesellschaftlichem Interesse organisiert ist, kann kollektive Praxis kollektiv sinnvoll sein. Im Kapitalismus ist das Klasseninteresse der Werktätigen, soweit es sich in politischer Praxis und Organisation konkretisiert, die höchste Form objektiven kollektiven Sinns. Je dumpfer, verkümmert das Klassenbewußtsein der großen Masse der Lohnabhängigen ist, desto dumpfer empfinden sie das Bedürfnis nach einem kollektiven Sinn der kollektiven Prozesse, in die sie einbezogen sind. Sinnvoll könnten für sie nur solche Prozesse sein, die zugleich ichgerecht für jeden einzelnen sind, d. h. seinen eigenen Zwecken folgen, und zugleich einen kollektiven Sinn haben. Wenn das Klassenbewußtsein geschärft ist, dann kann es vorkommen, daß Arbeiter die Sinnlosigkeit oder sogar Sinnwidrigkeit der kollektiven Handlungen, an denen sie teilnehmen, in Sabotageakten aussprechen. So etwa, wenn in bestimmten Werken während der Nazizeit die Steuersysteme von Torpedos durch Kommunisten und Sozialdemokraten mit Fehlern versehen worden sind, so daß die Torpedos nicht ins Ziel gingen. Innerhalb der kollektiven Handlungen folgt auf Grund des Klassenbewußtseins, der Einsichten in die Interessenlage und in den Interessenwiderspruch, ein bestimmter praktischer Schluß, nämlich einzugreifen: es ist ja eine Art Sinnurteil, wenn ich einen Produktionsprozeß dadurch, daß ich das zentrale Teil störe, ad absurdum führe. Im Kapitalismus sind kollektive — d. h. über den privaten Rahmen hinausgehende — Handlungen, die objektiv die Voraussetzung erfüllen, daß der gesellschaftlichen Stufenleiter, auf der die Menschen in ihnen kooperieren, auch ein sie bestimmendes und organisierendes unmittelbar gesellschaftliches Interesse entspricht, systemfremde Ausnahmen. Am ehesten

noch erfolgen sie zur Abwendung von Naturkatastrophen; ein Feuer, von dem man nicht selber betroffen ist, oder eine Überschwemmung sind deshalb geradezu beliebt, weil sie die Masse, die zuvor eine von Atomen war, zu einer ad-hoc-Gemeinschaft werden lassen. Doch was vor Hochwasser oder Feuer gerettet wird, sind eben doch wieder nur der Privatbesitz und damit die Besitzverhältnisse. Der hohe Befriedigungswert, den gemeinsame Abwehr von Katastrophen für die Massen haben kann, ist also selber wieder teilweise fiktiv.

Der Kapitalismus erzeugt nicht nur beständig ein von Grund auf frustriertes Bedürfnis nach Sinn in diesem definierten Sinne: nach Sinn der kollektiven Handlungen nämlich, in die er die Menschen treibt; sondern die Wunde, die er mit der einen Hand schlägt, verpflastert er mit der anderen. Er kapitalisiert selbst die Befriedigung dieser Bedürfnisse, allerdings in einer bestimmten Form, die nun noch zu untersuchen ist. Diese Bedürfnisse können innerkapitalistisch nur in scheinhafter Form befriedigt werden. Damit kollektive Handlungen für alle Beteiligten objektiv sinnvoll sein können, muß der Kapitalismus aufgehoben sein, müssen sozialistische Produktionsverhältnisse errichtet sein, d. h. gesellschaftliche Tätigkeit muß auch unmittelbar gesellschaftliche Form angenommen haben. Innerkapitalistisch kann das Bedürfnis nach nichtentfremdeter, also von den Massen nicht bloß besitzmäßig, sondern auch inhaltlich angeeigneter gesellschaftlicher wie individueller Praxis nur scheinhaft, in künstlicher oder auch kunstvoller Traumhaftigkeit, zielverschoben befriedigt werden. Eine ganze Illusionsindustrie arbeitet, wie bekannt, an der Herstellung derartiger Scheinbefriedigung.

Weil es innerkapitalistisch für die Massen kein Ziel gibt, für das es sich lohnt, lohnt sich fürs System als Ganzes wie fürs einschlägig tätige Einzelkapital die Zerstreungsindustrie. Dem Bedürfnis von unten, von der Ziellosigkeit abgelenkt zu werden, kommt der Bedarf von oben entgegen, von der Herrschaft des kapitalistischen Klassenziels abzulenken. Daraus resultiert ein eigentümlicher Sektor mit gleitendem Übergang vom privatkapitalistischen Betrieb zur staatlichen Veranstaltung.

Adorno und Horkheimer haben der Eigentümlichkeit dieses Sektors insofern Rechnung getragen, als sie ihm unter der Überschrift „Kulturindustrie“ eine spezielle Untersuchung gewidmet haben. Begriff und Theorie haben freilich, wie an anderer Stelle zu zeigen sein wird, ein kaum mehr als metaphorisches Interesse an der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitals und schlagen zurück in Kulturpessimismus.

In der Zerstreungsindustrie ist es das zielverschobene Interesse, das dominiert. Das Verbrechen gegen die Ordnung, die revolutioniert werden müßte, und die scheinbar allgemein sinnvolle Verfolgung des Verbrechens faszinieren gerade dadurch, daß sie die dumpfen Interessen der Massen in zwei systemadäquate Sprachen auseinanderlegen: in die Sprache des Verbrechens und in die Sprache der Verfolgung der Verbrecher. Die scheußlichste bürgerliche Variante des Kriminalfilms, der Psychothriller, der das Destruktionstrieb-Verbre-

chen in Szene setzt, personifiziert die Sinnlosigkeit des Systems — und sie äußert sich im Großen als destruktive Irrationalität — und die von ihr erzeugte Angst in einem Pseudogegner, so daß in scheinbar allgemein menschlicher Solidarität die übrige Gesellschaft sich auf diesen Pseudogegner stürzen kann — ein falsches Substitut kollektiv sinnvoller Praxis. Ungeachtet ihrer vorgeblichen Tendenz bieten die bürgerlichen Kriegsfilme auf allen Ebenen mustergültige Beispiele für das Unterschieben von pseudosinnvollen kollektiven Handlungen. Es werden immer gezeigt: die Mobilisierung von Produktivkräften in großem Rahmen, darunter fällt auch die Kooperation von Menschen auf großer gesellschaftlicher Stufenleiter. Das atomistische Nebeneinander mit lauerner Konkurrenz und Angst, sowie der verhüllte Klassenkonflikt werden illusionistisch bereinigt in „klare“ Freund-Feindverhältnisse; steht im Verhältnis zum Feind Vernichtung gegen Vernichtung, so herrscht unter den „Guten“ Zusammenarbeit, als Gemeinschaft und Kameradschaft gefühlsmäßig erotisiert, usw. usf.

Für ein Mitglied der kapitalistischen Gesellschaft ist es schwierig, diese Substitute *nicht* interessant zu finden, sich *nicht* von ihnen faszinieren zu lassen, das Interesse an ihnen *nicht* einfach für selbstverständlich zu halten. Die Gestalten der Illusionsindustrie bevölkern gespenstisch scheinhaft den Raum, der im Kapitalismus leer ist und den erst der Sozialismus real füllt. Dies spiegelt sich wider in einer — im Vergleich zum westdeutschen Fernsehprogramm — Eigenart der inhaltlichen Struktur des DDR-Fernsehens. An hervorragender Stelle wird da die Einführung neuer Maschinen in der Landwirtschaft und die damit verbundene Veränderung der Arbeitsbeziehungen auf dem Lande als das entscheidende, „sensationelle“ kollektive Geschehen behandelt; oder die Einführung neuer Produktionsmethoden in der Industrie und die in Verbindung damit erforderlichen kollektiven Anstrengungen der beruflichen Weiterqualifizierung und Entwicklung neuer Formen der Gemeinschaftsarbeit. Nicht nur in den Nachrichten verhält es sich so; es gibt Spielfilmserien — „Zeichen der Ersten“ ist ein hervorragendes Beispiel — denen gemeinsam ist, daß hier nicht mehr das Verbrechen oder der Krieg oder eine ähnliche kollektive Handlung im Mittelpunkt stehen; sondern die kollektive Handlung, die hier den Zusammenhang stiftet, das tragische Moment, das sich darin eingebunden abspielt, die Konflikte, auch die Komik, sind allesamt gespeist aus Prozessen, die jetzt politische Prozesse sind: nämlich der kollektiven Organisation sowohl der Produktion nach der reinen Effektivität hin als auch des sozialistischen Zusammenarbeitens, wobei gesamtgesellschaftliches und individuelles Interesse zusammenentendieren, wenn auch nicht ohne Spannung. — Wenn ein kapitalistischer Konzern ein neues Produktionsverfahren anwendet als Waffe gegen die zwei, drei anderen Oligopole aus der Branche, so ist das kein politisches Ereignis, sondern eines der Konkurrenz und der Ausbeutung. — Diese Hinweise mögen im Kontrast verdeutlichen, wieso der Begriff Illusionsindustrie in besonderer Weise im Kapitalismus verankert ist. Denn in

Ansehung des gesamtgesellschaftlichen Sinnes, in dem das je individuelle Interesse aller Mitglieder gut aufgehoben wäre, hat der Kapitalismus etwas anderes nicht mehr vorzuweisen als bloßen Schein¹³.

13 Weitere Funktionen des Ästhetischen zur Scheinlösung von Grundwidersprüchen habe ich in einer Reihe von Vorträgen über „Stellung und Indienstnahme des Ästhetischen im Verwertungsprozeß des Kapitals“ (1969, ungedr.) abgehandelt: in der Produktionssphäre finden euphorisierende ästhetische Techniken Verwendung zur Entschärfung des Interessengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital am Arbeitsplatz; in der Verwaltungssphäre wird mit ästhetischen Mitteln die Hierarchie versinnlicht, um sie weniger aussprechen zu müssen, weil bewußtes Aussprechen auch schon die Kritik der Hierarchie ermöglicht — die Menschen sollen sich in der ästhetisch versinnlichten Hierarchie bewegen wie in „Natur“; nach innen (zu Produktion und Verwaltung) wie nach außen (zu Kunden, Konkurrenten und weiterer Gesellschaft) richtet sich die Repräsentation, die alle „höhere“ Formensprache der Kultur heranzieht, um den Eindruck unbefragbarer Legitimität zu machen; in der Sozialisation spielt das Ästhetische die Rolle einer Anleitung zur Sublimation wie zur Einübung der Verbeugung vor dem „Höheren“ insgesamt — da es sich bei diesem Höheren um die Spitzen der Kultur der herrschenden Klasse handelt, die so als das Höchste der Menschheit schlechthin erscheint, versinnlicht die Kunst gesamtgesellschaftlich nach dieser Seite hin den Unterschied der Klassen, die kulturelle „Minderwertigkeit“ der Ausgebeuteten und somit die Legitimität der bürgerlichen Klassenherrschaft. Eine nähere Untersuchung des gesellschaftlichen Funktionszusammenhangs der Kunst, wofür hier nicht der Ort ist, würde zeigen, daß Kunst derartige Stützfunktionen gerade insofern ausüben kann, als sie in ihnen nicht aufgeht.

Besprechungen

Philosophie

Sandkühler, Hans-Jörg: Freiheit und Wirklichkeit. Zur Dialektik von Politik und Philosophie bei Schelling. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1968 (278 S., kart., 14,— DM).

Mit seiner Dissertation „Zur Dialektik von Politik und Philosophie bei Schelling“ hat H.-J. Sandkühler erstmals, soweit ich sehe, die politische Relevanz der Schellingschen Philosophie thematisiert. Abgesehen von seiner „Neue(n) Deduktion des Naturrechts“ hat Schelling im Gegensatz zu Kant, Fichte und Hegel keine praktische Philosophie oder Philosophie des Rechts ausgeführt; seine Bemerkungen über Staat, Recht, Verfassung etc. bezeugen ein durchgängiges Desinteresse an Politik. Zuletzt hat J. Habermas darauf hingewiesen, daß Schelling „kein politischer Denker“ ist.

Insofern muß Sandkühlers Arbeit überraschen. Sie geht indes von der, zweifellos nur dialektischem Denken einleuchtenden These aus, daß Schellings Philosophie politische Bedeutung zukommt, gerade weil sie das Politische, qua Praxis, verleugnet. Von Platon, Spinoza, Böhme sowie den Schwabenvätern herkommend, der Jenenser und Münchener Romantik sich zuwendend, stellt Schelling für Sandkühler eine Alternative zur Klassischen Deutschen Philosophie dar. Der durch die französische Revolution und die Industrialisierung zugleich befreite und entfremdete Mensch kann den von der Philosophie erhobenen Rechtsanspruch auf „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“ (Hegel) nicht einlösen. Im Gegensatz zu Hegel und Forster ist Schelling diesem Problem in Innerlichkeit ausgewichen. Von diesem, im weiteren differenzierten Sachverhalt ausgehend erhebt Sandkühler die Frage, ob Schellings Philosophie „*Theorie ihrer Zeit* ist im Sinne Hegels, also als *hermeneutisches Wissen des Politischen Apologie des Bestehenden mit der progressiven Absicht der Abwehr der Restauration des Unzeitgemäßen*. Im andern Falle öffnet sich die Dimension des Ideologischen“ (25). Diese Formulierung, besonders der eigenwillige Gebrauch „des Ideologischen“, wird im folgenden bestimmend für Sandkühlers Argumentation. Daß die Dimension des Politischen erstens „real systemnotwendig“ und zweitens „theoretisch nur Abfallprodukt des Systems“ (31) ist, kann Schelling-immanent gezeigt werden. Die Konfrontation Schelling-Hegel (Klassische Deutsche Philosophie) leistet demgegenüber kaum eine „progressive Alternative“, die der „Dimension des Ideologischen“ enthoben wäre.

Schellings Metaphysik, das hat Sandkühler herausgearbeitet, macht eine im emanzipatorischen Sinn politisch zurechenbare Lehre von Freiheit, Recht und Staat unmöglich, da für sie Geschichte und Unfreiheit a priori untrennbar sind. Sein Begriff von Freiheit ist nicht erst, wie der Hegels, praktisch konformistisch, sondern, wie Sandkühler an der „Neuen Deduktion des Naturrechts“ gezeigt hat, bereits theoretisch paradox. Schellings emphatische Anerkennung des Rechts auf Freiheit führt zu einer Freiheit ohne Rechtssicherheit, ohne politische Praktikabilität. Indes hat diese Paradoxie noch eine andere Seite, der Sandkühler wenig Aufmerksamkeit schenkt, obwohl er sie erwähnt: Indem Schelling „Die politischen Kategorien Freiheit, Recht und Gesellschaft in der Theorie zur Anarchie übersteigert“ (63), hält er — so notwendig abstrakt, wie die reale Geschichte sie verleugnet — an der ehemals klassenlos gedachten Idee von Freiheit fest, die Hegel für die Herrschaft des bürgerlichen Staates reklamiert. Insofern wird jene Paradoxie zu einem Moment der Dialektik von Philosophie und Politik.

Von dieser Überlegung ausgehend, stellt sich mir die von Sandkühler konsequent durchgehaltene Gegenüberstellung von Hegel und Schelling, progressiver Klassischer Deutscher Philosophie und Romantischer Reaktion als problematisch dar. Unbeschadet dieses Vorbehalts ist dem Verfasser zunächst darin beizupflichten, daß mit Schellings Begriff von der Freiheit des Ichs die Idee der Gleichheit nicht einmal mehr *zusammengedacht* werden kann. Die Rettung der Revolution in der Philosophie verkümmert in der Insistenz auf der einsamen, weil abstrakten Subjektivität, deren Wille zur Veränderung sich nur mehr auf die eigene Innerlichkeit richtet. Während Hegel mit der Bindung der persönlichen Freiheit an Institutionen zu einer politisch folgenreichen Bestimmung der Dialektik von Individuum und Gesellschaft durch die Philosophie gelangt, betrachtet Schelling die Sozialität des Menschen nur als Schranke, die das empirische Ich zu durchbrechen hat, um sich zum Absoluten zu erheben. Die Rechtfertigung des Menschen folgt nicht aus seiner Vermittlung mit der zeitgemäßen Freiheit politischer Praxis, sondern ergibt sich aus der konsequenten Negation der endlichen, d. h. negativen Wirklichkeit.

Die Aporie dieser „Anthropodizee“ (68) hat Sandkühler an Schellings Versuch herausgestellt, die naturrechtlich nicht mehr zu begründende Einheit von Freiheit und Notwendigkeit naturphilosophisch und ästhetisch zu behaupten. Vernünftige und politische Praxis werden dabei zu Alternativen; der höchste Akt der Vernunft wird zum ästhetischen Akt, sein Subjekt zum gesellschaftsfremden Genie. Schellings Philosophie „leugnet jenes Phänomen, das für Hegels Philosophie von Recht und Staat konstitutiv ist: daß der Rationalisierungsprozeß des Politischen soweit fortgeschritten ist, daß seine Vernünftigkeit, die Angemessenheit seiner Zwecke nach Kriterien der Freiheit und Sittlichkeit, keine Forderung mehr ist, sondern Wirklichkeit, kein durch Kunst repräsentationsbedürftiges Ideal, son-

dern historisches Ereignis. Daß es gerade der Status des Rationalen an der Wirklichkeit ist, der Schelling zur Negation, zur Naturalisierung und Ästhetisierung gezwungen hat, ist mehr als eine böswillige Rezension seiner Philosophie“ (121). Sandkühler stellt sich damit offenbar auf den „Standpunkt“ der Hegelschen Philosophie, d. h. den der existierenden Identität von Wirklichkeit und Vernunft. Von hier aus müssen in der Tat Schellings Theorie des Verfalls, sein Aristokratismus des Geistes, seine Legitimation der sozialen als einer natürlichen Ungleichheit als Bestandteile einer aus Anti-Rationalismus geborenen Zivilisationskritik erscheinen — jedoch ohne daß aus den genannten Elementen Schellingscher Reaktion eine „Aufwertung“ der Hegelschen Ideologie von Freiheit und Sittlichkeit zu gewinnen wäre. Mit Recht weist Sandkühler allerdings darauf hin, daß die Aporie eines Fortschritts, „in dem die potentiell totale Verfügbarkeit über ein ständig wachsendes Wissen, auf Wissenschaft beschränkt, zugleich die reale Unfreiheit derer begründet, die Wissensprozeß nur konsumieren, nicht aber produzieren“ (159), daß diese Aporie des Fortschritts für die Klassische Deutsche Philosophie im Gegensatz zu Schelling nicht als ausweglos galt.

„G. Forster und Hegel haben versucht, die Dialektik von akkumulierendem Kapital und Unverfügbarkeit des Wissens für die arbeitende Klasse zu durchbrechen“ (157). Die Konsequenz, die Schelling aus jener Aporie bezogen hat, stellt Sandkühler eindringlich dar: Vicos „Entdeckung“, die das Wesen von Geschichte in der Einheit von Erkennen und Machen begreift, wird von Schelling in eins mit der idealistischen Dialektik von Notwendigkeit und Freiheit suspendiert: — Schellings Aufgabe der Fortschrittsidee zugunsten der Offenbarung. Meine These dazu wäre, daß Schelling mit der Trennung von Erkennen und Machen der von Sandkühler explizierten Aporie des Fortschritts Rechnung trägt; daß Schelling mit der Trennung von negativer und positiver Philosophie den systematischen wie realen Bruch zwischen der Analyse objektiv-gesellschaftlicher Umwälzungen und der subjektiv zu machenden Revolution bei Marx — verstellt zwar und völlig bewußtlos, aber dennoch — vorwegnimmt.

Für die philosophisch-politische Diskussion der nachrevolutionären Philosophie und Literatur in Deutschland bietet die Arbeit von H.-J. Sandkühler einen nicht zu übergehenden Beitrag. Die Darstellung der hier nur fragmentarisch zu diskutierenden Thematik ist klar, komprimiert und reich an Material. Sandkühler hat den umfangreichen handschriftlichen Nachlaß Schellings durchgesehen und eingearbeitet. Aus ihm stammen die bisher unveröffentlichten Briefe von L. Feuerbach, A. Ruge und J. F. Molitor an Schelling. Mit dem ausführlichen Abdruck der Briefe Molitors stützt Sandkühler seine These, die der „Einvertnahme Schellings für die Klassische Deutsche Philosophie“ widerspricht: „Die verfallstheoretische Metamorphose des transzendentalen Idealismus hat eine spezifische Genesis in der jüdischen Mystik“ (204). Der Anhang stellt daher mehr als die biographische Zugabe dar. Friedrich W. Schmidt (Frankfurt/M.)

Kraft, Victor: *Der Wiener Kreis. Der Ursprung des Neopositivismus. Ein Kapitel der jüngsten Philosophiegeschichte.* Zweite, erweiterte und verbesserte Auflage. Springer Verlag Wien-New York 1968 (VIII, 202 S., steif geh., 35,— DM).

Mit dieser Veröffentlichung ist ein Buch wieder greifbar, das zu den Standardwerken der jüngsten Philosophiegeschichtsschreibung gerechnet werden muß. Es stellt alle zentralen Theoreme des Logischen Positivismus und ihre Weiterentwicklung bis zum Erscheinungsjahr der 1. Ausgabe (1950) zuverlässig und übersichtlich dar, und seine informatorische Bedeutung als Dokument der Selbstdarstellung einer nun selbst schon historisch gewordenen Denkrichtung ist wohl immer noch unbestritten. Die Neuauflage dieses Werkes bietet nur einen photomechanischen Nachdruck der ersten Ausgabe; die Verbesserungen beschränken sich auf einige Fußnoten am Ende des Buches, und die Erweiterung besteht in einem Anhang, der die kritische Weiterbildung jener Theoreme in der neopositivistischen Tradition nur in groben Umrissen und allgeringsten Hinweisen skizziert. Im Gegensatz zum ursprünglichen Text ist der informative und argumentative Gehalt dieses Anhangs gering.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/Main)

Lorenzen, Paul: *Methodisches Denken.* — „Theorie 2“, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1968 (162 S., kart., 10,— DM).

Der Band ist eine Sammlung von Arbeiten zu Problemen der Logik, Mathematik und mathematischen Naturwissenschaft; in ihnen steht nicht die Erörterung einzelwissenschaftlicher Theoreme im Vordergrund, sondern die Intention, jene Wissenschaften selbst in ihren Grundlagen und Grundbegriffen philosophisch zu thematisieren. Das Ausmaß, in dem gerade die formalen Disziplinen heute unmittelbar zu Produktivkräften geworden sind, steht in einem merkwürdigen Kontrast zu ihrer Geringschätzung — die sich vor allem auf die formale Logik bezieht — durch verschiedene, meist Hegel verpflichtete philosophische Richtungen. Analysiert man die Motive hierfür, so laufen die wesentlichen Argumente auf den tautologischen Einwand hinaus, daß die formale Logik doch nur formal sei, d. h., daß sie keine Funktion für inhaltliche Erkenntnis habe, auf die es allein ankomme. Wie Lorenzen zeigt (7 ff.), liegen die Ursprünge dieses Einwandes sehr weit zurück: Die scholastische Überschätzung der Rolle des formalen und deduktiven Operierens in der Erkenntnis der Realität und die Reaktion hierauf im synthetisch-induktiven Wissenschaftsbegriff der Neuzeit bewirkten, daß die aristotelische Logik nicht mehr als Organon der Wissenschaften respektiert wurde. Die Verachtung der formalen Disziplinen, die in der Epoche des Deutschen Idealismus allgemein war und bis heute nachwirkt, erklärt sich daraus, daß die klassische Logik durch jene Umwälzung zum funktionslosen Schulmeisterstoff herabgesunken war und als geistfeindliche Dressur empfunden wurde. Zudem war die Logik nur aus

Lehrbüchern jener Niedergangszeit bekannt — vor allem aus der „Logique du Port Royal“ — d. h. aus Werken, die der drohenden Funktionslosigkeit der formalen Logik dadurch zu begegnen versuchten, daß sie psychologische und erkenntnispraktische Lehren mit den aufs dürrste Gerippe reduzierten logischen Topoi der Tradition vermischten. Der Einwand des Formalismus gegen die formale Logik ist nur dann sinnvoll, wenn man unterstellt, daß sie eine Theorie des wirklichen inhaltlichen Denkens und Erkennens sei. Hegels Begriff der Logik ist die notwendige Konsequenz dieser Unterstellung, die historisch in der Ausbildung jenes logisch-denkpsychologisch-erkenntnispraktischen Konglomerats gründet, das mit dem Namen „Logik“ bedacht worden war: Ist die Logik eine Theorie des wirklichen Denkens, der inhaltlichen Erkenntnis, dann ist sie nicht möglich, ohne zugleich eine Theorie des Denkens der Wirklichkeit, der Erkenntnis der Inhalte zu sein; sie muß dann nicht nur die Kantische transzendente Logik, sondern auch die gesamte Metaphysik in sich hineinnehmen und immanent in die Natur- und Geistesphilosophie übergehen, weil sie ja nur als ausgeführte Einheit von Form und Inhalt ihrem Begriff entspricht. Die philosophische Geringschätzung der formalen Logik entspringt darum der Tatsache, daß sie an einem Anspruch gemessen wird, den sie ihrer eigenen Natur nach gar nicht stellt, und das daraus resultierende vernichtende Urteil verdeckt dann notwendig den Blick auf die Bedeutung, die der formalen Logik wirklich zukommt.

Die Arbeiten von Lorenzen zeigen eindringlich, was formale Logik ist, und vor allem, was sie nicht ist: „Logik ist die Wissenschaft von der Wahrheit von Aussagen auf Grund der Form allein“ (60). Inhaltliche Wahrheitsbedingungen von Aussagen sind kein Gegenstand der Logik. Unter den formalen Wahrheitsbedingungen sind aber auch nicht die transzendentalen Formen der empirischen Erkenntnis zu verstehen, sondern die Regeln, die es gestatten, von Aussagen zu anderen Aussagen allein aufgrund der Aussageformen überzugehen. Die Bedeutung der Erkenntnis dieser Regeln, die vor allem durch die Grundlagenkrise der Mathematik wieder als notwendig erfahren wurde, kann im Zeitalter der kybernetischen Maschinen kaum überschätzt werden. Der Frage nach dem Geltungsgrad jener formalen Wahrheitsbedingungen gilt das Hauptinteresse des vorliegenden Bandes; sie führt auf das allgemeine Problem des Verhältnisses von Logik und Sprache. Lorenzen kritisiert die linguistischen Grundlegungsversuche der Logik und exponiert in Grundzügen seine Theorie einer „Protologik“ (81 ff.), d. h. eines operativ, mit Hilfe schematischer Kalküle konstruierten Fundaments der Logik und Mathematik. Lorenzen führt damit die konstruktivistische Tradition in origineller und kritischer Weise fort. Der operativen Grundlegung der Logik und Mathematik durch den Rekurs auf Handlungsschemata (64 f.) entspricht eine konventionalistische Interpretation der transzendentalen Bedingungen der Naturerkenntnis, die in Arbeiten über die Geometrie als Wissenschaft der räumlichen Ordnung und über die Objektivität der Physik exemplarisch ausgeführt ist. Die Auf-

sätze von Lorenzen sind nicht nur eine gute Einführung in das Verständnis seiner in mehreren Büchern dargestellten Theorien, sondern zugleich eine vorzügliche Propädeutik der philosophischen Problemkreise, die von vielen wegen des unvermeidlich gewordenen Symbol- und Formelapparates gemieden werden.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/M.)

Kambartel, Friedrich: Erfahrung und Struktur. Bausteine zu einer Kritik des Empirismus und Formalismus. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1968 (260 S., br., 10,— DM).

Dem Versuch einer resumierenden Charakterisierung setzt dieses Buch einige Schwierigkeiten entgegen, denn es enthält, wie schon der Untertitel andeutet, eine Reihe von Detailanalysen, die sämtlich einem gemeinsamen strategischen Konzept untergeordnet sind; beschreibt man nur dieses Konzept, so verfehlt man gerade die Gehalte, die das philosophische Gewicht dieses Buches ausmachen. Seine Gestalt bestätigt aufs nachdrücklichste, daß die Methode, allgemeine Thesen nur durch mikrologische Untersuchungen hindurch zu erhärten und andererseits Detailfragen nur im Kontext einer übergreifenden Problemstellung zu erörtern, als die fruchtbarste zu betrachten ist; nur in dieser Konstellation sind leere Abstraktheit und atomistische Angst vor der Abstraktion gleichermaßen vermeidbar. Die leitende Intention des Verfassers ist Kritik des Empirismus als einer Theorie, die die Erkenntnis auf der Basis einer aller sprachlichen und praktischen Verarbeitung vorgängigen, passiven Erfahrung und eines nur zu rezipierenden Gegebenen nachzukonstruieren und zu legitimieren trachtet. Der empiristische Erfahrungsbegriff Lockes, dessen Problematik im ersten Kapitel entfaltet wird, ist das Resultat eines durch bestimmte metaphysische Prämissen bedingten Rückfalls hinter die schon in der antiken Philosophie erreichte und dann bei Bacon reaktivierte Einsicht, daß nicht bloße Wahrnehmung, sondern allein konkrete Erfahrung, die immer schon einem sprachlichen und praktischen Kontext angehört und durch ihn präformiert ist, das Fundament der Erkenntnis bildet (50 ff.). Der Kantische Erfahrungsbegriff, den der Verfasser von der Schematismusproblematik als dem Vermittlungszentrum zwischen Form und Inhalt der Erfahrung her entfaltet (87 ff.), restituiert diese Einsicht gegenüber jener empiristischen Verkürzung und analysiert die konstruktiven und präskriptiven Momente der Erkenntnistätigkeit in ihrer konstitutiven Bedeutung für deren Resultate. Die moderne pragmatistische und konventionalistische Kritik am Positivismus erweist sich auf diesem geschichtlichen Hintergrund als eine Wiederaufnahme und Fortentwicklung Kantischer Motive. Carnaps erkenntnistheoretischer Formalismus, dem der Verfasser das zentrale Kapitel seines Buches widmet, steht mit jener empiristischen Reduktion der Empirie auf bloße Wahrnehmung in unauflösbarem Zusammenhang und ist nichts anderes als deren Kehrseite: ist die atomistische und private Empfindung die Basis der Erkenntnis, dann lassen sich intersubjektiv kon-

trollierbare und gültige Erkenntnisurteile nur in einem Modell legitimieren, das von jener Basis unabhängig ist. Es bedarf dann eines Verfahrens, durch das sich alle Sätze, die sich auf Erlebnisinhalte beziehen, in äquivalente Sätze umformen lassen, in denen nur noch von intersubjektiv kommunizierbaren Strukturen die Rede ist. Die abstrakte Ablösung der Strukturen der Erfahrung von deren Inhalten ist die notwendige Folge der empiristischen Entstrukturierung der Erfahrung selber. Das Carnapkapitel ist darum das Zentrum des Buches, weil in ihm bei der Erörterung der Aporien des Carnap'schen Formalismus zugleich das Kernproblem des Empirismus überhaupt in seiner entwickeltesten Gestalt zur Debatte steht. Die Kapitel über Wittgenstein und Georg Cantor verfolgen die Antinomien des Formalismus, seiner Begründung und seines Verhältnisses zur realen Erkenntnistätigkeit bis in die Grundlagenprobleme der Mathematik hinein. Das Buch Kambartels schließt mit wichtigen Hinweisen auf den systematischen Zusammenhang zwischen der unter empiristischen Prämissen notwendigen Formalisierungstendenz der Wissenschaftstheorie und der Ausgrenzung und Irrationalisierung praktischer Probleme, die sich daraus ergibt, daß die Praxis selbst als ein Moment der konkreten Erfahrung jener Reduktion auf bloße Rezeptivität notwendig zum Opfer fällt; sie erscheint damit nicht mehr als Thema einer wissenschaftlich gewordenen Philosophie.

Herbert Schnädelbach (Frankfurt/Main)

Kahl, Joachim: Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott. Mit einer Einleitung von Gerhard Szczesny. rororo 1093. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1967 (155 S., kart., 2,20 DM).

Das Buch beginnt mit einer symptomatischen Vermischung von Kritik und bürgerlicher Ideologie: der Verlag verspricht, es sei „orientiert vorwiegend an der Marx'schen Ideologiekritik“, darauf folgen Mottos von Kant („Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“) und Marx („Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.“) und noch ein Marx-Zitat: „Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendet . . .“ (12). Tatsächlich aber hat Kahl Marx' Kritik an Feuerbachs Religionskritik nicht verstanden. Eine „umfassende historisch-gesellschaftliche Ableitung des Christentums“ will er nicht liefern (13), dennoch beansprucht er, die „soziologische Methode der Ideologiekritik“ anwenden, ja sogar die die „Sorge um das Heil des Menschen“ in eine „Strategie und Taktik für eine emanzipierte Gesellschaft“ verwandeln zu wollen (14).

Kahls Kriterien stammen wie das Pathos seiner Religionskritik aus dem 18. Jh.: „Rationalität“, „Kritik“, „Verstand“, „Strahl der Vernunft“, „Mündigkeit“. Dazu die positivistische Kategorie „Leerformel“ (16, 64 f., 70). Das in einem humanistischen Idealismus gründende Unverständnis gesellschaftlicher Verhältnisse führt zu Behauptungen wie: „Die ideologische Basis der triebfeindlichen christlichen Sexualmoral . . . liegt im Neuen Testament“ (49). Als wenn sich die

Mehrheit der Christen an alte Ideen hielte, wenn diese gesellschaftlich überflüssig geworden sind. Oder: „Das Neue Testament ist ein Manifest der Unmenschlichkeit, ein groß angelegter Massenbetrug; es verdummt die Menschen, statt sie über ihre objektiven Interessen aufzuklären“ (19). Nicht nur bei Engels und anderen Sozialisten, die revolutionäre Momente oder sogar ganze Abschnitte der Bibel wie z. B. die Offenbarung des Johannes hochschätzten, sondern auch bei jedem christlichen Revolutionär, sofern er einem sozialistischen an Radikalität nicht nachsteht, wird man solche aufklärerische Geschichtslosigkeit vergeblich suchen. Von Marx hätte Kahl lernen können, daß innerhalb einer elenden Gesellschaft das religiöse Elend einen Protest gegen das wirkliche Elend darstellt.

Kahls Kritik ist rein subjektiv, indem sie die objektive Notwendigkeit der christlichen Religion in einer Ausbeutergesellschaft aus der Reflexion ausschaltet. So träumt Kahl davon, die Religion zu beseitigen, ohne ihre materiellen Bedingungen zu beseitigen. Aber nur eine Kritik auf Grund der Objektivität, die die reine Subjektivität gerade als Form verinnerlichter Herrschaft denunziert, könnte den christlichen Ideologien und ihren Geldgebern gefährlich werden. Die Stärke des Buches liegt in der Zerstörung moderner Apologien des Christentums. Kahl vermag für Deutschland, das keine radikale Aufklärung erlebte, wenigstens die Intention der radikalen französischen Religionskritik des 18. Jh. nachzuholen. Hellmut G. Haasis (Tübingen)

Bukow, Wolf-Dietrich: Das Elend der sozialistischen Opposition in der Kirche. Theologische Existenz Heute, 162. Verlag Chr. Kaiser, München 1969 (122 S., kart., 12,80 DM).

Mit diesem Beitrag verläßt der Verlag seinen gewohnten theologischen Boden. Diese Nummer beschäftigt sich mit einem Phänomen, das nicht nur einzig in der „Reihe“ ist, sondern auch für die gesamte Kirchen- und Theologiegeschichte ein Novum darstellt: Opposition in der Kirche, nicht zu ihrer Erneuerung oder Erhaltung, sondern zu ihrer Auflösung, ja Zerstörung.

Der Band wird eröffnet mit einer Darstellung der Kritik der Celler Theologen. Darauf folgen Kritik der „Kritischen Theorie“ und Entwurf einer „Kritischen Theologie“. Den Abschluß bilden Materialien der Celler zur marxistischen Religionskritik. Zunächst zu den Celler Theologen: Diese Leute, vorwiegend Theologiestudenten, aber auch einige „linke“ Vikare und Pfarrer, tagten zum ersten Mal vom 29. 9. bis 3. 10. 1968 in Celle, wo Themen wie Studienreform und Kritische Gemeinde diskutiert wurden. Das nächste Mal kam man vom 17. bis 20. 3. 1969 in Bochum zusammen: Thema dieses Treffens: Gesellschaftliche Bestimmung der Kirche, Religions- und Ideologiekritik. Während der dritten Zusammenkunft im September 1969, deren Inhalt die Strategiediskussion sein sollte, zerfiel die Gruppe in zwei gegensätzliche strategische Linien: Die erste Gruppe scharte sich um Rolf Trommershäuser, Vikar in Hessen und einer der Initiatoren

der „Celler Bewegung“ für Unterwanderung der Kirche, auf der andern Seite jene Theologiestudenten, die meinten, die antiautoritäre Phase schon überwunden zu haben — Beginn der Fraktionierung der „Marxisten-Leninisten“ (ML) —, vornan die Berliner von der Kirchlichen Hochschule, denen hauptsächlich Betriebsarbeit vor Augen stand. Diese Selbstauflösung des Ansatzes zu einer ersten überregionalen Organisation radikaler Theologen hatte überregional einen „Reformismus“ zur Folge, der das Feld der Kritik beherrschte. Die Celler, sofern noch als Theologen in Basisgruppen organisiert, beschäftigen sich seitdem lokal — höchstens im Umkreis der betreffenden Landeskirche — mit Problemen wie Agitation von Gemeinden, der Frage einer möglichen sozialistischen Aktivität im Pfarramt oder mit marxistischer Gesellschaftskritik und Politökonomiearbeitskreisen für Theologen.

Bukow aber behandelt nur die beiden ersten Celler Konferenzen und die Vorgeschichte der einzelnen, die über die Hoffnungstheologie Jürgen Moltmanns zu einer Emanzipationsideologie kamen (14). Seiner Darstellung kann man so weit zustimmen; betont werden muß die rezeptive Analyse der „Celler Theologie“ durch Bukow selbst. Der Kirchenkritik der Celler stimmt er weitgehend zu, aber seine Darstellung ist neben Kritik der Kritik darauf angelegt, das an Celler Kritisierte in anderer Form für Theologie und Kirche zu übernehmen. Zudem macht er auch den Linken Vorschläge, was sie tun sollten, „mit dem von K. Marx zur Verfügung gestellten Werkzeug selbst an die Arbeit zu gehen und nur dessen Intentionen zu übernehmen. . . Sofern sich aber die Linke der orthodoxen Dialektik Engels und Lenins enthalte, könnte sich der Weg zur empirischen Analyse öffnen“ (62). Nach Vorwürfen mangelnder „Erfolgskritik“ sowie „Marx-Kritik“ (64) fragt er nach den Möglichkeiten einer von der Theologie her neu zu begründenden „Kritischen Theorie“. „Auf diesem Horizont muß dann nur noch gefragt werden, ob und wenn ja, inwieweit die Theologie eine ‚Kritische Theorie‘ zu übersteigen vermag“ (64). Die bestehende Celler „Kritische Theorie“ sowie ihr Ahnherr, die „Frankfurter Schule“, wird als unzureichend bezeichnet, denn die kritisierte Entfremdung müsse wegen Arbeitsteilung und Technik, auf deren Vorteile nicht zu verzichten sei, nicht verschwinden; so schlägt sich Bukow auf die Seite der Vertreter von Marcuses „Versöhnung des Lustprinzips mit dem Realitätsprinzip“, weil es notwendige Unterdrückung geben müsse (83). Mit dem Stichwort „Versöhnung“ wird das Herz des Theologen besonders angesprochen, und es bahnt sich eine Neubestimmung der Theologie an, einer „Kritischen Theologie“. Die meisten diesbezüglichen Sätze werden für Nichttheologen schwer bis ins letzte verständlich sein, wenn umschrieben, aber nie ausgedrückt, die Überlegenheit der Theologie über die „Kritische Theorie“ hervorgehoben wird. Kritische „Theoretische Theologie“ „versteht sich als Funktion des Menschen“ (102 f.), wengleich sie sich im letzten nicht vom Menschen her begründen läßt; die Methodologie versucht, ihr Verhältnis zu Geschichte, Erfahrung, Praxis herzustellen, sie „reflektiert über eine Gesellschaftstheorie hinaus

normative Fragen“ (104). Alle Neubestimmungen müssen Eingang finden in die „Historische Theologie“, das ist die heutige Universitätstheologie, und die Pastoraltheologie, die Bukow „Kirchliche Theologie“ nennt.

Das Buch Bukows weist eine Vermischung von Bultmann-Käsemann-Existenzialismus mit dem pragmatisch formulierten Bedürfnis der Theologen und der Kirche auf, das kritische Potential aufzufangen, zu absorbieren, aber auch für die Kirche fruchtbar zu machen, die wie die Theologie erneuerungsbedürftig ist, denn „man kann keine theologischen Systeme übernehmen, die sich in der Kirchengeschichte funktional ad absurdum geführt haben“ (133).

Ekkehard Kurth (Bonn)

Wittig, Hans: Freiheit der Person. Die Aufgabe der Erziehung in unserer Zeit. Reihe „Lebendiges Wissen“. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969 (114 S., kart., 6,80 DM).

Hans Wittig, Pädagogikprofessor an der Pädagogischen Hochschule Hannover, stellt die Frage nach der Freiheit der Person unter anthropologischem Aspekt. Er unterscheidet drei Konzeptionen menschlicher Freiheit: „Die Freiheit des Menschen“, „Die Freiheit der Person“ und „Die Freiheit des Bürgers“. Aus den Erläuterungen dieser drei Konzeptionen, die in einer schwülstigen Sprache gehalten sind, geht hervor, daß Wittig „Die Freiheit der Person“ als jene ansieht, die für die Aufgaben der Erziehung in der heutigen Zeit von größter Bedeutung ist.

Unter Freiheit der Person versteht er „die Freiheit nur derjenigen Menschen, die dann, wenn sie in ihren konkreten Situationen von Ansprüchen unbedingter Art sich betroffen finden, im Wagnis sich bewähren, diesen Ansprüchen — was immer ihnen dabei widerfahre — sich anzuvertrauen, von Menschen also, die in Akten des Glaubens bzw. der Selbstwahl aus den Bindungen ihrer Daseins-Sorge sich befreien“ (24). Wittigs Anthropologie rekurriert auf Werte der griechischen Antike und der christlichen Ethik. Metaphysik und Theologie sind für ihn die Determinanten der Freiheit der Person, während Naturhaftes und Gesellschaftliches beim Menschen als Deprivation angesehen werden. Alle Theorieentwürfe, die den Menschen als „Werk der Gesellschaft“ interpretieren, werden von ihm als positivistisch etikettiert. Dies zeigt eine naive Unkenntnis der gegenwärtigen erkenntnistheoretischen Diskussionen. Wittig meint, in den positivistischen Entwürfen sei nicht die Rede von „innerer Freiheit“; das sei auch nicht verwunderlich, denn den modernen Positivisten seien die „Chiffren der überlieferten Metaphysik und Theologie“ (33) fremd geblieben.

In Wittigs Konzept eines „metaphysisch offenen Humanismus“ wird Freiheit in jenem Bereich des „reinen Geistes“ angesiedelt, der von den Antagonismen der Gesellschaft, von Strukturen der Herrschaft wissentlich oder auch unbewußt absieht. Von dorthier deduziert

er dann die Aufgabe der Erziehung in unserer Zeit und kommt zu seinem Verdikt von der „pädagogischen Autonomie“ (99).

Wittig kann mit seiner Schrift nicht den Anspruch erheben, einer Erziehung zur Freiheit des Menschen einen Dienst erwiesen zu haben, im Gegenteil: durch die Negation des Gesellschaftlichen steht sein Konzept im Dienst von Gegenaufklärung und Reaktion.

Gerwin Schefer (Kirchhain)

Soziologie

Hartfiel, Günter (Hrsg.): Die autoritäre Gesellschaft.
Reihe Kritik, Bd. 1. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1969
(215 S., Pb., 12,— DM).

Grosser, Dieter (Hrsg.): Konzentration ohne Kontrolle.
Reihe Kritik, Bd. 2. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen
(314 S., Pb., 16,— DM).

Etwas spät hat sich auch der sonst durchaus nicht linksengagierte Westdeutsche Verlag entschlossen, in das profitable Geschäft mit fashionabler „kritischer“ Literatur einzusteigen. Mit den beiden vorliegenden Bänden wird eine Reihe eröffnet, in der problematische Aspekte der gegenwärtigen Gesellschaft von verschiedenen Autoren in kürzeren, aber thematisch aufeinander bezogenen Beiträgen untersucht werden sollen. Was dabei herauskommen wird, läßt sich an den ersten beiden Bänden etwa ausmachen: „Kritik“ versteht sich hier als durchaus positive, ist peinlich auf Abgrenzung gegenüber „radikalen“ und „utopischen“ Positionen bedacht, legitimiert sich mit dem Hinweis auf ihre innovative Funktion bei notwendigen Systemanpassungen und hat jedenfalls nicht die Absicht, die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft in Frage zu stellen. Verbale Radikalität verbindet sich mit explizitem programmatischem Reformismus, der — von wenigen Ausnahmen abgesehen — schon vom analytischen Ansatz her nicht über die Mittel verfügt, Ursachen und Auswirkungen der vermeintlichen Fehlentwicklungen zu erkennen. Daß hinsichtlich möglicher Strategien der Veränderung durchweg Hilflosigkeit eingestanden werden muß, ergibt sich daraus mit einiger Notwendigkeit.

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Beiträge von sehr unterschiedlicher Qualität. Insgesamt vergleichsweise schwach ist der von Hartfiel edierte Band über „die autoritäre Gesellschaft“ ausgefallen. Sieht man von den Arbeiten Gottschalchs („Freiheit und Demokratie im etablierten Sozialismus“) und Ritserts („Die autoritäre Wissenschaft“) ab, findet man hauptsächlich einige mehr beiläufig geschriebene Essays, in denen man vergeblich etwas sucht, das anderswo nicht auch schon geschrieben worden wäre. Die Beiträge rekapitulieren Geläufiges über autoritäre Strukturen und Syndrome im politischen System, im Sozialisationsprozeß und im Erziehungswesen

(Strzelewicz, Hochheimer, Rolff, Hartfiel, Fijalkowski), kommen aber über rudimentäre individual- und sozialpsychologische Erklärungsversuche nicht hinaus. Nun handelt der Band freilich auch von „autoritärer“, nicht von „kapitalistischer“ Gesellschaft, und dieser Titel ist analytisches Programm: Ökonomie kommt nicht vor, bestenfalls reicht es einmal zu einem abstrakten Verweis auf die „Industriegesellschaft“. Kritische Autoren wie Ritsert kommen dadurch in die unglückliche Situation, sich erst einmal mit einer Themenstellung herumschlagen zu müssen, die etwa „Wissenschaft“ ohne historische und gesellschaftliche Perspektive unvermittelt zur autoritären stem-pelt. Daß schließlich Betrieb und Militär keines Beitrags für Wert gehalten wurden, verweist auf den Charakter einer „Kritik“, die sich mit Vorliebe dort austobt, wo sich am ehesten unverbindlich Fortschrittliches äußern läßt, ohne den sichern Boden der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse verlassen zu müssen.

Gegenüber dem von Grosser herausgegebenen Band über Wirtschaftskonzentration läßt sich grundsätzlich ähnliches einwenden. Auch hier leiden die Beiträge an der Schwierigkeit, von ökonomischer Monopolisierung und deren gesellschaftlich-politischen Konsequenzen reden und dabei vom Kapitalismus schweigen zu wollen. Trotzdem ist der Informationswert dieses Bandes größer. Helmut Arndt gibt eine gute Übersicht über die verschiedenen Konzentrationsformen unter besonderer Berücksichtigung nicht kapitalmäßiger und quantitativ nicht erfaßbarer Monopolisierungsprozesse. Günther Doeker („Die Amerikaner in Europa“) beschreibt die Interessenkonflikte zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen Kapital, ohne freilich deren ökonomische Grundlagen stringent herausarbeiten zu können, und Friedrich Bloch kann in einer recht interessanten Untersuchung nachweisen, in welchem Maße und auf welchen Wegen die westdeutsche Steuergesetzgebung die größeren Kapitale und die großen Vermögen begünstigt. Weitere Beiträge, die sich mit der Pressekonzentration (R. Haarmann), dem Wettbewerbsrecht (W. Dürrhammer), der Mitbestimmung (B.-D. Bensch) und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (D. Grosser) beschäftigen, sind vom Informationsgehalt her weniger relevant. Und über allem schwebt der ungebrochene Glaube an die segensreichen Wirkungen der Konkurrenz und die hilflose Sorge über „ungerechtfertigte“ wirtschaftliche Machtzusammenballung. Die theoretischen und praktischen Konsequenzen aus dem zu ziehen, was an empirischem Material geliefert wird, bleibt dem Leser überlassen.

Joachim Hirsch (Frankfurt/M.)

Müller, Hans Dieter: Der Springer-Konzern. Piper Verlag, München 1968 (401 S., kart., 14,80 DM).

Die „kritische Studie“, im Februar 1968 abgeschlossen, schildert den Konzern vorrangig unter zwei Aspekten: Beschreibung des Apparates und des Personals, und Beschreibung der Einstellung des

Konzerns zur Innen- und Außenpolitik. Empirische Unterlagen der Untersuchung bilden im wesentlichen die Geschichte von „BILD“ und „WELT“. Weitere Kapitel: „Die neue Großorganisation — Technik und Führung“, „Nationalismus als Markt“, „Der Verleger als Politiker“. Nicht thematisiert werden: die Geschichte der Konzentration des Springer-Konzerns, seine wirtschaftsrechtliche und verfassungsrechtliche Problematik, seine gesellschaftlichen Wirkungen.

Wo Müller diese Wirkungen beschreibt, liegt er vordergründig vermutlich „richtiger“ als die deutsche Linke, denn in USA längst bekannte Untersuchungen (Huvland, Festinger, Lazarsfeld, Schramm) bestätigen seine Ansicht: Presse, auch wenn sie marktbeherrschend ist, kann keine Meinungen schaffen; sie kann sie höchstens verstärken. Die *direkte* Wirkung des Konzerns auf das aktuelle politische Geschehen kann daher nur gering sein, und beruht nach Müller im wesentlichen darauf, daß die Politiker Angst haben, sich mit Springer anzulegen (114). Ernst zu nehmen sind (auch nach Müller) die *indirekten* Wirkungen, die darin bestehen, daß der Konzern konservierende, nationalistische Klischees verstärkt, und sie in einer Weise — nämlich als personalisierte Stories — anbietet, die den Lesern das Denken in gesellschaftlichen Kategorien verstellt.

Fatalerweise schreibt Müller aber selbst so, wie er den Springer-Stil sieht. Seine Springer-Geschichte ist eine Geschichte von Männern. Es wimmelt von sauber gezogenen Scheiteln, dunklen Mahagonitischen und anderem schmückenden Beiwerk. Schlimm ist an den Männern nur, daß sie zu rechts, zu konservativ, zu nationalistisch denken. Politik, die nach Müller nur „Konflikt und Ausgleich organisierter Interessen“ ist (187) gerät ihm daher zu sehr ins Wilhelminische, wenn die Springer-Leute den Denkstil ihrer Leser prägen; weiter sieht er nicht. Mit seiner formal-liberalen Auffassung von Politik und seinem personenbezogenen Geschichtsbewußtsein verstellt sich Müller die Möglichkeit, den Springer-Journalismus unter den heute wichtigsten, nämlich den gesellschaftlichen Aspekten, zu analysieren. Die vielen Facts zur Geschichte von „Welt“ und „Bild“ und der dicke wissenschaftliche Anhang mit Index machen das Buch trotzdem wichtig; außerdem liest es sich ganz amüsant.

Monika Junker-John (Lützellinden)

Gerber, Claus-Peter, u. Manfred Stosberg: Die Massenmedien und die Organisation politischer Interessen. Presse, Fernsehen, Rundfunk und die Parteien und Verbände im Selbstbildnis der Bonner Journalisten. Eine empirische Untersuchung zu den Voraussetzungen demokratischer Entwicklung. Mit einem Beitrag von Prof. Dr. F. Ronneberger. Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (168 S., kart., 19,80 DM).

Die am Seminar für Soziologie der Universität Erlangen-Nürnberg durchgeführte Studie ist eine Auftragsarbeit, die das Bundesministerium des Innern finanzierte. Was die als „pilot-study“ ange-

legte empirische Untersuchung an Resultaten erbringt, ist recht aufschlußreich. Ärgerlich ist dagegen der sogenannte theoretische Teil des Buches, in dem (ebenso wie im Nachwort von Ronneberger) ein soziologistisch aufgeputztes Konglomerat von Definitionen Wissenschaft vortäuscht, in Wirklichkeit aber selten mehr als Platitüden bietet und am Problem vorbei bramarbasiert.

Das Problem allerdings stellt sich mit vollem Recht. Denn es geht um die politisch brisante Frage nach den formellen sowie informellen Beziehungen zwischen den Medien öffentlicher Kommunikation (Presse, Rundfunk) auf der einen und den Parteien (CDU/CSU, SPD und FDP), einschließlich Interessenverbänden (BDI, BDA und DGB) auf der anderen Seite. Im Vordergrund steht, an Hand einer — leider nicht repräsentativen — Befragung von Presse-, Rundfunk- und bei Agenturen tätigen Journalisten (überwiegend in Bonn ansässige Mitglieder der Bundes-Pressekonferenz e. V.) zu eruieren, ob das Verhältnis zwischen Massenmedien und politischen Interessen im allgemeinen so beschaffen ist, daß es zum „Funktionieren des demokratischen Systems“ beiträgt oder etwa „dysfunktionaler“ Natur ist. Die Forschungsergebnisse basieren also auf rein subjektiven Daten, die lediglich etwas über den Bewußtseinsstand, die Werte und Normen der deutschen Publizisten auszusagen vermögen. Das ist freilich schon interessant genug.

Zu forschen, wie weit jenes Verhältnis den Prinzipien demokratischer Öffentlichkeit entspricht, kommt den Autoren nicht in den Sinn. Sie glauben, der demokratischen Legitimität dieses spezifischen Kommunikationsprozesses sei mit seiner Stabilität gewährenden Funktionalität Genüge getan. Dies hängt damit zusammen, daß sich die Autoren methodisch der strukturell-funktionalen Analyse Parsons'scher Observanz verschrieben haben. Daraus ergeben sich Rückschlüsse auf das Theorienverständnis der Verfasser: Sie rekurren explizit auf Karl Popper und Hans Albert und bringen gleichzeitig zum Ausdruck, daß im gegenwärtigen Stadium der Kommunikationsforschung keine „allgemeine Theorie“ entwickelt werden könne. Theorie meint nach dieser Auffassung nicht mehr als ein Set von in sich logischen, empirisch verifizierten Erklärungen, von gesetzmäßigen Aussagen.

Wie wenig der strukturell-funktionale Ansatz leistet, verdeutlicht das „Funktionen der Massenkommunikation“ überschriebene Kapitel. In ihm werden ältere Arbeiten von Franz Ronneberger, von Wildenmann/Kaltefleiter und bekannte Ausführungen amerikanischer Soziologen (C. R. Wright, Siebert, Peterson, Schramm) referiert. Folgende Funktionen der Massenkommunikation stellt Gerber heraus: 1. Informierung, die sich an bestimmten Kriterien wie „Objektivität“, „Vollständigkeit“ und „Verständlichkeit“ orientieren sollte; 2. eine „Artikulierfunktion“, die „den Inhabern der Herrschaftspositionen ein Bild von der gesellschaftlichen Situation und den Strömungen der Öffentlichen Meinung vermittelt“ (33); 3. eine Kontrollfunktion, die Stil und Leistung der Herrschenden „beschreibt, bewertet und auf die Einhaltung der ... Normen ... drängt“ (34). Da

sie zudem „Führungsgruppen“ veranlaßt, den „Reaktionen der Öffentlichen Meinung“ Rechnung zu tragen, wirke Massenkommunikation integrierend und mache umgekehrt Desintegrationstendenzen sichtbar, wenn sie die Abweichung etwa der Parteispitze vom Willen der Mitglieder aufdeckt. Insoweit — und dies ist einer der wenigen originellen Gedanken — erfüllt die „Massenkommunikation . . . eine ‚Korrekturfunktion‘ für gewisse Unvollkommenheiten der innerparteilichen bzw. innerverbandlichen Demokratie“ (35).

Über aller Definition entgeht Gerber, daß er zwar gewiß jene Aufgaben beschreibt, die den Medien in einer Demokratie formal zukämen, aber dies doch keineswegs ihre wirklichen sozialen Funktionen sind. So wird nicht sichtbar, daß die den kapitalistischen Massendemokratien inhärente Entpolitisierung der Bevölkerung nicht zuletzt durch spezifisch organisierte Massenmedien gefördert wird. Gegenüber einer technisch durchaus rationalen Konzentration der Kommunikationsinstrumente läßt sich schwerlich mit der liberalistischen Forderung einer „Vielfalt“ von autonomen, wirtschaftlich unabhängigen Presseunternehmen und Rundfunkanstalten argumentieren. Wichtiger als die „Vielfalt miteinander konkurrierender Institutionen“ (41) ist deren organisationsinterne Öffentlichkeit, um auf diesem Weg eine demokratische Meinungsäußerung und Willensbildung im Innern der Einrichtungen überhaupt zu ermöglichen.

Bis hierhin wurde doch wenigstens die einschlägige Literatur korrekt rezipiert, was man dem Autor nicht mehr bescheinigen kann, wenn er Karl Marx als einen „geistigen Wegbereiter“ der totalitären Presse bezeichnet, einer Presse, „wie sie in der UdSSR und zum Teil (sic!) im nationalsozialistischen Machtbereich organisiert wurde“ (36). Um fortan eine solche wissenschaftlich unhaltbare, propagandistische Gleichsetzung von „rot“ und „braun“ zu vermeiden, wäre dem Verfasser das Studium der Marxschen Schriften zur Pressefreiheit zu empfehlen.

Nun zu den wichtigsten Ergebnissen der Journalistenbefragung aus dem Jahre 1966. Erstaunlich ist schon das erste Resultat: Pressefremden Einflußnahmen, sei es von Geldgebern, sei es von potenten Anzeigenkunden, sprechen die befragten Journalisten überwiegend eine nur geringe Bedeutung zu, wiewohl 32,9 % äußern, es werde mittels Anzeigenvergabe oder Anzeigenentzug häufig versucht, — namentlich bei kleinen Lokalzeitungen — Pressuren auf den redaktionellen Teil auszuüben. Auch direkte Anweisungen des Verlagsherrn, respektive der Rundfunkräte jeweils alleine oder in Koordination mit den Chefredakteuren werden relativ selten als richtungsweisend für die politische Linie des Blattes bzw. der Rundfunkanstalten bezeichnet. Jedoch weisen Gerber und Stosberg zu Recht darauf hin, daß die indirekten oder mittelbaren Wirkungen von Verlegern oder Aufsichtsgremien etwa über eine langfristige Personalpolitik weit höher veranschlagt werden müssen, als in diesen Aussagen zum Ausdruck kommt. Schließlich bedarf die Anpassung der Journalisten an die vorgegebene Linie keineswegs des sichtbaren personalen Drucks, sorgen dafür doch weit subtilere Mechanismen

wie Prestigestreben, Karrierewunsch, die Nicht-Existenz eines alternativen Stellenangebotes bei Konflikten mit den Verlags- bzw. Rundfunkmächtigen. Die Autoren konstatieren denn auch eine starke Tendenz zur Anpassung der Journalisten und Korrespondenten an die ideologische Richtung der publizistischen Institutionen, bei welcher sie beschäftigt sind.

Ein Grund dafür sind sicherlich auch die Konzentrationsbewegungen auf dem deutschen Pressemarkt. In den Konzentrationserscheinungen des Pressewesens, die von der überwiegenden Mehrheit der Journalisten als stark empfunden werden, sehen 68,7 % eine Einschränkung der publizistischen Freiheit. Entsprechend setzt sich die Hälfte der Befragten für gesetzliche Maßnahmen gegen Fusionierung etc. ein. Es ist allzu bezeichnend, daß 38 % der Befragten die mit dem Verlegerinteresse harmonisierende Arbeitgeberseite in der Presse bevorzugt glauben. Analoges gilt im parteipolitischen Bereich für die CDU und FDP, die nach Dafürhalten von 44,8 % der Journalisten in der Presse gegenüber der SPD bevorzugt behandelt werden, während in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten angeblich keine eindeutigen Präferenzen für die Positionen der Arbeiter oder Gewerkschaften, auch nicht für eine Partei vorherrschen. Dafür sind aber 31 % aller Journalisten (21 % der bei Rundfunkanstalten beschäftigten) der Meinung, daß der Proporz bei der Besetzung der Rundfunkräte zur Tabuierung bestimmter Themen führe, auch sei vornehmlich in den Rundfunkanstalten ein Parteien- und Verbandsdruck spürbar. Über ihre persönlichen Beziehungen zu den Parteien sagen die Journalisten aus, daß sie enger sind als die zu den Verbänden. Insbesondere wird die SPD-Pressepolitik hoch bewertet, die Durchleuchtbarkeit dieser Partei aber als schwierig bezeichnet.

Die publizistische Kontrolle, der die Parteien und Verbände durch die Medien unterliegen, wird von dem Großteil der Journalisten in ihrer Bedeutung für die Demokratie erkannt. Zudem läßt die Untersuchung den Schluß zu, daß es für die Parteien und Verbände recht schwierig ist, sich das Wohlverhalten der Publizisten in irgendeiner Form gleichsam zu erkaufen. Indessen wird von einem Drittel der Befragten eingestanden, daß es zu einem gewissen Informationsdefizit auf Grund von persönlichen „Rücksichtsmaßnahmen“ auf den Informanten — die Partei oder den Verband — kommen könne.

Dem steht eigentlich entgegen, daß die meisten befragten Journalisten ein aktives politisches Engagement für eine Partei (nur 15,5 % sind Parteimitglieder) oder einen Verband (6,9 % Gewerkschaftsmitglieder) ablehnen und statt dessen ihre Unabhängigkeit hervorheben. Überhaupt geben die Journalisten vor, den Parteien mehr kritisch denn grundsätzlich affirmativ gegenüberzustehen. Sofern eindeutige parteipolitische Neigungen bestehen, neutralisieren sie sich zusammen in ihrer Verschiedenheit. Jedoch gibt die Hälfte der Pressejournalisten zu, daß sie in der Form der Berichterstattung nicht selten dem Ressentiment ihrer Rezipienten entgegenkommen, also eine „emotionalisierende Darstellung“ der politischen Sachverhalte geben. Es äußern sogar 58 % der Befragten, daß bei der journa-

listischen Arbeit grundsätzlich auf die Strömungen der öffentlichen Meinung eingegangen werden müsse.

Mit der Ausbildung der Journalisten — deren Durchschnittsalter übrigens bei 42,5 Jahren liegt — ist es recht eigentümlich bestellt. Kennzeichnend ist das abgebrochene Hochschulstudium. Beinahe 40 % haben die Universität ohne Examen verlassen. Ein abgeschlossenes Studium haben lediglich 22,4 % vorzuweisen. Um so verwunderlicher ist, daß die meisten Journalisten gleichwohl einen festumrissenen, formalisierten Ausbildungsweg ablehnen, es trotz des Eingeständnisses mangelnder Kenntnisse vielfach bei der autodidaktischen Berufsbildung belassen wollen. Es mag sein, daß dabei Ranküne und Konkurrenzängste gegenüber den besser ausgebildeten Kollegen jüngeren Jahrgangs und den kommenden Absolventen eines Soziologie-, Politologie- oder Publizistikwissenschaftlichen Studiums eine Rolle spielen.

Ronnebergers präventives und in ein Terminologie-Brimborium gekleidetes Nachwort gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die veröffentlichsenden Medien „abweichenden, abseitigen und aggressiven politischen Ansichten zur Aussprache verhelfen und dadurch das politische System vor revolutionären Störungen bewahren“ (147).

Stefan Müller (Gießen)

Von der Arbeit. Hannoversche Beiträge zur politischen Bildung 5, Hrsg. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung. Gebrüder Jänecke Verlag, Hannover 1968 (198 S., Ln., 14,80 DM).

Daß der Herausgeber dieser interdisziplinären Textsammlung eine „Vielschichtigkeit“ des „Begriffs „Arbeit““ demonstrieren möchte (Vorwort), sagt eigentlich schon genug über die desorientierende Funktion dieses nur seinem Inhalt nach anspruchslosen Bändchens aus. Die Desorientierung gründet in der Abstraktion von der Grundbedeutung der Kategorie der Arbeit, ebenso das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen zueinander wie ihre gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Natur zu umgreifen. Diese Abstraktion kennzeichnet die Aufsätze dieses Bandes — trotz gelegentlicher Darlegungen gesellschaftlicher Merkmale von Arbeitsprozessen, etwa durch H. P. Bahrtdt — vom ersten Beitrag (eine Art geistesgeschichtliche Modenschau quer durch das Arbeitsleben von Hans Zbinden) bis zum letzten Artikel, in dem Iring Fetscher „Arbeit und Arbeitsethos in der Sicht des Marxismus“ beschreiben möchte, um auf die theoretische Entfaltung gesellschaftlicher Arbeitsmomente, etwa die Darlegung der Kategorien Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Produktionsweise zugunsten anthropologischer Reflexionen über entfremdete Arbeit zu verzichten.

K. H. Tjaden (Marburg)

Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970 (326 S., geb., 38,— DM).

Siebert versucht in seiner Arbeit über Erwachsenenbildung in der DDR, den funktionellen Zusammenhang zwischen pädagogischer Problematik und der ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklung des Sozialismus zu verdeutlichen. „Die Notwendigkeit einer planmäßigen systematischen Formung nicht nur des Intellekts, sondern auch der Gefühle, des Willens und der Verhaltensweisen des Erwachsenen ergibt sich aus den ideologischen Zielsetzungen des Sozialismus“ (218). Und: „Die Erwachsenenbildung nimmt eine Schlüsselfunktion in der ökonomischen und politischen Perspektive der DDR ein, ihre Lerninhalte und -ziele werden von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geprägt“ (285).

Die Untersuchung Sieberts liegt am Schnittpunkt zweier Teildisziplinen der Erziehungswissenschaft, der Wissenschaft von der Erwachsenenbildung und der vergleichenden Pädagogik. Angestrebt ist ein partieller Vergleich der Erwachsenenbildung in der DDR und der BRD, wobei der von Siebert betonte Systemcharakter der Erwachsenenbildung für beide unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen zutreffen dürfte, ungeachtet der gegensätzlichen Ziele.

Das Problem ist, daß dieser Ansatz eine grundlegende wissenschaftliche Analyse von Struktur und Entwicklung sowohl des Kapitalismus in der BRD als auch des Sozialismus in der DDR verlangt, eine Aufgabenstellung, die nur von einem interdisziplinären Autorenkollektiv hätte gelöst werden können: „Als ‚Ein-Mann-Projekt‘ müssen die Ergebnisse in vielen Punkten vorläufig und unvollständig bleiben“ (17).

Das Insistieren auf Vorläufigkeit und Unvollständigkeit ist sicher nicht illegitim, darf aber andererseits nicht zum Verzicht auf stichhaltige Grundlagen-Erkenntnisse führen, wenn noch den Mindestanforderungen wissenschaftlicher Beweisführung Genüge getan werden soll. Die Mängel in Sieberts Arbeit werden jedoch gerade hier deutlich. In Anlehnung an die sogenannte „Liberalistische politische Theorie“ Dahrendorfs behauptet Siebert z. B., die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik könnten als „prinzipiell pluralistisch“ (196) gekennzeichnet werden. Obwohl der Verfasser ausdrücklich betont, diese Theorie folge experimentellen und empirischen Prinzipien, ist kein einziger empirischer Beleg für die Pluralismus-These angegeben. Auf derartige Belege, etwa hinsichtlich der Einkommensverhältnisse und der daraus folgenden Konsequenzen für das Bildungswesen hätte man gespannt sein können. Erneut erweist sich die unbewiesene Pluralismus-Behauptung als Mittel zur Verschleierung der Klassenverhältnisse und zugleich zur Diskreditierung des Sozialismus: Wird das System der DDR unter Verwendung der Totalitarismus-These (297) als „Parteidiktatur“ (198) dargestellt, so muß dem auf der anderen Seite eine freiheitlich demokratische Grundordnung gegenübergestellt werden. Die Verkehrung geht so weit, daß die „Klassengesellschaft der DDR“ (277) und der „Monopolcharakter einer staatlich sanktionierten Erwachsenenbildung“ (297) mit der „westlichen Demokratie“ (276) verglichen wird. Während in der DDR die Entwicklung im Bildungswesen durch „dogmatische Verbindlich-

keit“ (40), „Verplanung der Werktätigen“ (97) und „weitgehende Pädagogisierung aller Lebenssphären“ (200) gekennzeichnet sei, gelte für die BRD der folgende Befund: „Nicht ohne Grund erlegt sich der Staat ... in der Einflußnahme auf Inhalte und Normen der Erwachsenenbildung größtmögliche Zurückhaltung auf: Der weltanschauliche Pluralismus in unserer Gesellschaft verbietet eine zentrale staatliche Lenkung der Erwachsenenbildung“ (202).

Unter dem Druck, die Systemkonkurrenz von Sozialismus und Kapitalismus propagandistisch für den letzteren zu entscheiden, greift Siebert häufig zum Mittel der Verdrehung von Tatsachen und Zusammenhängen; so heißt es im Kapitel: „Technisch-ökonomische und kulturell-ideologische Grundlagen“ zur Entwicklung des Bildungswesens der DDR: „Die DDR benötigt den ‚westdeutschen Imperialismus‘ als Motor für ihre angeblich permanente Revolution“ (169), so, als wäre der Imperialismus nichts anderes als eine profitable Fiktion von DDR-Funktionären.

Siebert gibt im ersten Teil seiner Untersuchung einen geschichtlichen Abriß der Entwicklung der Erwachsenenbildung in der DDR seit 1945. Die Bedeutung dieses Bildungssektors beschreibt der Verfasser recht anschaulich, angefangen bei den ersten Ansätzen nach der Überwindung des Faschismus und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bis hin zur Herausbildung eines dynamischen einheitlichen Bildungssystems von der Vorschulerziehung bis zur Betriebsakademie. Den oft wiederholten Intentionen des Autors zum Trotz wird dabei eines sehr deutlich: das heute bestehende einheitlich organisierte Bildungswesen der DDR ist in zwei Jahrzehnten kontinuierlicher Arbeit durch immer neue Bemühungen und Initiativen aller beteiligten Bürger entstanden. In der Entwicklungsgeschichte verdient besonders die Rolle der Kritik hervorgehoben zu werden; es wird einsichtig, daß — entgegen Sieberts Aussagen über „zentralistische“ (31) und „bürokratische“ (295) Strukturen der Bildungspolitik — um jeden Schritt zur inhaltlichen Veränderung im Bildungswesen innerhalb demokratischer Institutionen gerungen wurde.

Wolfgang Lumb (Berlin)

Bahrdt, Hans Paul: *Humane Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine Zukunft.* Christian Wegner Verlag, Hamburg 1968 (232 S., brosch., 12,— DM).

Seitdem die Stadtränder zu ausgedehnten „Einfamilienhausweiden“ ausufern und die Cities am Autoverkehr ersticken, sind Architekten und Stadtplaner herkömmlichen Stadtplanungsrezepten gegenüber unsicher geworden. Sie verlangen soziologische Aufklärung über das Funktionieren der Stadt. Bahrdt war einer der ersten, der die interdisziplinäre Diskussion und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik herstellte, sein Buch über die „moderne Großstadt“ (1961), in dem er den konservativen Großstadtkritikern und den naiven Nachbarschaftsanhängern die Polarität

von Privatheit und Öffentlichkeit als städtische Lebensform entgegenhielt, eröffnete neue Ansätze zum Verständnis städtischer Vergesellschaftungsformen. Bahrds Stärke ist ein genaues Beobachtungsvermögen für den Nahbereich sozialer Verhaltensstile, dem eine prägnante Darstellungsweise entspricht. Davon zeugt seine Beschreibung der „sich-selbst-darstellenden“ Repräsentation des Großstädtlers und seinem ritualisierten Verhalten im Bereich der Öffentlichkeit. Seine Schwäche ist mit seiner Stärke eng verknüpft; sie besteht in der Unfähigkeit, die im sozialpsychologischen Nahbereich beobachteten Prozesse in ihrem weiteren Zusammenhang zu sehen. So gelingt es ihm nur unvollkommen, das in einem öffentlichen und privaten Raum erscheinende Leben des Großstädtlers in den entsprechenden baulichen Strukturen der Stadt zu lokalisieren. Er sieht, daß die traditionelle Blockbebauung den öffentlichen und privaten Bewegungsbereich des Städtlers anschaulich ausdrückte; aber er weigert sich anzuerkennen, daß die moderne Zeilenbauweise und die Formen der Baugruppierungen in neuen Siedlungen gerade den Verfall der Öffentlichkeit darstellen, gegen den er sich wendet.

Schon in seinem Buch „die moderne Großstadt“ steckte ein Widerspruch zwischen der progressiven soziologischen Analyse und einer eigentümlich unkritischen Hinnahme vorhandener Städtebaumodelle (vgl. meine Rezension in *Das Argument* 30, S. 178). Der Autor beschränkt sich in seinem neuen Buch noch mehr aufs Praktikable und macht sich — fast möchte man meinen, ohne es zu merken — zum Befürworter der herrschenden technokratischen Städtebautendenzen. Gegen die allzu unpragmatischen Kritiker hebt er mahnend den Zeigefinger: „Es gibt, gerade im Nahbereich, Fälle, in denen ein pragmatisches Verhalten der Planer und Wohnungsvergeber am Platze ist. Ein Wohnquartier ist kein Utopia, in dem die klassenlose Gesellschaft ausgebrütet wird. Es reicht aus, wenn es in seiner Struktur und Gestaltung die bestehenden Klassendifferenzen nicht allzu provozierend demonstriert und verhärtet“ (132).

Bahrds scheint sich nicht bewußt zu sein, daß sein vordergründig realistisches Selbstverständnis ihn auf die Positionen in der städtebaulichen Diskussion zurückwirft, die er in seinem ersten Buch zu bekämpfen versucht hatte. Er vertritt mit etwas gewandelten Ausdrücken das Konzept der gegliederten und aufgelockerten Stadt (von Göderitz, Hoffmann und Rainer) und macht sich wie diese zum späten Anhänger der Gartenstadtidee. So sagt er ausdrücklich, *Howards Gartenstadt* sei der Versuch zu einer „städtischen Stadt“ gewesen, „keineswegs ein verfließendes Suburbia“ (135). Was kann auch von einem Autor anderes erwartet werden, der offenbar ohne Ironie „das kleine praktische Reihenhaus mit sehr kleinem Garten oder Wohnhof“ für den Städtebau der Zukunft anvisiert (66) und die „mit Fuß- und Radwegen durchzogenen Grünzonen“ sich „durch die Wohnbauten schlängeln“ sieht (137)? „Wer an dem Gedanken an „Krisenfestigkeit“ festhält, oder Vorsorge für politisch bedingte Hungerzeiten trifft, sollte mit dem Hinweis beruhigt werden, daß in Notzeiten die reichlich zu dimensionierenden Grünflächen der Städte

gegebenenfalls wieder in Kartoffel- und Gemüsegelder umgewandelt werden können, wie es ja auch im Zweiten Weltkrieg geschehen ist“ (66). — Mit derselben pragmatischen Geste tritt Bahrtdt nicht nur für das Einfamilienhaus, sondern genauso für das Wohnhochhaus ein (67).

Die Nachbarschaftsidee mit festen Richtzahlen erscheint unter dem Stichwort „Quartier“ und soll mit „kleinräumiger, beschaulicher Öffentlichkeit des Alltags“ (114) ausgestattet sein. In den Wohnblocks entstehe „Mini-Öffentlichkeit“ (173). An „leistungsfähige kirchliche Gemeindezentren“ ist auch gedacht (142), die Länge der Fußwege in Wohnquartieren — 860 m bei 16 000 Menschen pro Quartier — ist ebenso exakt angegeben wie der Anteil der Überbauung. Stichstraßen, wenn auch nicht in „Gestalt eines Blattgerippes oder der Adern eines Organismus“ (145), Fußgängerzonen, Einkaufszentren vollenden das Repertoire des „humanen Städtebaus“. Bis hin zur Friedhofsplanung ist „humanisiert“ worden. Aus betriebstechnischen Gründen soll es künftig nur Urnenfriedhöfe geben, „wenn sich alle Menschen zur Feuerbestattung entschließen könnten“ (156), weil dann Friedhöfe hygienischer, platzsparender und verkehrsgünstiger angelegt werden können. Daß Friedhöfe Orte der Trauer sind, deren Anlage auf die Gefühle der Trauernden und die bisherigen Bestattungsriten Rücksicht nimmt, befindet sich außerhalb des Bereiches des modernisiert „humanen Städtebaus“.

Verstreut finden sich in diesem auf „eine nahe Zukunft“ bezogenen Buch manchmal Beobachtungen, in denen etwas von der kritischen Dimension soziologischer Denkweise sichtbar wird. So bemerkt Bahrtdt, daß „räumliche Situationen als Komponenten möglicher sozialer Situationen“ interpretiert werden, d. h. ein bestimmtes individuelles oder soziales Verhalten anbieten oder verbieten, wobei „Gestaltung“ die „ästhetische Artikulation der räumlichen Situation“ bedeutet (135 f.). Ähnlich treffend ist die Bemerkung zur „Pseudo-individualität der ‚Erdbebenarchitektur‘“ (91), d. h. künstlicher Wohnlabyrinth, die durch unübersichtliche Verschachtelungen Gedanken an Monotonie verschrecken sollen. — Leider ersticken diese kritischen Ansätze schon im Keim an der „praktischen“ Gesinnung des Autors; sie werden nicht ausgeführt, sondern bleiben nur als Andeutungen stehen. So zeigt sich, daß ein verkürzt pragmatisches Engagement heute nur um den Preis der Fragmentierung soziologischer Erkenntnisse möglich ist. Heide Berndt (Frankfurt/M.)

Berndt, Heide, Alfred Lorenzer u. Klaus Horn: Architektur als Ideologie. es 243, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1968 (153 S., kart., 4,— DM).

Der Sammeltitle sagt nur ungefähr, worum es geht. Es sind drei Aufsätze wider den Funktionalismus in der Architektur, wobei der Begriff Architektur wegen des für die Autoren relevanten soziologischen Aspekts für gewöhnlich, wenn auch nicht durchgängig, synonym mit Städtebau gebracht wird. Die Aufsätze sind Ergebnis einer

Arbeitsgruppe am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt und wollen als integrale Einheit verstanden werden. „Wenn der Leser gleiche Literatur und Gedanken in jeder der drei Arbeiten wiederfindet, so bilden diese Stellen Verschränkungen, die Bekanntes weiterführen, immer woandershin“ (7) heißt es ahnungsvoll in einer Vorbemerkung, und das bedeutet, daß die Autoren zu einem nicht unerheblichen Teil dreimal das gleiche Material ausbreiten — was von der Montage von Zitaten über Literaturhinweise und zusammenfassende Referate bis zu kritischen Reflexionen reicht —, um ihm jeweils einen anderen Aspekt abzugewinnen.

H. Berndt schrieb: *Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? Soziologische Betrachtung einer architektonischen Kategorie.* Der Aufsatz fungiert als enzyklopädisches Stichwort und behandelt den Funktionalismus und seine soziologischen Implikationen im Gegensatz zu wahren oder wünschenswertem städtischen Sozialverhalten — „Funktionalismus als eindimensionale Ästhetik“ (33). Zitat Berndt: „Der rationellen aber einseitigen Unterordnung von gesellschaftlichen und menschlichen Bedürfnissen unter das Profitprinzip ist das Prinzip der Vernunft und der Planung für menschliche Bedürfnisse entgegenzusetzen“ (47). (34 S., 72 Literaturhinweise von Le Corbusier bis Marcuse.)

A. Lorenzer schrieb: *Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? Zur Sozialpsychologischen Funktion der Architektur.* Dieser Aufsatz bildet das Hauptstück des Büchleins, hier werden die sozialpsychologischen Kriterien im Zusammenhang dargestellt. Funktionalismus „qua Sozialmontage“ wird als eine Ideologie, die systematisch alle sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein städtisches Sozialverhalten („Öffentlichkeit“) zerstört, kritisiert. Diese Voraussetzungen werden beschrieben (emotionale Bindungen, Neutralisationsleistung, Affektkultur von hohem Niveau, präsentative und diskursive Symbolik) und mit Bezug darauf wird ein Alternativkonzept von „Städtebau qua Architektur“ (98) angedeutet: Symbolbildung als geforderte Integrationsleistung der Architekten. (50 S., 56 Literaturhinweise von Karl Kraus bis Susanne Langer.)

Klaus Horn schrieb: *Zweckrationalität in der modernen Architektur — Zur Ideologiekritik des Funktionalismus.* Der Aufsatz fungiert — und darauf deutet auch, wenn nicht seine verwirrende Breite, so doch seine polemisch verallgemeinernde Ausdrucksweise — als ideologiekritische Streitschrift, die das bereits bekannte Material zur philosophisch-sozioökonomisch-politischen Meinung zuspitzt: „Architektur der Anpassung“ (105) — Plädoyer für „das ästhetische Moment als potentiell (Herrschaft) Transzendierendes“ (108)¹ und für „dysfunktionale Spontaneität“ (117). Zitat Horn: „... die entscheidende Eigenschaft menschlichen Verhaltens, nämlich die nicht instinktmäßig-naturhafte, sondern die freie Verknüpfung von Trieb und Objekt...“ (136). (36 S., 118 Literaturhinweise von Banham über Adorno, Bahrtdt, Bloch bis Mitscherlich.)

1 Vgl. Bauwelt-Diskussion, Heft 32/33 und 40, Jg. 1967 u. a.

So viel zum Überblick über Themen, Vokabular und Quellen dieses Buchs. Gleich bei seinem Erscheinen hatte Dr. Ulrich Conrads in der Zeitschrift *Bauwelt* „dem schmalen Bändchen mehr Wirkung“ vorausgesagt „als ungefähr allem, was verstreut in den letzten Jahren da und dort zum Thema Städtebau und Gesellschaft erschienen ist“, „weil es im besten Sinne publik machen“ werde, „was sich bislang in fachlich-kooperativen Seminaren versteckte“. Die Wirkung ist eingetreten. Für viele Architekten, vor allem für Architekturstudenten hat diese Publikation eine seit langem klaffende Informationslücke gefüllt, hat zu weiterer Beschäftigung mit diesem Thema angeregt und hat eine ganze Reihe von kritischen Pamphleten junger Architekten auf den Plan gerufen. Dennoch scheinen einige kritische Bemerkungen angebracht, die weniger den informativischen Wert dieser Arbeiten (als eines notwendigen ersten Schritts) als vielmehr den in einem strengeren Sinn kritischen Wert solcher Arbeiten in Frage stellen möchten:

Die Betrachtung gerät, besonders durch Verarbeitung kulturkritischer Äußerungen der Adorno, Bloch, Marcuse, Mitscherlich, über „den“ Funktionalismus mit dem Etikett „Unbehagen an...“ in eine Kategorie sehr summarischer Befunde, wo etwas nicht mehr auf Begriffe, sondern auf „den“ Begriff gebracht wird. Die Ebene, auf der man sinnvoll so verfahren kann, liegt sehr hoch im Elfenbeinturm in jener dünnen Luft, wo wichtige Unterschiede verblasen, die gerade den Ideologiekritiker interessieren sollten. Es geht um begriffliche Differenzierungen, die wenn nicht eingeführt, so doch streng praktiziert werden müßten:

Beispiel a) Ebensovienig, wie die Bauten Le Corbusiers mit seinen theoretischen Äußerungen identisch sind, sind Architektur und Architekturtheorie einer Zeit generell identisch — beide aber können als Ausdruck einer Ideologie gelesen werden, vermutlich mit interessanten Unterschieden. Davon aber ist weder im Titel noch im Text der Untersuchungen etwas zu lesen. Das gleiche gilt von wirklichen Städten heute im Vergleich mit angeblich geltenden Stadtplanungstheorien, hier bestehen offensichtlich große Unterschiede.

Beispiel b) (positives Gegenbeispiel) Funktionalismus als Utilitarismus der Architektur und funktionalistische Ästhetik sind ihrer Intention nach verschieden, wie A. Lorenzer gezeigt hat, ersterer ist bewußt, letztere wider bessere Absichten eindimensional. Letzterer ist also ideologiekritisch beizukommen, ersterem nicht, er ist integriert, d. h. er herrscht mit.

Beispiel c) Das pauschale Organizismusverdikt verwischt wesentliche Unterschiede, Unterschiede allerdings, die auch im Begriff der organischen Architektur im Sprachgebrauch der Architekten bereits verwischt waren:

1. organische Architektur im biologisch-strukturellen Sinne einer „lebenden“ Architektur;

2. organische Architektur im Sinne einer funktional organisierten Architektur².

Beispiel d) Auch das Wunschbild einer dysfunktionalen Umwelt, was immer das auch sein mag, muß unterschieden werden von einer geplanten „Spielwelt“ (Bauwelt-Ideologie), die die erwünschten spielerischen Aktivitäten zwar zu ihrem Ausdruck kommen lassen kann, ohne doch in der Lage zu sein, ihnen Recht zu verschaffen.

Es mag mühsam sein, auf solche Unterschiede in polemischen Schriften einzugehen, wichtig wäre es aber dennoch, der Stichhaltigkeit der Kritik wegen und um den Beifall von der falschen Seite auszuschließen. Nachdem die „Theoretiker“ des neuen Bauens 50 Jahre lang das Kind mit dem Bade auszuschütten pflegten durch voreilige Verallgemeinerungen, sollten ihre Kritiker sich eines besseren befleißigen.

Günter Plessow (Berlin)

Psychologie

Benesch, Hellmuth: Experimentelle Psychologie des Fernsehens. Ernst Reinhardt Verlag, München/Basel 1968 (225 S., Ln., DM 27,—).

Fernsehforschung, ein in Deutschland bislang noch kaum bearbeiteter Zweig der Massenkommunikationsforschung, ist jetzt auch hierzulande in Mode gekommen. Wissenschaftliche und kommerzielle Institute unternehmen vielfältige Anstrengungen, um in dieses erfolgversprechende Geschäft einzusteigen. Hellmuth Benesch, im Klappentext als „bekannter Fachmann auf dem Gebiet zur Erforschung psychologischer Sonderbereiche (Wirtschaftspsychologie, Menschenführung)“ vorgestellt, empfiehlt sich mit der vorliegenden Arbeit insbesondere den Fernsehanstalten als wissenschaftlicher Experte für Zuschauerforschung.

Aus der Sicht der akademischen Psychologie wird in diesem Buch das Kommunikationsgeschehen im Bereich des Fernsehens, zentral das Wirkungsgeschehen (Sendung — Zuschauer) in diesem Feld, betrachtet. Was unter dieser verengten Perspektive ins Blickfeld gerät, wird nun aber nicht als Teilspekt jenes Kommunikationsgeschehens ausgewiesen, sondern in einer merkwürdigen Verkehrung von Gegenstand und Methode zu einer „Fernsehpsychologie“ aufgespreizt.

Um die Eigenständigkeit dieses neuen Forschungsgebiets zu legitimieren, trägt Benesch eklektizistisch alle möglichen Erkenntnisse (Teil I) und Untersuchungsmethoden (Teil II) aus den verschiedenen Richtungen der Psychologie und teilweise auch aus deren Nachbar-

² Von organischer Architektur im biologisch-strukturellen Sinne ist außerdem noch eine „organische“ Architektur zu unterscheiden, der es um eine wortwörtlich genommene Analogie zu lebenden Formen geht, die sie bis zur Isomorphie treibt: „organoide Motive“ statt einer Anordnung von „Organen“.

disziplinen zusammen, sofern sie nur irgendwie für die Fernsehforschung von Interesse sein könnten. Darunter finden sich auch Informationen über den einen oder anderen Aspekt des Fernsehwirkungsgeschehens (z. B. den wahrnehmungspsychologischen Aspekt, 27 ff. und 40 ff.), dem gemeinhin in der Literatur im Bereich der Massenkommunikation wenig Aufmerksamkeit gezollt wird. Freilich gelingt es Benesch nicht recht, das vielfältige Forschungsmaterial sinnvoll zu strukturieren. An der in der Massenkommunikationsforschung seit Lasswell üblichen Gliederung des Kommunikationsprozesses (nach dessen fünf Faktoren: Kommunikator, Communiqué, Kommunikant, Medium, Wirkung) will er sich offensichtlich nicht orientieren. Seine eigene aber — sie ist mehr oder weniger aus der akademisch-psychologischen Einteilung des Fachgebiets in allgemeine Psychologie (Wahrnehmung, Vorstellung, Aufmerksamkeit, Erlebnisverlauf) und spezielle Psychologie (Persönlichkeits-, Sozial- und Entwicklungspsychologie) (vgl. 14) übernommen — bleibt dem Dargestellten gegenüber heteronom.

Das Buch enthält ferner (Teil III) die Beschreibung eines zweijährigen Untersuchungsprojekts auf dem Gebiet der Zuschauerforschung, an dessen Durchführung Benesch beteiligt war. Darin wurde mit einem großen methodischen Aufwand — man arbeitete zum großen Teil mit indirekten bzw. projektiven Verfahren — den Zuschauerreaktionen auf eine Showsendung in ihrem Entstehungsprozeß detailliert nachgegangen. Soweit Benesch diese Studie als Modell für künftige regelmäßige Zuschaueruntersuchungen verstanden wissen will, wäre an dem methodischen Vorgehen einige Kritik anzumelden: Es erscheint an manchen Stellen etwas zu umständlich; auch die Auswahl, Zusammensetzung und Aufteilung der Versuchspersonen auf die drei Untersuchungsphasen müßte näher diskutiert werden.

Die Interpretation der Ergebnisse der Untersuchung verquickt Benesch mit handfesten Ratschlägen an die Fernsehpraktiker, auf welche Weise die Einstellungen der Zuschauer bei der Gestaltung „erfolgreicher“ (d. h. eine hohe positive Beurteilung von der überwiegenden Mehrzahl einbringender) Unterhaltungssendungen zu berücksichtigen sind. Diese Verallgemeinerungen sind jedoch nur bedingt durch die Studie abgesichert: Sie vermag, eben wegen ihrer Begrenzung allein auf die psychologische Komponente des Wirkungsgeschehens, den Entstehungsprozeß der Zuschauerreaktionen nicht zureichend zu erklären. Die Reaktionsweisen werden zwar wesentlich, aber nicht ausschließlich und unmittelbar durch die motivationalen und situativen Prädispositionen der Zuschauer determiniert. Der zweite wichtige Faktor ist die Sendung selbst — ein in sich komplexes Symbolsystem, das als nicht psychologische Variable die Aktualisierung latent vorhandener Verhaltensweisen mitbestimmt. Um die Gewichte der verschiedenen Faktoren richtig abschätzen zu können, bedürfte es zusätzlich einer Detailanalyse der Sendung. Bei Benesch findet sich jedoch nur eine kurze zweiseitige Inhaltsangabe (139 f.), die auf den sozialpsychologischen Symbolgehalt der Sendung

und den Aspekt der formalen Gestaltung überhaupt nicht eingeht.

Hier wird einmal mehr deutlich, daß fachwissenschaftlich beschränkte Forschungsansätze im Hinblick auf eine adäquate Analyse eines Phänomens trotz eines umfangreichen Methodenapparats problematisch sind.

Imme Horn (Frankfurt/M.)

Maisch, Herbert: In z e s t. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek b. Hamburg 1968 (190 S., kart., 2,80 DM).

Maischs Monographie ist ganz positivistischer Wissenschaftskonzeption verpflichtet, die den Anspruch erhebt, „wertfrei ein möglichst breites Spektrum der Tatsachen“ (68), ein „vorurteilsloses Bild der Realität“ (9) zu übermitteln. Ergebnis ist hier eine deskriptiv-phenomenologische Aufzählung, die positiv als umfangreiche Materialsammlung gewürdigt werden kann, dafür aber den Preis zahlt, ihren eigenen Informationen indifferent gegenüberzustehen.

Es wird zwar eine große Menge an Einzelfakten angeboten: Sexuelle Kontaktformen, Lebensalter der Inzestpartner; Dauer der sexuellen Beziehungen; Soziale Charakteristika des familiären Milieus; Persönlichkeiten und zwischenmenschliche Beziehungen der Ehepartner; Persönlichkeit weiblicher Inzestopfer etc. Da Maisch sich aber „neutral“ gibt, d. h. eine Konzeption fehlt, zu der diese Detailinformationen in Beziehung gesetzt werden (konkret: die Korrelation zur Klassenlage der Inzest„täter“ resp. Inzest„opfer“), so bleibt die Arbeit unverbindlich. Die Tatsache etwa, daß von offiziell bekanntgewordenen Inzestbeziehungen 91 % den beiden unteren Sozialschichten, 9 % der unteren Mittelschicht angehören, mithin die sozialen Oberschichten *überhaupt nicht* vertreten sind, fordert zur polit-ökonomischen Interpretation geradezu heraus. Maisch beläßt es jedoch bei der bloßen Beschreibung und entschlüsselt damit unwillkürlich den eigentlichen Zweck dieses Buches: aufgeklärtes Feigenblatt einer unpolitischen forensisch sexualwissenschaftlichen Inzest-Theorie zu sein.

So ist der Hauptteil des Buches denn auch für die gerichtliche Praxis gedacht; d. h. vor dem Hintergrund des obsoleten Sexualstrafrechts in der BRD zu sehen. (Wenn Prof. Hedwig Wallis im Vorwort von „schockierenden“ Konsequenzen spricht, so zeigt das auf individueller Ebene den gleichen Sachverhalt: es ist ein leichtes, im Bereich des Sexualstrafrechts (offene) Türen einzurennen. In diesen Zusammenhang gehört etwa die Erkenntnis, daß inzestuöse Beziehungen keinesfalls nur von „hochabnormen“ Persönlichkeiten, sondern ebensosehr von „sozial gut angepaßten“ aufgenommen werden.)

Insgesamt ist der Erkenntniswert des Buches nicht allzu groß; es genügt die im Schlußwort formulierten „Leitsätze“ zu lesen. Dort schreibt Maisch: „Zwar hat das Inzesttabu in der modernen Industriegesellschaft seine sozial vitale Bedeutung verloren, nichtsdestoweniger ist es aber ein integrativer Bestandteil der Familienstruktur ... (166). Da die meisten Familien vor „Tatbeginn“ gestört sind,

ist das inzestuöse Geschehen Symptom, nicht Ursache der gestörten Familienverfassung. Ergo: „Der beste Schutz ist deshalb eine intakte Familienordnung . . .“ (166). So bleibt die heilige Kuh bürgerlicher Sozialwissenschaft, die Kernfamilie, wieder einmal unangetastet. Daß die diagnostizierte Störung gesellschaftliche Wurzeln hat; d. h. daß die kapitalistische Gesellschaft mit monogamer Kleinfamilie den Inzestdruck innerhalb der Familie unerträglich gesteigert haben könnte; zu dieser Einsicht fehlt Maisch das theoretische Rüstzeug. Die Möglichkeit einer *Veränderung* der Familie wird erst gar nicht erwogen.

Die abstrakte Verwendung des Familienbegriffs findet sich schon in der umfangreichen Einleitung (Kulturgeschichte, Theorien der Entstehung und strafrechtliche Aspekte des Inzest). Maisch weicht der — zugegebenermaßen schweren — Entscheidung aus, zu den diametral gegensätzlichen Theorien zur Entstehung des Inzests eine eigene Position zu beziehen. So wird der historische „Ballast“ abgeworfen und folgerichtig die „funktionale“ Analyse T. Parsons adaptiert. Dabei existiert eine tragfähige Hypothese über die Genese der Beziehung zwischen Gesellschaftsverfassung und Inzest: die Morgan-Engelsche Theorie der Familienentwicklung (in die eine Entwicklung der inzestuösen Tabuisierung eingeschlossen ist). Dem Übergang vom Matriarchat zum Patriarchat, gekennzeichnet durch die Aneignung der Produktionsmittel in den Händen der Männer, geht eine sexuelle Machtaneignung parallel. Auf dieser Grundlage hat dann später u. a. Wittfogel (Autorität und Familie, Wirtschaftsgeschichtliche Grundlagen, Paris 1936) interessante Einsichten gewonnen.

So wird schon in der Einleitung die soziale und politische Enthaltsamkeit des Hauptteils vorstrukturiert; beiden ist der Mangel historischen Bewußtseins gemein. Ekkehard Ruebsam (Berlin)

Soziale Bewegung und Politik

v. Beyme, Klaus: Politische Ideengeschichte. Probleme eines interdisziplinären Forschungsbereiches. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1969 (59 S., kart., 4,80 DM).

In seiner kenntnisreichen Tübinger Antrittsvorlesung behandelt v. Beyme die Ideengeschichte als politikwissenschaftliche Disziplin und vermittelt einen Überblick über die innerfachlichen Diskussionen des Stellenwerts und der heutigen Legitimität dieser Disziplin. Während in den meisten anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen die Genesis des Faches und somit die historische Dimension schlechthin in dem Maße verdrängt worden ist, in dem die „empirisch-analytische“ Forschung sich durchsetzte, nimmt die politische Ideengeschichte, in der die Möglichkeit vorgegeben ist, Geltung nicht über Genesis siegen zu lassen, in den westlichen Ländern, ausgenommen die USA, immer noch einen wichtigen Platz innerhalb der Wissen-

schaft von der Politik ein. Diese Möglichkeit der Entfaltung eines historischen Bewußtseins wird indes nicht wahrgenommen, da politische Ideengeschichte vorwiegend von konservativen Politikwissenschaftlern betrieben wird, die in die Theorien der Klassiker überhistorische Wahrheiten projizieren. Diese Wissenschaftler unterscheiden sich von den modernen, zumeist amerikanischen, darin, daß sie den letzteren anlasten, zum Theorieverfall beizutragen; keineswegs unterscheiden sie sich von jenen — wie man annehmen könnte — dadurch, daß sie durch das Studium der politischen Ideengeschichte die historische Dimension des Faches vergegenwärtigen.

Bei einer Umfrage in den USA über das Ansehen der verschiedenen Teilbereiche der Politikwissenschaft fiel der vergleichenden Regierungslehre (Comparative Government) der erste Platz zu, der politischen Theorie qua Ideengeschichte dagegen der siebente und letzte Platz (9). Die in Westeuropa und besonders in der BRD herrschende, völlig konträre Tradition in der Politikwissenschaft, in der diese Wissenschaft mit politischer Philosophie gleichgesetzt wird, ist in den vergangenen Jahren allmählich geschwächt worden: durch die Arbeiten junger — einmal marxistischer und zum anderen an der amerikanischen Politikwissenschaft orientierter — Politikwissenschaftler*.

Die Disziplin der Ideengeschichte innerhalb der Wissenschaft von der Politik gedieh nach dem Zweiten Weltkrieg, als bürgerlich-konservative Politikwissenschaftler mit dem Instrumentarium der klassischen bürgerlichen politischen Philosophie den Faschismus aufzuarbeiten und zu bewältigen versuchten. v. Beyme zeigt, daß der Gegenstand dabei unterschiedlich angegangen wurde, so daß sich innerhalb der politischen Ideengeschichte eine Vielfalt von Methoden kristallisierte. Die verschiedenen Approachs subsumiert v. Beyme unter fünf Ansätze: (1) der konservative Ansatz, der die politische Theorie mit der politischen Philosophie gleichsetzt (13 ff.) (diesen Ansatz vertreten in der BRD besonders E. Voegelin sowie die Freiburger Schule und deren Anhängsel, obwohl v. Beyme behauptet, diese Schule existiere nur in der Phantasie ihrer Gegner! Cf. 49); (2) der historische Ansatz, wie er von den etablierten Geschichtswissenschaftlern unterschiedlich gehandhabt wird, wobei die Geschichte allerdings generell verkürzt begriffen wird (19 ff.); (3) der psychologische Ansatz, wie er in der primitiven Marx-Psychographie von A. Künzli am krassesten zur Anwendung kommt — diesen Ansatz lehnt v. Beyme mit Recht strikt ab, da er nichts auszusagen vermag (34 f.); (4) der soziologische und sozialhistorische Ansatz, wie er vorwiegend von bürgerlichen Wissenschaftlern vertreten wird (35 ff.); und schließlich (5) der philologische und sprachanalytische Ansatz, der sich auf die immanente philologische Analyse von Klassiker-Texten beschränkt (39 ff.). Alle diese Ansätze und die ihnen

* Einen Überblick vermittelt der Literaturbericht von R. Kühnl, „Politikwissenschaft in der Bundesrepublik“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, XV (1970), H. 8, pp. 815—828.

verbundenen Richtungen innerhalb der Politikwissenschaft werden prägnant und mit Sachkenntnis vorgetragen. Zugleich referiert v. Beyme die Befürworter und Kritiker jeder einzelnen Richtung, wobei er sich hier zustimmend, dort ablehnend äußert, so daß man den Eindruck gewinnt, der Verfasser habe sich unter pluralistischem Gewand einem Methodeneklektizismus verschrieben, zumal er Bruchstücke der referierten Ansätze, ausgenommen der psychologisierenden, unvermittelt nebeneinander existieren läßt.

v. Beyme diskutiert sodann den Nutzen des ideengeschichtlichen Studiums: als Lagerhaus politischer Probleme, als methodische Schulung und schließlich als Hilfsmittel für die Prognosenstellung (50 ff.).

Erst bei dem letztgenannten Punkt verliert v. Beyme einige Worte über den marxistischen, zukunftsorientierten Ansatz und äußert sich wohlwollend über die Versuche der „kritischen Theorie“, die historische Dimension in die in der Sozialwissenschaft verbreiteten statischen Modelle einzubringen; er meint jedoch, daß dieser Ansatz auch die Gefahr eines „einseitigen ideengeschichtlichen Studiums“ berge (56), wie er es bei Marcuse und Habermas beobachtet haben will. Daß marxistische Wissenschaftler primär und stets in Verknüpfung mit einer sozialhistorischen Analyse die Ideengeschichte studieren, um die bürgerliche Gesellschaft auch an Hand ihrer Ideologien verstehen und kritisieren zu können, erwähnt v. Beyme nur am Rande (36), wenn er den soziologischen Ansatz referiert, um sogleich die Kritiker zu Wort kommen zu lassen.

Nach Meinung des Autors beinhaltet das Studium der politischen Ideengeschichte im allgemeinen die Gefahr des politischen Eskapismus. Sein Überblick beabsichtigte, „... zu zeigen, daß diese Gefahr der politischen Ideengeschichte nicht unausweichlich ist“ (58).

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Hennis, Wilhelm: Politik als praktische Wissenschaft
— Gesammelte Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre. Piper Verlag, München 1968 (270 S., Pb., 14,80 DM).

Die hier zu rezensierende Veröffentlichung von Hennis versammelt andernorts bereits gedruckte Reden und Aufsätze, die der Autor zu den Themen: „Ideen- und Wissenschaftsgeschichte“, „Bedingungen modernen Regierens“ und „Politik als Lebensform“, abgefaßt hat. Das pragmatische Moment wird von Hennis für die politische Wissenschaft als besonders bedeutsam erkannt, wie bereits aus Titel und Vorwort zu ersehen ist. Es erscheint dem Rezensenten in diesem Zusammenhang gerechtfertigt, Hennis' pragmatische Position an seinem Beitrag zur Parlamentarismusdebatte der Nachkriegs-Politikologen aufzuzeigen, der die umfassendsten Aufsätze des vorliegenden Buches gewidmet sind.

Hennis fordert mit allem Nachdruck ein Zweiparteiensystem, wobei er seine Argumentation für diese Gestaltung parlamentarischer Demokratie aus den Aufgaben der Opposition ableitet. Diese habe

vor allem konstruktive Kritik an der jeweiligen Politik der Regierungspartei zu üben und durch diese ständige Kontrolle Anspruch und Wirklichkeit der Regierungspartei zu überprüfen. Das Zweiparteiensystem, für Hennis eine „... grandiose Erfindung der praktischen Vernunft“ (110, *Parlamentarische Opposition und Industriegesellschaft*), zwingt die Regierungspartei zur Selbstkritik, da die Opposition mit ihrem potentiellen Regierungsprogramm und Schattenkabinettt jederzeit an die Macht gelangen kann. Dem Volk, soweit es bei Hennis Erwähnung findet, treten nur zwei Parteien mit klar umrissenen und verschiedenen Programmen gegenüber, womit es die Chance einer echten Wahl habe (cf. 111, a.a.O.). Erforderlich zu alledem ist für Hennis der consensus aller Parteien über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates. Das Mehrparteiensystem der BRD hingegen bringt neben vielen anderen Nachteilen auch eine Verflachung der Unterschiede unter den einzelnen Parteien mit sich, die im Rahmen einer egalitären Tendenz der Wohlstandsgesellschaft fortschreite. Die auch von Hennis betonte These der nivellierten Klassenunterschiede, wie auch eine um sich greifende „Ideologiearmut“ (124, a.a.O.) tragen zur Entpolitisierung der jetzigen Phase des Parlamentarismus bei.

Konstitutiv für Hennis ist der repräsentative Charakter der Demokratie, denn eine plebiscitäre Verfassung widerspreche dem Parteienstaat auf Grund der in jener angelegten egalisierenden Tendenz, da der Volkswille mit dem Gesamtinteresse (*bonum commune*) apriorisch identisch gesetzt sei. Diese Prämisse hebe die Funktion der Parteien auf. Somit kann nur die repräsentative Regierungsform zur Debatte stehen, für die der Gedanke, „... daß herrschaftliche Gewalt Amtsgewalt ist“ (49, *Amtsgedanke und Demokratiebegriff*), das entscheidende Kriterium sei. Amtsgewalt basiere auf „Vertrauen“, das die Wählerschaft dem Amtsträger entgegen bringt, nicht aber selbst formulieren kann. Hennis ist außerstande, den Inhalt dieses Vertrauens anzugeben. Er überläßt die Anfüllung der Begriffe wie „Amt“, „Vertrauen“ usw. den Amtsträgern, die dem — en praxei nur scheinbaren — Souverän „Volk“ ihre Programme in Manier der Waschmittelreklame vorsetzen, aus dem das Volk dann „wählen“ kann. Der von Hennis formulierte Begriff des Vertrauens schließt jegliche Kontrolle über die Amtsträger qua Person aus; es bleibt beim bloßen Raisonement „über die Qualität der höchsten Officeinhaber“ (53, a.a.O., ebs. S. 1), Hennis sitzt nicht zuletzt der lutherischen Idee von der Trennung von Amt und Person auf, die den Amtsträger geradezu auffordert, mit seinen Pfunden zu wuchern. Den Funktionswandel der liberalen Wirtschafts- und Demokratietheorie hat Hennis offensichtlich nicht registriert, wie sonst könnte er behaupten, daß Hitler diesen „unverlierbaren Bestand politischen Gedankenguts“ — den Amtsgedanken — an sich reißen konnte, da es Liberalismus und Demokratie unterlassen hätten, den Amtsgedanken für sich zu occupieren (59, a.a.O.).

Dem Volk mißtraut Hennis. Für ihn sind die mit umfassender Regierungskompetenz ausgestatteten Machthaber und die „Kanzler-

macher“, die er als „Professionelle der Politik“ bezeichnet (ebd.), von Bedeutung. Das Parlament hingegen — damit trifft Hennis die Realität ziemlich gut — dient ihm nur als Austragungsstätte von Reduellen. Die Entscheidung trifft allemal der Kanzler, dem das Grundgesetz eine Machtfülle zuerkannt habe, die auszunützen unser Autor ihm anempfiehlt. Bedient sich der Kanzler des Instrumentariums, das aufzuzeigen sich Hennis ausführlichst bemüht, kommt dieser Regierungstil absolutistischer Herrschaftspraxis mit Fachkabinetten und -räten ziemlich nahe. Nicht auf das Volk habe der Kanzler zu achten, dieses sei launisch (cf. 182, Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik), sondern er habe sich nach den Vorstellungen der Professionals zu richten, die den Kanzler „machen“. Diese Professionals, sozusagen die Elite aus Wirtschaft und Bürokratie, sind somit der wahre Souverän, womit sich langsam das Hennis'sche Staatsgemälde vollendet. Der Regierungschef kann sich keinen Moment gehen lassen, sowenig wie ein Manager im Industriegebiet, „... in dem sich Mängel des Managements sofort aufdringlich und existenzgefährdend bemerkbar machen“ (183, a.a.O.). Hennis macht sich zum Fürsprecher einer starken Executive — des starken Kanzlers-, der allerdings durch die Rolle der Professionellen zur Charaktermaske derjenigen, die reale Macht ausüben, herabsinkt.

Angesichts solcher Vorstellungen von politischer Herrschaft ist Hennis nicht in der Lage, in seinen Anmerkungen zum 20. Juli 1944 (224 f.) die Affinität der politischen Ideen der „Widerstandskämpfer“ — soweit sie z. B. aus dem Kreisauer Kreis oder der Gruppe Gördele kamen — zu den Inhalten des faschistischen Verfassungsrechtes aufzuzeigen. Für Hennis, wie für andere Festredner zu solchen Anlässen, bleibt der Nationalsozialismus ein Betriebsunfall der deutschen „Gemütsbegabung“. Das deutsche Volk — so Hennis an anderer Stelle — sei „... ein in besonderer Weise erdennah, naturhaft gebliebenes Volk“, das allerdings daraus einen Kult bis zum „scheußlichen Excess des Rassenwahns...“ (240, Zum Begriff und Problem des politischen Stils) gemacht habe.

Die historisch-soziologische Ableitung der Begriffe, sei's der parlamentarischen Demokratie, sei's des Widerstandes gegen den Faschismus, kann eine Politologie nicht leisten, die sich selbst als „Betriebswirtschaftslehre des modernen Staates“ versteht und nach Hennis nicht nur „Mitbestimmung“, sondern vor allem den „Staat als Leistungsträger“ (cf. 87, Aufgaben einer modernen Regierungslehre) im Sinne des Krisenmanagements zum Thema haben soll.

Hans Grünberger (Frankfurt/M.)

Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. The Free Press, New York 1967 (554 S., Ln., 45,80 DM).

Mit diesem Werk liegt die umfassendste Zusammenstellung aller empirischen Daten und soziologischen Interpretationen der wichtig-

sten Wahlsysteme von „western democracies“ vor, die die Politische Soziologie kennt. Um die ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen für Parteidifferenzierungen und Wählerverhalten untersuchen zu können, ist das Material für eine Fülle von Gesellschaftssystemen zusammengetragen, von den USA und Kanada, über Großbritannien, Australien, Neuseeland, Frankreich, Italien, Spanien, Westdeutschland, Japan bis Lateinamerika, Westafrika u. a., eine jahrelange Arbeit eines Teams von angelsächsischen Soziologen. Alle Analysen geben einen umfassenden historischen Überblick über die Genesis des jeweiligen Partei-Systems, bevor sie zur aktuellen Analyse vorwiegend an Hand der Wahlergebnisse aus den 50er Jahren übergehen. Man erhält Antwort auf die Frage nach der historischen Entstehung von Konflikten, nach den Wählerschichten, die in den jeweiligen Perioden hinter den Parteien standen und nach den sozio-ökonomischen wie sozio-politischen und sozio-kulturellen Ursachen.

In einer Einleitung wird von Lipset und Rokkan versucht, diese Fülle des Materials typologisch zu ordnen: „Our task is to develop realistic models to explain the formation of different systems... under different conditions of national politics and socioeconomic development“ (3). Das Ergebnis ist einerseits eine mehr strukturell-synchrone Typologie von Differenzierungsbedingungen, deren Wert bezweifelt werden kann. — Schon Dahl ist mit einem ähnlichen, allerdings weit weniger aufwendigen Versuch über „Oppositionen“ nicht weit gekommen — und andererseits einer historischen Typologie, die eine 4-Stufen-Entwicklung konstatiert. In einer ersten Stufe entsteht der politische Konflikt zwischen nationaler Bürokratie und territorialer Organisation, sei sie ethnischer, sprachlicher oder religiöser Natur. Auf einer zweiten Stufe entsteht der Konflikt des Nationalstaats mit der Kirche (nach 1789) vorwiegend um die Macht über das Erziehungssystem, auf der dritten Stufe dann die Auseinandersetzung zwischen Feudalinteressen und Industriebourgeoisie und endlich auf der vierten Stufe der Konflikt zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und Arbeit. Obwohl eine fortschreitende „Ökonomisierung“ eindeutig ist, glauben die Autoren trotzdem festzustellen, daß die heutigen Parteidifferenzierungen viel stärker von den ersten drei Stufen bestimmt sind, als von der letzten: „the interactions of the ‚center-periphery‘, state — church, and land — industry cleavages tended to produce much more marked differences among the national party systems than any of the cleavages brought about through the rise of the working-class movements“ (46). Gleichwohl konstatieren sie, daß die Arbeiterklasse in den meisten der am höchsten industrialisierten Staaten wenigstens West-Europas eindeutig das Partei-System prägt. Sie unterlassen es jedoch, die einzelnen Gesellschaften zu unterscheiden in typisch industrialisierte und weniger industrialisierte, eben weil sie keine Typologie geschweige denn Theorie des ökonomischen oder gar politischen Fortschritts entwickeln. Trotzdem ist das Buch eine unumgängliche Grundlage für alle Theorien über Parteientwicklungen in industrialisierten

kapitalistischen Gesellschaften. Nirgendwo sonst wird eine solche Fülle an aufbereitetem empirischem Material auf kleinstem Raum geboten wie hier — wenn auch nur für einen Zeitraum von ungefähr einem Jahrzehnt —, und die weit verbreitete Ideologie, es gäbe keine Klassenparteien mehr, wird trotz vieler Unzulänglichkeiten der Methode gründlich zerstört. Karl Theodor Schuon (Marburg)

Dahl, Robert A. (Hrsg.): Political Oppositions in Western Democracies. Yale University Press, New Haven und London 1966 (458 S., Ln., 42,— DM).

So sehr man es begrüßen muß, daß die „Vergleichende Politikwissenschaft“ sich endlich einmal mit „Opposition“ und „oppositionellem Verhalten“ auseinandersetzt — und nicht immer nur mit Parteien allgemein —, so sehr ist man enttäuscht (allerdings doch nicht ganz unerwartet), wenn man feststellt, wie mager die Ergebnisse ausfallen. Verschiedene Autoren geben zunächst einen Überblick über die Situation der politischen Opposition in zehn verschiedenen Staaten: Großbritannien, USA, Norwegen, Schweden, Belgien, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien. Dahl versucht dann im Anschluß an die Einzeldarstellungen „patterns of opposition“ zu erstellen, um „Ordnung in den Begriff zu bringen“. Durch eine Typologie der Oppositionen versucht er, die Ergebnisse der Einzeldarstellungen zu „vereinfachen“, um präzisere Fragen beantworten zu können. Nach sechs verschiedenen Grundkriterien ordnet er zunächst die Typologie:

1. Organisatorischer Zusammenhalt der Opposition
2. Grad ihrer Konkurrenz
3. Ort der Auseinandersetzung mit der „regierenden Gewalt“
4. Grad der Bestimmtheit und Bestimmbarkeit
5. Ziele
6. Strategien

Zu allen sechs Fragestellungen findet er mehrere Typen, so z. B. sechs verschiedene Oppositionsstrategien, u. a. Wettbewerb um die Gunst der Wähler mit dem Ziel einer Alleinregierung, dann mit dem Ziel einer Koalitionsregierung, dann verbunden mit Parlamentsstrategien oder Aktionen auf anderen Ebenen und zuguterletzt die Strategie der Revolution. Schon aus dieser unvollständigen Aufzählung ist leicht ersichtlich, daß die methodische Grundlage der Typenbildung reichlich unsicher sein muß. Wie könnte man sonst den Wettbewerb um Alleinregierung z. B. absolut trennen wollen von Aktionen auf anderen Ebenen. Noch deutlicher wird dies, wenn man die mit Hilfe dieser Typologie eruierten wissenschaftlichen Zusammenhänge betrachtet.

Der erste ist der einer teilweisen Abhängigkeit der Strategie von den anderen patterns, wobei Dahl selbst eingestehen muß: „In the

present state of knowledge, explanations will have to remain highly incomplete and conjunctural“ (347). Der zweite ist vor allem, daß in sieben von neun europäischen Ländern sich die Politik der Arbeiterparteien einem USA-Modell angenähert hat, das von Klasseninteresse, geschweige denn Klassenkampf, nichts mehr weiß. Allerdings wird konstatiert, daß die Situation in Italien und Frankreich anders sei. Die Integration der Arbeiterklasse sei noch keineswegs gesichert, eine revolutionäre Strategie der Opposition jederzeit möglich, wenn auch im Moment nicht realistisch.

Nun hatte man diese Erkenntnis schon lange. Es ist nicht zu sehen, was die Typologie Neues bringen würde. Zum anderen scheint ein Typologisierungsverfahren, das von Duverger schon einmal mit wenig Erfolg auf die Parteien insgesamt angewandt wurde, auch für die „Oppositionen“ vor allem daran zu krankem, daß das erkenntnisleitende Interesse völlig unreflektiert bleibt und auch bleiben muß, solange man alles und jedes in ein mathematisch exaktes System zu pressen versucht. Viel mehr Aufschluß geben einige Einzelanalysen der historischen Entwicklung z. B. der Opposition in der BRD (von Otto Kirchheimer) oder in den USA (von Dahl selbst). Kirchheimer legt eindrucksvoll den „Verfall der Opposition“ in der BRD dar, den er zurückführt auf den „zeitgenössischen Wohlfahrtsstaat“, der viele soziale Probleme lösen könne, ohne daß sich dadurch die Lage der konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen merklich verschlechtert; sodann auf die Konkurrenz zwischen DDR und BRD, die als außenpolitischer Konflikt dem rein innenpolitischen einen Teil seiner Substanz bis heute raubt; und endlich auf die Tradition des autoritären Staates, die über den Faschismus bis zu Adenauers Kanzlerdemokratie führte. Seine Bilanz lautet: „Both those forces operating everywhere in advanced industrial societies and those forces arising out of the specific contemporary German situation have led to the steady erosion of goal — oriented opposition“ (257). Ebenso erklärt Dahl die fehlende prinzipielle Opposition und ihre Ersetzung lediglich durch „Wettbewerb“ der Parteien in den USA aus der Geschichte der nordamerikanischen Industrialisierung. Die Möglichkeit der Arbeiter, sich jederzeit als freie Farmer in Landgebieten anzusiedeln, die niemandem gehörten, verhinderte sowohl ein niedriges Lohnniveau als auch die Entstehung von Klassensolidarität. Das System der Erziehung und „direct manipulative influence of the mass media“ (47) sorgten für die Tradierung des Bewußtseins einer Farmergesellschaft mit ihrer Eigentumsideologie.

Sowohl Dahl als auch Kirchheimer kommen zu dem Schluß, daß die eigentliche politische Diskussion in diesen Ländern heute in außerparlamentarischen Kreisen stattfinden muß, und beide sehen darin die „Gefahr“, daß dem System auf diese Weise radikale Kritiker erwachsen, die zu keiner Reform mehr beitragen, sondern die Revolution ins Auge fassen. Doch weder Dahl noch Kirchheimer, geschweige denn den übrigen Autoren, gelingt über eine solche phänomenologisch-historische Erklärung hinaus der Schritt zu sozioökonomischer Analyse.

Karl Theodor Schuon (Marburg)

Hennis, Wilhelm: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Ein deutsches Problem; Recht und Staat 373/374 J. C.* B. Mohr, Tübingen 1968 (38 S., geh., 4,50 DM).

Die Dichotomie von Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die häufig behandeltes Thema juristischer und politologischer Abhandlungen ist, wird von Hennis in der hier zu besprechenden Freiburger Antrittsvorlesung erneut aufgegriffen. Er, Hennis, glaube, daß dieses Problem „... tief in die Besonderheit des deutschen Staats- und Verfassungsdenkens hineinreicht“ und darin „... traditionelle Gefährdungen des deutschen Denkens“ (7) sich verbergen. Im Gegensatz zur amerikanischen oder englischen Verfassungslehre, die in ihren pragmatischen Konzepten die Verfassung nur als „instrument of government“ begreifen und die Divergenz von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit nicht problematisieren, falle bei den deutschen Staatsdenkern bis in die Gegenwart zweierlei auf: Erstens ein völliges Absehen von den sozialen Voraussetzungen des Verfassungsrechtes *oder* zweitens — und das erscheint Hennis bedenklich — die „... unübersehbare Tendenz zur Identifizierung von Verfassungsrecht und sozialer Struktur“ (13). Ein weiterer Unterschied zu den westlichen Verfassungen zeige sich auch darin, daß diese alle von der Souveränität des Volkes ausgingen, während die deutsche Verfassungsgeschichte des XIX. Jahrhunderts allein die Reform von oben kannte und die Verfassungen den Charakter authentischer Festlegung angenommen hätten. Für diese typisch deutsche (ebd.) Entwicklung macht Hennis nicht zu Unrecht die Tradition der konstitutionellen Monarchie in den deutschen Territorialstaaten — v. a. in Preußen — verantwortlich: „Die Verfassung wird zu einem Instrument der Konstitutionalisierung von zur Mitbestimmung zugelassenen Kräften“ (15), die dem Monarchen zu Gebote stehen. Doch bleibt diese Erklärung zu verkürzt: Wenn schon von einer „typisch deutschen“ Verfassungsgeschichte die Rede sein soll, muß zumindest auf Entstehung der Bürokratie, ihre Rolle und Loslösung von der Monarchie und ihre daraus resultierende Zwischenstellung zwischen Bürgertum resp. Adel und Monarchie eingegangen werden¹.

Hennis hingegen geht in seiner Klage über das „deutsche“ an seinem Problem auf den sozialen Rahmen, in dem die Verfassungen Gestalt gewonnen haben und zum Instrument der bürgerlichen Klasse gegen das Proletariat geworden sind, überhaupt nicht ein. Versuche, die soziologischen Voraussetzungen aufzuarbeiten, lehnt Hennis vielmehr plakativ als „Unfug“ (22) und „moralisches Pathos“ (5) ab, wobei er in seinen ausführlichen aber apodiktischen Fußnoten Carl Schmitt

1 cf. hierzu: Eckert Kehr: Zur Genesis der preußischen Bürokratie und des Rechtsstaats in: ders.: Der Primat der Innenpolitik edd. H. U. Wehler; Berlin 1965, S. 31 ff, und ders.: Die Diktatur der Bürokratie, in: a.a.O., S. 244 ff. Von den hier entfaltenen historischen Daten und Thesen scheint die politologische Verfassungsdiskussion und -geschichte nach wie vor unberührt zu sein.

und den Soziologen um Habermas vorwirft, sie würden in die Verfassungen materielle Rechte und Prinzipien hineinlesen, da sie an einer „falschen Konkretheit“ (34/35) leiden. Die Forderung nach der Identität von Sein und Sollen, die Ausfluß dieser falschen Konkretheit sei, werde auch in der „unheilvollen Verstrickung der Theorie-Praxisreflexion marxischer Provenienz in die Versuchung der Gewalt“ (29) demonstriert. Die Verfassung eines Staates darf nach Hennis nicht mit materiellen Interessen vermischt werden, als instrument of government — wie anzuwenden zeigt Hennis andernorts² — „... antwortet (sie) immer auf bestimmte Bedürfnisse der politischen Praxis, und es ist ohne weiteres zuzugeben, daß Verfassungen oft auf bestimmte Bedürfnisse nicht antworten“ (35).

Daß Hennis sich mit seiner Theorie politischer Praxis auf die Ebene des von ihm angegriffenen Carl Schmitt (allerdings ohne über dessen Brillanz politischer Analyse auch nur ansatzweise zu verfügen) begeben hat und hier dem Dezisionismus das Wort redet, entgeht ihm sichtlich völlig. In gleicher Weise fehlt bei Hennis jeglicher Hinweis auf die Frage, ob nicht die Verfassungen liberalen Zuschnitts ihrem *inhaltlichen* Anspruch nach im Prozeß der sich im 19. Jahrhundert herauschälenden Klassengegensätze und der aus diesen sich ergebenden Verschränkung des öffentlichen mit dem privaten Recht obsolet geworden sind. Der These, daß Verfassungen nur auf Grund materieller Interessen der an ihrer Abfassung beteiligten Gruppen entstehen konnten, verschließt sich Hennis bereits in seinem methodischen Ansatz.

Hans Grünberger (Frankfurt/M.)

Ellwein, Thomas u. Axel Görlitz in Zusammenarbeit mit **Andreas Schröder**: **Parlament und Verwaltung**, Teil 1: Gesetzgebung und politische Kontrolle. Band 2/1 von „Politik-Regierungsverwaltung. Untersuchungen zum Regierungsprozeß in der BRD“. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1967 (279 S., Ln., 24,— DM).

Der vorliegende Band ist Teil einer umfassenden Untersuchung zum Regierungsprozeß in der BRD. Ein Drittel enthält „allgemeine Erörterungen über die gestellten Aufgaben, über den Entscheidungsprozeß und über den Vollzug der Aufgaben“ (10). Dadurch sollen „Zugänge“ zur politischen Realität“ gewonnen werden. Die letzten zwei Drittel bestehen aus Untersuchungen über die parlamentarische Wirklichkeit und einem 40 Seiten starken Teil Reformvorschläge.

Hervorstechendstes Merkmal der theoretischen Darstellung der Institution Parlament ist ihr methodisch unklar bleibender Charakter. Der Verf. geht von dem Idealtypus des Parlaments im 19. Jahrhundert aus, beschreibt diesen kurz, kommt dann zu der Feststellung, daß die vielfältigen Abweichungen doch kein Modell zulassen und

² cf. W. Hennis: Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik in: ders.: Politik als praktische Wissenschaft; München 1968, S. 161 ff; ferner: Jörg Kammler: Herrschaft und politische Wissenschaft, in: Das Argument 50, S. 99 ff.

bemerkt, daß nach den „sozialgeschichtlichen und verfassungsmäßigen Bedingungen“ gefragt werden müßte. Nun ist man gespannt, darüber etwas zu erfahren, erlebt aber den Rückfall in eine idealtypisierende, ideengeschichtliche Betrachtung der Erscheinung Parlament im allgemeinen. Geschichte wird nur noch verstanden als eine Bereicherung für die politische Theorie (17). So erfährt der Leser auch nicht mehr als er ohnehin schon wußte. Die Wandlungstendenzen der Gesellschaft sind für die heutige Irrealität des Idealtypus Parlament verantwortlich. Die Vermassung erschwert das Zustandekommen der traditionellen Öffentlichkeit, der Staat ist Leistungsstaat geworden und schließlich ist der Glaube an die Vernunft verloren gegangen. Ein Kapitel ist der besonderen Entwicklung des Parlaments in Deutschland gewidmet. Der „sozialgeschichtliche Gesamtvorgang“ sieht so aus: „Nichtergreifen der politischen Macht durch das Bürgertum schlägt sich in einer Verfassungsordnung nieder, in der die politische Macht bei der Exekutive konzentriert wird oder bleibt und lediglich eine gewisse, allerdings überspielbare Begrenzung der Machtausübung erfolgt“ (52 f.). Geschichte fließt in die Bestimmung des deutschen Modells mit ein. Es wird aber nicht gesagt, wie sich die realen Machtverhältnisse ausgedrückt haben. Statt Zusammenhänge aufzuzeigen, macht der Autor banale Feststellungen wie diese: „In einem gut verwalteten Staat zu leben verführt“ (55); „der Zug der Zeit drängt zum Besonderen“ (41).

Die sozialwissenschaftlich durchgeführten Messungen bestätigen die zuvor geäußerte Meinung zum Wandel des Parlaments: Mehr als ein Fünftel des Gesetzeswortlauts ist bloßen Formalitäten gewidmet, regelt also gar nichts, kaum mehr als ein weiteres Fünftel enthält generelle und abstrakte Regelungen, der Rest sind Maßnahmegesetze (146), auch die gelehrte Meinung von der parlamentarischen Kontrolle erweist sich als Fiktion (225).

Sinn dieser ganzen Untersuchung ist einzig, den Glauben an die Funktion des Parlaments — die Integration antagonistischer gesellschaftlicher Gruppen —, die verlorengegangen ist, wiederherzustellen. Festgehalten wird dabei an dem Modell der liberalen Öffentlichkeit, die diese Wirkung in einem reformierten Parlament entfalten soll. Die ideologische Form wird gewahrt, die Institutionen, die hinter die Ideologie zurückgefallen sind, müssen verbessert wieder ihre alte Funktion wahrnehmen. Denn sonst könnte es geschehen, daß die Opfer des Systems sich eines anderen besinnen. Wenn u. a. das Parlament nicht mittels eines Verwaltungsbeauftragten im Sinne einer größeren Transparenz Einfluß auf die Verwaltung ausüben kann, so wird die bestehende „Hilflosigkeit“ der Bevölkerung dieser Institution gegenüber in „Ablehnung des Systems“ umschlagen (273).

Bernhard Blankenhorn (Berlin)

Hübner, Emil, Heinrich Oberreuter, Heinz Rausch (Hrsg.): Der Bundestag von innen gesehen. 24 Beiträge, Vorwort von Hans Maier. Piper Verlag, München 1969 (310 S., Pb., 14,80 DM).

Lesenswert ist dieses Buch, das unterschiedlich thematisierte Vorträge von Bundestagsabgeordneten enthält, höchstens für diejenigen, die Genuß daran finden, wie sich die Misere des Bonner Parlaments unvermittelt in den Köpfen seiner Mitglieder reproduziert. Die Herausgeber befinden sich in einem durchaus kongenialen Bewußtseinsstand. Die Problematik des heutigen Parlamentarismus reduziert sich bei ihnen auf „mangelhafte Transparenz“ und Schwierigkeiten bei der „Selbstdarstellung“, was dann von allzu kritikfreudigen Wissenschaftlern und Publizisten auf illegitime Weise ausgenutzt werde (22). Daß die relevante wissenschaftliche Diskussion über die Arbeits- und Funktionsweise des Bundestags nicht zur Kenntnis genommen wurde, mag bei den beteiligten Abgeordneten hingehen, nimmt sich aber bei den mit dem Anspruch von Wissenschaftlichkeit auftretenden Herausgebern eigenartig aus. Offenbar sehen sie ihre Aufgabe vornehmlich darin, in schlechtem Realismus die Notwendigkeit des Bestehenden affirmativ zu bestätigen und im übrigen Public Relations-Arbeit für das bestehende Herrschaftssystem und seine Institutionen zu betreiben. Selten übersteigen die Beiträge das Niveau naiver Selbstdarstellung oder berechnender Apologetik. Was darüber hinaus an Informationen über den internen Prozeß des Bundestages zu finden ist, wird von systematischen Darstellungen und Untersuchungen in der Art von Friedrich Schäfer oder Gerhard Löwenberg noch weit übertroffen. Ohnehin kann man sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, als hätten die Autoren ihre Erkenntnisse eher aus den genannten Büchern als aus der Reflexion über ihre eigene Arbeit gewonnen. Alles in allem ist dieser Band ein schlagendes Beispiel, daß eine Institution von innen betrachten noch lange nicht heißt, sie zu erkennen. Joachim Hirsch (Frankfurt/M.)

Gayer, Kurt: *Wie man Minister macht. Politik und Werbung.* Seewald Verlag, Stuttgart 1963 (236 S., Ln., 14,80 DM).

Der Seewald-Verlag hat sich auf eine politische Literatur spezialisiert, die mit konservativer Gesinnung und ohne Scheu sogenannte heiße Eisen anfaßt. In dem vorliegenden Buch möchte Kurt Gayer aufklärend und anklagend zeigen, wie die Werbetechnik sich allmählich der Politik bemächtigt und alle Normen der politischen Gesittung zu zerbrechen droht. Was er befürchtet, ist nichts Geringeres als „die ‚Machtergreifung‘ des Werbers“ und die dadurch verursachte Auflösung der Politik als Kunst und als Ringen ums Gemeinwohl zugunsten einer Politik der Gunstgewinnung (61).

Nebst einer ganzen Menge interessanter Einzelheiten, die gegebenenfalls als sinnliches Material einer theoretischen Arbeit brauchbar sein könnten, bringt das Buch Globalurteile und farbenfrohe Schilderungen, die mit wirklichen politischen und gesellschaftlichen Vorgängen rein nichts zu tun haben. Schon der Titel führt in die Irre — wobei unklar bleibt, ob der Autor sich aus Unkenntnis irrt oder ob er um des Titeffekts willen bewußt Falsches aussagt. Denn mit den

Mitteln der Werbung versucht man hierzulande und auch sonst in der „westlichen Welt“ zuweilen Präsidenten und Kanzler und Parlamentsmehrheiten zu „machen“. Es gibt hingegen keinen Anlaß für eine Regierung oder eine Partei, bei der Nominierung eines Ministers Werbeberater hinzuzuziehen und eine solche Nominierung werbe-technisch in aller populären Öffentlichkeit vorzubereiten. Vielmehr geht solches unter striktem Ausschluß der Volksöffentlichkeit vor sich und — wenn schon — bei strikter Zuziehung betroffener und betreffender Hegemonialverbände.

In der Bemühung, nach Art von Packards geheimen Verführern die Gefahren aufzudecken, die auf uns lauern (gelegentliche terminologische Anleihen bei wissenschaftlichen Autoritäten unterstreichen die Dringlichkeit des Problems und sind nicht ohne Charme — so z. B. 108 ff. die Darstellung des Vordringens Paretoscher „Füchse“, schön popularisiert als schicksalhafter Vormarsch im „Sternzeichen des Fuchses“) — in dieser Bemühung also wird der Autor das Opfer des mit Abscheu und Liebe zugleich gezimmerten Popanzes. Nach Gayer teilt sich die Welt der staatlichen Macht in Politiker, die ziemlich hilflos und mit hölzernen Programmen den Massen gegenüber stehen; und Werbeagenturen, die für die nötige Kommunikation sorgen. Es wird der Eindruck erweckt, als ob durch den Einbruch der Werbung die Politik in unserer Gesellschaft eine neue Qualität: die Qualität des sozialen Betrugs entwickelt hätte. Bei näherem Zusehen zeigt sich, daß die von Gayer präsentierte Qualität gar nicht so neu ist, und daß nur die Methoden der kommunikativen Durchsetzung der alten Politik andere: moderner und „effizienter“ geworden sind.

Nur verhindert gerade Gayers Schilderung, daß der Leser hier näher zusehen kann. Bei aller im Buch erwähnten Interdependenz von Marktforschung und Werbung einerseits, politischer Taktik andererseits; bei der schon agitatorisch anmutenden Denunziation des Warencharakters der politischen Ideen, „Männer“ und Organisationen, wird vom Autor auch der geringste Hinweis auf den Warencharakter der Gesamtgesellschaft vermieden. Gayer scheint nicht einmal zu ahnen, daß Werbung wirtschaftlich wie politisch etwas zu tun hat mit einer besonderen Weise des Produzierens, des Zirkulierens und des Konsumierens wirtschaftlicher Güter; geschweige denn, daß er Kenntnisse von den besonderen ökonomischen und sozialen Bedingungen verriet und veröffentlichte, die zur teilweise werbe-technisch gerichteten Propaganda der politischen Parteien und des bürgerlichen Machtapparats geführt haben.

Vom Kapitalismus spricht er also nicht.

Statt dessen spricht er ausführlich von den „Kämpfen“, die sich Personen, Abgeordnete, Kanzler und Minister liefern. Und konsequenterweise möchte er in der Wiederherstellung des tugendhaften, werbefreien Verhaltens besagter Personen und also in der Absage an die Agenturen die Rettung — ja wessen? natürlich des Staates erblicken. Kurt Gayer ist — und das möge ihm durchaus zu Ehre gereichen — ein ins Skandalistische übersetzter und damit auf die eigene Begriffslosigkeit gebrachter Wilhelm Hennis. Das gilt für

Politik und für Werbung gleichermaßen. Verschwinden aus den Mechanismen und Institutionen der staatlich ausgeübten Herrschaft die klassenbedingte Funktion, der wirtschaftliche Nutzeffekt und die materialen Organisationsbedingungen, so bleiben nur noch Politiker, die an die Macht wollen. Auf der anderen Seite wird aus einem instrumentalen Kommunikationssektor des Kapitals eine geheimnisvolle Gruppe von Personen und Firmen, die — als Werber verselbständigt — rein menschlich und weil die menschliche Natur nun einmal so ist, auch nach Macht streben. „Die Werbung, ein von Natur aus ambitiöses Gewerbe, spürt den Sog der Macht. . . . Wie Pollen und Samenkorn zueinander hinfinden“ (halten wir doch einen Augenblick inne, denn das Bild besticht und ist für diese Art von Aufklärungsliteratur überaus bezeichnend. Also:) „. . . Wie Pollen und Samenkorn zueinander hinfinden, wenn die Zeit gekommen ist, so vereinigt sich die Politik mit der Werbung“ (63).

Die botanische Mystik und die gekommene Zeit vor Augen, ist des informierenden und wahrheitsagenden Schwelgens keine Bescheidung mehr. Was tut es, daß der Werbeetat der Parteien einen geringfügigen Teil dessen ausmacht, was ein Lebensmittel- oder Chemiekonzern für „Verbraucheraufklärung“ ausgibt. Nach Gayer „entdeckt (der Werber), daß Werbung im großen Stil heute nur noch in der Politik möglich ist, wo keine Buchhalterseele ängstlich darüber wacht . . .“ und so weiter (64). (Ein schlichtes Interview mit dem SPD-Schatzmeister Nau oder mit CDU-Generalsekretär Heck hätte Gayer sehr schnell Buchhalterseelen entdecken lassen. Große wirtschaftliche Unternehmen wachen nicht ängstlich über Werbeausgaben, sondern kühl über deren Effizienz. Im übrigen bewegen sich die Werbeausgaben der Parteien in der Größenordnung von etwa 100 Millionen DM jährlich, die der Wirtschaft haben die Grenze von 15 Milliarden längst überschritten).

Auf die Entdeckung des großen Stils hin: „Ein Schauer durchläuft den Magier. . . . Es reißt ihn hin. Die große Zentrifuge . . . wird ihn nicht mehr frei geben“ (a.a.O.). Und doch muß der moralisch verurteilte Werber psychologisch wieder freigesprochen werden; genauso wie die Politiker freizusprechen sind. Denn beide denken weder an Eigeninteresse noch an Prestige noch an Nutzeffekte für die Profitwirtschaft. Vielmehr: „. . . dem Einzelmenschen (sic!) (ist es) beinahe unmöglich, sich den tausendfältigen Versuchungen der Macht zu entziehen . . . die Politik . . . ist das seelenmordende Geschäft geblieben, das es immer war, und nur wenige stehen es heil durch“ (a.a.O.).

Das „Verhängnis“ läßt sich bei so viel Mystik nicht mehr verhindern. Saubere, nämlich die kapitalistische, der Profitsicherung dienende Werbung verschmutzt sich, wenn sie sich ins Politische begibt. „Werbung, im politischen Raum getrieben, wird stets in Propaganda umschlagen“, der Werber selbst „deklassiert sich zum Agitator“ (66 f.).

Es soll hier um politisches Bewußtsein und um Verständnis gesellschaftlicher Prozesse bei Autoren, die sich mit Politik beschäftigen,

nicht gestritten werden. Man kann von Gayer vermutlich nicht verlangen, daß er von einem Aufstieg der Werbung zur Agitation spricht: des Verkaufs einer Kommunikationsware zum Engagement für ein politisches Ziel. Schön wär's, wenn die Wahlwerber der Parteien wirklich sich zu Agitatoren abschwingen würden. Schlimm ist aber der große Widerspruch, der sich bei Gayer zeigt. Er betrachtet die Werbung als etwas Empfehlenswertes, moralisch Untadeliges („Werbung an sich ist honorig“, a.a.O.), sofern sie kapitalistisch: auf dem Warenmarkt wirkt. Sie verliert nach ihm aber die Honorigkeit, wenn sie politisch genau *die Sicherung des kapitalistischen Marktes besorgt*. Sie bleibt sauber, solange sie Marktkonsumenten lenkt und irreführt; sie wird schmutzig, wenn sie den gleichen Konsumenten dahin lenkt, der Marktkonsumtion *politisch* zuzustimmen.

Eine Betrugsabsicht liegt beim Autor offensichtlich nicht vor. „Wie man Minister macht“ gehört zur naiv-moralisierenden, freilich deshalb bedenklichen Literatur, für naiv-moralisierende Gemüter geschrieben. Wie Kurt Gayer sich die politische Korruption und die Korrumpierbarkeit der Politiker vorstellt, ist hierzulande Gemeingut aller aufrechten Deutschen. So denkt der Studienrat aus Hamburg, der sich den „Protest der Jugend“ rational erklären will, und der Leitartikler des schwäbischen Lokalblattes, der im Wahljahr vor der Verschwendung der Propaganda warnt; so denkt am Stammtisch der Kleinstadt der potentielle NPD- oder der aktuelle CSU-Wähler; so am Stammtisch der Prominenz Günter Grass. Der Verlag verspricht indessen „sensationelle Enthüllungen“ eines „sorgsam gehüteten Geheimnisses“ und ein „erregendes zeitkritisches Buch“.

Enthüllt werden in Wirklichkeit die Marginalspiele der politischen Macht und des politischen Marktes; Basis und Kern der gesellschaftlichen Herrschaft werden erfolgreich verhüllt.

Johannes Agnoli (Berlin)

Eichler, Richard W.: Viel Gunst für schlechte Kunst. Kunstförderung nach 1945. Mit 147 Abbildungen, davon 4 Farbtafeln. J. F. Lehmanns Verlag, München 1969. Zweite erweiterte Auflage (168 S., kart., 12,— DM).

Eichler setzt nahezu bruchlos die Argumentation der NS-Kulturpolitik fort, wie sie das Standardwerk Wolfgang Willrichs, „Die Säuberung des Kunststempels“, 1937 im gleichen Verlag erschienen, vorführt. Was vorgeblich den Kunstbetrieb der BRD personell auf seine undemokratischen Verflechtungen hin untersucht, ist im Kern das kulturpolitische Programm des Neofaschismus.

Eichler suggeriert, daß alle Richtungen der offiziell geförderten Kunst nach 1945, die er als Wiederaufnahme der vom NS-Staat verbotenen betrachtet, „anarchistisch“, „zersetzend“ und „extremistisch“ seien und damit letztlich „Verbündete einer gewaltsamen Weltrevolution“ (14). Vermittels dieser Subsumption konstruiert Eichler eine kommunistische Verschwörung, in deren Zentrum der „Kulturkreis“

des BDI steht. Der für die Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitalismus objektiv notwendige offizielle Antifaschismus, den die liberale Kunstförderung nur als zugleich antikommunistisch duldete, stellt Eichler als Anpassung der Künstler und ihrer Förderer bloß: „Die meisten der Industriellen haben sicher andere Vorstellungen von Malerei und Plastik unserer Zeit“ (76). Möglich sei dies nur durch den „psychologischen Feldzugsplan amerikanischer Besatzungspolitik“ (15) gewesen. In Wirklichkeit diene das antifaschistische Mäntelchen der Kunstpolitik der Großbourgeoisie nur dazu, Intellektuelle und Künstler für antikommunistische Zwecke einzusetzen. Der Schein eines Angriffs Eichlers auf diese Politik ergibt sich daraus, daß er versucht, die berechtigten klassenspezifischen Ressentiments der Massen, deren Bedürfnisse die „Moderne Kunst“ keinesfalls ausdrückt, zu mobilisieren; dagegen setzt er eine modifizierte Fortsetzung der faschistischen „Volkskunst“ mit „völkischer Eigenart“ (158).

Formale Techniken wie Unterstellungen und rhetorische Fragen, die Einverständnis erschleichen, ersetzen eine analytische Argumentation. Eine Textmontage aus häufig unkommentierten, heterogenen Zeitungszitaten ergibt die Stimme der Mehrheit und enthebt Eichler der Verantwortung für das Gesagte. Inhaltlich verwendet Eichler bestimmte Figuren der Denunziation: so seien die Apologeten der abstrakten Kunst entweder „alte Nazis“ — was zum Teil stimmt, aber von Eichler nicht im Rahmen kapitalistischer Strategie, sondern als persönliche Feigheit begriffen wird — oder, obwohl gut bezahlt, anarchistisch-revolutionär, was antiintellektuellen Neid anspricht. Hinter der Anklage der heutigen Kunsttyrannei verbirgt sich die Verteidigung des Nationalsozialismus. Der „Terror“ gegen die „Traditionalisten“ heute sei viel schlimmer als der, den der NS selber ausübte. Die Künstler werden als etablierte Außenseiter beschimpft. Die Sprache, mit der Eichler die moderne Kunst beschreibt, ist die der Triebunterdrückung. Die „Bordellkultur“ (56) droht, mit einer „Flut von Krassem, Grellem, Sinnwidrigem, Grobsexuellem Geist und Gemüt unter sich zu begraben“ (7). „Nur gelegentlich wagt ein Kritiker offene Worte, wie etwa Kotschenreuther, der über Prof. Paul Wunderlichs Ausstellung in der Berliner Galerie Diogenes schrieb, dort hätte sich ein Lustmörder ausgerast, und nach dem Anblick seiner Lues-Kadaver und zermanschten Embryonen könne man nur noch in Lysol baden“ (52).

In dem Abschnitt „Die Tributpflicht der Länder und Städte“ erfolgt ein massiver Appell an den Steuerzahler: Eichler berichtet über die Affäre um Verkäufe eines Teiles der Bilder, die, während des NS in den Besitz der Bayrischen Gemäldesammlungen übergegangen, angeblich zu Schleuderpreisen verkauft wurden und schließt: „Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß wurde nicht eingesetzt — obgleich ihn auch Abgeordnete der großen Parteien für erforderlich hielten. Warum? Weil die Anregung von der NPD-Fraktion ausgegangen war“ (142). Eichler lobt sich als mutigen Einzelkämpfer gegen die „Kunsttyrannei“ des „Ringvereins“ (20) und beruft sich andererseits auf eine Mehrheit, von der er behauptet, sie würde sich nicht

trauen, ihre Meinung zu sagen: „Jeder sieht die Symptome, viele deuten sie auch richtig, aber kaum einer zieht die notwendigen Schlüsse“ (39).

Eichlers „Enthüllungen“ über den Kunstbetrieb sind insofern läppisch, als er ihn nicht systematisch-funktional analysiert; dagegen sind die Methoden, durch die mit Einzelfällen Stimmung gemacht und bestimmte Assoziationen eingeübt werden, in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen.

Gudrun Muz (Berlin)

Schöne, Albrecht: Über Politische Lyrik im 20. Jahrhundert. Mit einem Textanhang. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1969 (96 S., brosch., 3,80 DM).

Der Verfasser behandelt nebeneinander nationalsozialistische und kommunistische Gedichte. Politik ist für ihn, wenn sie nicht gleich mit „Lüge“, „Verführung“ und „Dienst am Verbrechen“ identifiziert wird, allenfalls als „Ethos“ diskutierbar, das in eine „den Hervorbringungszweck überdauernde Form“ eingeht; politische Gedichte erhalten das Prädikat Lyrik, wenn sie als „Gleichnis dessen, was immer und alle Zeit so ist“ interpretiert werden können. Prüfungskriterium dieses Ethos ist seine Sprache, die zwar „verführungsmächtig“ sein mag, aber doch, hört man nur „eingeübten Ohres“ hinein, die Wahrheit kündigt. In solcher von jedem historischen Inhalt gereinigten Theorie der Form wie der „Sprache der Sprache“ erscheint Faschismus als „dumpfe Befangenheit der Blinden und Tauben“, die unfähig sind, „mit wachem Blick die Wirklichkeit zu sehen“. Die längst der Kritik verfallene Faschismustheorie der 50er Jahre hat hier ein bescheidenes Residuum gefunden.

Die zweite Auflage ist erweitert um Stellungnahmen des NS-Lyrikers Gerhard Schumann und des national-konservativen Prof. Hermann Pongs (1934: „Krieg als Volksschicksal“). Aktualisiert durch den Hintergrund dieser Angriffe nehmen sich Schöne Einschätzungen politischer Lyrik fast demokratisch und wissenschaftlich geläutert aus. Schöne identifiziert, was Pongs und Schumann fernliegt, Faschismus mit Kommunismus und zweifelt sogar die diesem Axiom der BRD-Faschismustheorie implizite Apologie noch an, bevor er sie anwendet. Schumann entdeckt zwar noch im demokratisch geläuterten Antikommunismus den verwandten Geist, versteht aber nicht, warum der jedes Ausgleichsangebot ignoriert. Schöne dagegen weiß, daß Antikommunismus derzeit nur respektabel auf dem Boden eines, wenn auch oberflächlichen Antifaschismus ist. Wo Schumann und Pongs für offene Kontinuität plädieren, redet Schöne einem Wandel durch Anpassung das Wort. Dieser eher strategische Unterschied macht die Kontroverse aus.

Ihn beobachten zu können, ist der eine Nutzen dieser Schrift. Der andere besteht in der angefügten Dokumentation von 34 NS-Gedichten. Denn wenn faschistische Ideologie auch fortbesteht, zwischen 1933 und 1945 veröffentlichte Bücher sind systematisch gesammelt

kaum aufzufinden. Dokumentationen kommunistischer Gedichte (hier 10) hat dagegen die Bundeszentrale für Politische Bildung immer gern ins Haus geschickt.

Gerhard Voigt (Berlin)

le mouvement des lycéens. partisans N° 49, septembre/octobre 1969. François Maspero, Paris 1969 (176 S., kart., 8,70 F).

Die französische Schülerbewegung ist Thema der Nr. 49 von *partisans*, einer bei Maspero erscheinenden linken Zeitschrift. Die Beiträge stammen von Initiatoren der *Comités d'Action Lycéens* (CAL), die, neben den verschiedenen Studentengruppen, im Mai 1968 eine entscheidende Rolle gespielt haben. Voraus geht der Analyse dieser Schüleraktionskomitees ein Kapitel über die Anfänge der französischen Schülerbewegung; das Heft schließt mit einer kurzen Darstellung der Schüleraktivitäten in anderen westeuropäischen Ländern. Neben einem Sonderbericht über das traditionsreiche Elitelyzeum Henri IV, dessen politisch besonders aktive Schüler die französische Bourgeoisie schon lange vor Mai aufgeschreckt hatten, sind außerdem zahlreiche Dokumente abgedruckt, z.B. Auszüge aus der CAL-Zeitschrift „Barricades“.

Konnte sich in der BRD wegen des Fehlens jeder linken Opposition nach der Zerschlagung der KPD ein politisches Bewußtsein bei Teilen der Schüler erst im Gefolge der Studentenbewegung entwickeln, so gab es in Frankreich auch in den 50er und frühen 60er Jahren eine, wenn auch schmale, Basis politisch engagierter Schüler in der KP-Jugend, unterstützt überdies durch die Lehrerzellen der KPF. Mit der Gründung zahlreicher *Comités Vietnam Lycéens* war zumindest in der Metropole der Ansatz zu einer Massenbasis auch bisher passiver Schüler geschaffen. Etwa 1000 Schüler kamen zum Treffen des Comité Vietnam National am 19. 3. 1967, und noch zahlreicher nahmen sie an den großen Vietnam-Demonstrationen des gleichen Jahres teil. Drohende Relegationen besonders exponierter Schüler trugen die Auseinandersetzungen in die Schulen zurück und brachten die immer schon schwelenden Autoritätskonflikte zum Ausbruch. Mit den Angriffen auf den repressiven Apparat der Schule verband sich gleichzeitig die Kritik an den Lehrinhalten. Das politische Bewußtsein großer Teile der Schüler war durch die antiimperialistischen Aktionen geschärft worden; jetzt erst konnte die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kapitalismus im eigenen Land anhand des den Interessen des Kapitals unterworfenen und die Schüler unmittelbar betreffenden Ausbildungssystems aufgezeigt werden.

Der Angriff auf den *Fouchet-Plan* war seit 1963/64 von der UNEF, dem französischen Studentensyndikat, und anderen Studentengruppen mit sporadischer Unterstützung bereits politisierter Schüler geführt worden; die 1967 auch in der Provinz gegründeten *Comités d'Action Lycéens*, die sich auf die Organisation der *Comités Vietnam* stützen konnten, bildeten nun eine breite Schülerbasis für die Ausbildungskampagne. Die auch in der BRD moribunde, relativ weitgehende

„akademische Freiheit“ hatte es in Frankreich, wo nicht nur die Schulen, sondern auch die Hochschulen seit der napoleonischen Ära gänzlich der Aufsicht des Staates unterstehen, ohnehin nicht gegeben. Noch verschärft hat sich die staatliche „planification“ mit dem seit 1967 in die Tat umgesetzten Bildungsplan des ehemaligen Erziehungsministers Fouchet, der zum direkten Vorbild für die deutsche technokratische Schul- und Hochschulreform wurde. Den Wünschen der Wirtschaft entsprechend soll die Zahl der Studenten, die ein Langzeitstudium absolvieren, gering gehalten werden; die „Demokratisierung“ des Hochschulwesens besteht lediglich darin, den output an unkritischen, schnell durch die Ausbildungsfabriken geschleusten, mittleren Spezialistenkadern, die das technologische Niveau der Produktion garantieren sollen, wesentlich zu steigern. Bis 1972 soll ein Drittel aller Studenten das Studium bereits nach zwei Jahren abgeschlossen haben, die überwiegende Mehrzahl der verbleibenden zwei Drittel hat die Hochschulen nach drei Jahren zu verlassen. Die Realisierung dieses Ausbildungskonzepts ist nur möglich durch schärfste Selektion, die primär die sozio-kulturell benachteiligten Arbeiterkinder trifft. Das gilt ebenso für die Schulen, wo Selektionsprüfungen und irreversible Spezialisierung, also Vorentscheidung über den späteren Beruf, die letzten drei Jahre der Gymnasialausbildung kennzeichnen.

Der gemeinsame Widerstand von Schülern und Studenten gegen ihre Funktionalisierung im Interesse des Kapitals steigerte sich in den ersten Monaten des Jahres 1968 in zunehmendem Maße, bis neben den Studenten und bald auch den Arbeitern am 10. Mai beispielsweise 10 000 Schüler in den Straßen und auf den Barrikaden kämpften. Analog zu den Universitäts- und Fabrikbesetzungen wurden etwa 300 Schulen von ihren Benutzern besetzt. Neben den Vollversammlungen mit den Aktionsbesprechungen fanden, unterstützt von einzelnen Lehrern, Arbeitsgemeinschaften statt: an die Stelle passiver Rezeption von parzellisiertem Wissen trat die aktive Gestaltung der Diskussionsforen; Themen waren nicht mehr die „Bildungsgüter der Nation“, sondern Kapitalismusanalyse, Bildungsökonomie, Vietnam, Kuba, Sexualaufklärung u. a. Vor allem wurden die hermetisch nach außen abriegelten pädagogischen Provinzen für jedermann geöffnet, alle Interessierten waren eingeladen, an den Arbeitsgemeinschaften, teach-ins, Film- und Theatervorführungen teilzunehmen.

Nach dem neuerlichen Sieg der Reaktion im Juni und erst recht nach den großen Ferien fiel die Masse der Schüler jedoch in Apathie zurück. Der zunehmende Abstand zwischen politisch bewußten Kadern, die sich allerdings in Richtungskämpfen zerstritten, und nur punktuell für ihre unmittelbaren Interessen mobilisierbarer Schülermehrzahl, ließ die überregionale Organisation der CAL zusammenbrechen. Den Ausweg aus der Sackgasse sehen die Verfasser des partisans-Hefts in einem neuen nationalen Schülersyndikat, das zur Mobilisierung der passiven Mehrzahl unmittelbare Schülerprobleme aufgreifen soll, dabei aber nicht stehenbleiben darf, sondern sich als

klassenkämpferisches Syndikat ausweisen muß, indem es ihm gelingt, die reformerischen Illusionen vieler Schüler zu zerstören und aufzuzeigen, daß die wirkliche Lösung der Probleme erst in einer veränderten Gesellschaft geschehen kann. Dieses Konzept ist theoretisch ebenso richtig wie der Verweis auf die zunehmende Proletarisierung der Schüler und Studenten: nur ein kleiner Teil von ihnen wird in die herrschende Klasse, an ökonomisch und politisch relevante Stellen, aufsteigen, während der Großteil der Intellektuellen ebenso machtlos in einen fremdbestimmten Arbeitsprozeß eingespant ist wie die Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen. Was die Verfasser aber unterschätzen, sind die sozial bessere Stellung der intellektuellen Lohnarbeiter und ihr durch ihre Herkunft bestimmtes bürgerliches Bewußtsein, die sie ihre Quasi-Gleichstellung mit der traditionellen Arbeiterklasse nur schwer erkennen lassen, so daß sie eher geneigt sind, sich auf die Seite der herrschenden Klasse zu stellen statt auf die des Proletariats. Karin Buselmeier (Heidelberg)

Ökonomie

Wickert, Günter: *Möglichkeiten moderner Markt- und Meinungsforschung in Werbung und Wirtschaft.* Demokrit Verlag, Tübingen ¹⁶1969 (37 S., kart., 6,70 DM).

Die Broschüre Wickerts, dem Leiter der Institute für Markt- und Meinungsforschung in Tübingen, ist primär eine Gemeinschaftswerbung der einschlägigen Industrie, wie aus dem beigegefügtten, knapp fünfseitigen Anschriftenkatalog aller derartigen Institute gefolgert werden darf. Außerdem dient sie der Verbreitung des notorischen Arguments, daß die Anwendung demoskopischer Methoden per se praktizierte Demokratie sei. Markt- o d e r Meinungsforschung sind keine Alternativen, sondern es herrscht Interdependenz: „So kann eine Meinung aus dem Marktgeschehen resultieren, und es kann der Markt durch Meinungen bestimmt werden“ (29). Anliegen und Ziel beider ist jedoch stets der Mensch, in der Fülle seiner Seinserfahrungen, mit seinem „Markenbewußtsein“ (19) und seinem „Markenwissen“ (27): „Ihn sucht sie zu erfassen, wie er lebt und lebt... eingeordnet in die allgemeine Wirtschaftslage“ (30). Präferenz genießen schlichte, berechenbare Charaktere, wie sie die Leserforschung gern hat: „Vor allem bei Heimatzeitungen und religiösen Blättern wurden zufriedenstellende Ergebnisse erzielt“ (27).

Eine Kurzdarstellung informiert über Erhebungsmethoden und -arten; die weitaus bemerkenswerteste befaßt sich mit der Analyse von Abfallbehältern (20), die der Industrie Winke gibt, was sie immer wieder und wofür sie produzieren soll. Dem Friedhof der Gebrauchswerte entsteigt ein Warenphönix, der, durch „Meinungspflege“ (25/26) lanciert, seinen berechneten Flug auf dem Markt antritt.

Jürgen Behrens (Berlin)

Preiser, Erich: Wirtschaftspolitik heute. Grundprobleme der Marktwirtschaft. Beck'sche Schwarze Reihe Bd. 51. Verlag C. H. Beck, München 1967 (221 S., kart., 6,80 DM).

In dem vorliegenden Band nimmt einer der wenigen herausragenden Wirtschaftswissenschaftler in der BRD — der 1967 leider verstarb — in acht Vorträgen Stellung zu aktuellen ökonomischen Problemen in der BRD im Zeitraum zwischen 1951 und 1967. Vier Problemkreise stehen dabei im Mittelpunkt der Preiserschen Überlegungen: die soziale Marktwirtschaft, wirtschaftliche Diagnose- und Prognoseprobleme, wirtschaftliches Wachstum und die Einkommens- bzw. Vermögensverteilung.

Seine aus dem Jahr 1951 stammende Analyse der sozialen Problematik der Marktwirtschaft geht von der Zentralfrage aus, wie die allgemeinen Krankheitszeichen des Kapitalismus überwunden werden können, ohne in eine Zentralverwaltungswirtschaft zu geraten: die schroffe Ungleichheit zwischen Besitz und Nichtbesitz und die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus (12). Dieser nunmehr 19 Jahre zurückliegende Ansatz hat an seiner Aktualität wenig verloren, wie die derzeitigen Veröffentlichungen von Institutionen verschiedener Art einschließlich des Arbeitsministeriums über die zunehmende und immer größer werdende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen beweisen. Ebenso aktuell aber ist die Preisersche Lösung, nämlich den Proletariern zu Besitz zu verhelfen (17), da sie auf diesem Weg zukünftig neben ihrem Arbeitseinkommen ein zusätzliches Besitzeinkommen erzielen (19 f.). Auch die sich anschließende Konjunkturanalyse ist von einem ähnlichen Ansatz bestimmt: Arbeiter sollten zunehmend über die Teilnahme an Investitionsentscheidungen über den Produktionsapparat mitbestimmen und nicht nur allein die Kapitalisten (37). Damit wäre der Profitanreiz der Kapitalisten als alleiniger Motor wirtschaftlichen Aufstiegs beseitigt, das Interesse der Arbeiter an Vollbeschäftigung und ihr zunehmender Einfluß auf den Produktionsapparat mit Hilfe von Vermögenserwerb ergänzen ihn.

In seinen Gedanken zur ökonomischen Problematik der Eigentumsverteilung geht er von der Feststellung aus, daß dort, „wo das Eigentum ungleich verteilt ist, — es dem Eigentümer (gelingt), andere auszubeuten“ (164). Über das Instrument der Theorie von der funktionellen Einkommensverteilung versucht man, eine rationelle Produktionsrechnung zu erreichen, die — so Preiser — zwar über die Kostenzurechnung, nicht aber zugleich über die Zuteilung entscheiden dürfte, wie dies im Kapitalismus generell geschieht (169). Da es keine objektiven Zuteilungskriterien in der kapitalistischen Wirtschaftstheorie gibt, ist die Lösung dieses Problems abhängig von den gesellschaftlichen — hier Eigentums-Verhältnissen einer Volkswirtschaft.

Die Einkommensverteilung im Sinne einer Reform zu verändern ist nun Preisers Anliegen. Er schlägt vor, über die Träger der Wirtschaftspolitik, besonders den Staat, das Sparen der Arbeiter im

positiven zu beeinflussen (182). Das Sparen der Arbeiter ist in zwei Richtungen wirksam. Einmal werden die Profite der Kapitalisten geringer, da (Sparen = Nichtkonsum) der Absatz von Konsumgütern zurückgeht. Und zum anderen fließt ein ständig zunehmender Kapitalprofit an die Arbeiter, wenn sie ständig größere Anteile am Produktivkapital erwerben (183 f.). Preiser schlägt hier das Instrument des Investivlohns nach v. Nell-Breuning vor.

Preisers Ansätze haben weniger in der theoretischen Überlegung ihre Bedeutung. Vielmehr hat er Gedanken geliefert, die sich in der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensbildungsdiskussion des DGB, der SPD und zögernd auch der Bundesregierung finden. Obwohl seine Ergebnisse radikaler und fundamentaler sind als selbst im DGB von heute und er durchaus bereit war, das System der „sozialen Marktwirtschaft“ in Frage zu stellen, fehlt ihm die radikale theoretische Konsequenz, auf dem Marxschen Weg das Privateigentum an Produktionsmitteln insgesamt zu negieren, da — und darauf weist Preiser selbst hin — Privateigentum an Produktionsmitteln immer Abhängigkeiten und Unfreiheiten schafft. Weiterhin finden sich Widersprüche in seinen eigenen Ansätzen zur Konjunkturpolitik und zur Einkommensverteilung, wobei besonders der Zusammenhang von zunehmendem Sparen der Arbeiter und Senkung der Profitaussichten der Kapitalisten gesehen werden muß; das kann erhebliche Krisen hervorrufen. Die Arbeiter kämen hier mit ihren eigenen Investitionen zumindest eine Periode zu spät.

Preisers Schrift macht die gegenwärtige gesellschaftspolitische Diskussion transparenter, die von den Ansätzen dieses bürgerlichen Ökonomen noch immer wesentlich bestimmt wird. Hervorzuheben ist, daß die konsequente Realisierung von Preisers Reformvorschlägen, die subjektiv ehrlich die Beseitigung der Brutalität des Wirtschaftsprozesses zum Ziel haben, das Profitsystem selbst und damit den Kapitalismus in Frage stellen würde, was jedoch vom Autor weder gesehen noch gewollt wurde. Harry Gräser (Bremen)

Krämer, Hans-R.: Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration. Versuch einer Systematik. J. C. B. Mohr Verlag (Paul Siebeck), Tübingen 1969 (122 S., kart., 25,— DM).

Diese Schrift erinnert an die jahrelangen Untersuchungen der Gelehrten im Mittelalter über die Länge des Flohsprunges. Denn Krämer versucht in 122 Seiten durch Anwendung verschiedener Kriterien, „die Formen und Methoden der wirtschaftlichen Integration systematisch zu ordnen und mit bestimmten Begriffen zu kennzeichnen“ (1), wobei sich der Leser immer wieder die Frage stellt: wozu all dies? Die einzige vernünftige Antwort wäre, daß dies nur didaktischen Zwecken diene, wobei wieder das Ganze vielmehr den Juristen als den Ökonomen oder den Sozialwissenschaftler interessiert. Was nützt z. B. zu wissen, daß die Kommission der EWG „so-

wohl Entscheidung erlassen als auch Empfehlungen aussprechen kann“ (27) und dies nach dem vom Verfasser gestellten Schema eine Kombination „der genannten Formen institutioneller Integration“ ist? Es liegt lediglich an der Hand, daß jede Integration nicht nach ihrer Form oder nach der Art der praktischen Durchführung der Zusammenarbeit, sondern vielmehr nach ihrem Inhalt und nach der Zielsetzung bzw. dem Ausgleich von gegenseitigen oder entgegengesetzten Interessen der Partner sowie nach ihrer wirtschaftlichen Grundlage und der politischen Perspektive zu beurteilen ist. Krämer ist jedoch über eine oberflächliche juristisch orientierte Systematisierung nicht hinausgekommen.

Marios Nikolinakos (Köln)

III

<i>Kambartel, Friedrich: Erfahrung und Struktur. Bausteine zu einer Kritik des Empirismus und Formalismus (Schnädelbach)</i>	219
<i>Kahl, Joachim: Das Elend des Christentums oder Plädoyer für eine Humanität ohne Gott (Haasis)</i>	220
<i>Bukow, Wolf-Dietrich: Das Elend der sozialistischen Opposition in der Kirche (Kurth)</i>	221
<i>Wittig, Hans: Freiheit der Person. Die Aufgabe der Erziehung in unserer Zeit (Schefer)</i>	223

Soziologie

<i>Hartfiel, Günter (Hrsg.): Die autoritäre Gesellschaft (Hirsch)</i>	224
<i>Grosser, Dieter (Hrsg.): Konzentration ohne Kontrolle (Hirsch)</i>	224
<i>Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern (Junker-John)</i>	225
<i>Gerber, Claus-Peter, u. Manfred Stosberg: Die Massenmedien und die Organisation politischer Interessen (St. Müller)</i>	226
<i>Von der Arbeit. Hannoversche Beiträge zur politischen Bildung (Tjaden)</i>	230
<i>Siebert, Horst: Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR (Lumb)</i>	230
<i>Bahrdt, Hans Paul: Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine Zukunft (Berndt)</i>	232
<i>Berndt, Heide, Alfred Lorenzer u. Klaus Horn: Architektur als Ideologie (Plessow)</i>	234

Psychologie

<i>Benesch, Hellmuth: Experimentelle Psychologie des Fernsehens (I. Horn)</i>	237
<i>Maisch, Herbert: Inzest (Ruebsam)</i>	239